DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTVERWALTUNG

CONTRASTE

POSTFACH 10 45 20 – HEIDELBERG 1
TELEFON 0 62 21 - 16 24 67

92 9. JAHRGANG Mai '92 5,00 DM

AUS DEM INHALT:

OFFENER BRIEF VOM SPINNENnETZ

Als Bestandteil des Schwerpunktes »ANTI-NETZE« der letzten CONTRASTE druckten wir die Selbstdarstellung von SpinnenNetz sowie einen offenen Brief, worin wir den bewußten Umgang mit Datenschutz-relevanten Informationen im Vorfeld des Anti-WWG reklamierten. Die computergeschriebene Antwort ist eingetroffen, ob damit eine Diskussion in Gang kommt, ist allerdings zu bezweifeln. Seite 5.

GENOSSENSCHAFTEN

Genossenschaftliche Demokratie und Modellunternehmen für Vollwertverpflegung allein reichen offenbar nicht, um längerfristig zu bestehen. Wenn für einige Vorstände die wirtschaftlichen Gesichtspunkte erste Priorität haben, kommt es zum Management-Buy-Out der ander Art, wie das Beispiel der Aubergine eG. in Bonn zeigt: Nach drei Jahren Aufbauarbeit und nachdem der Betrieb von vielen Verbindlichkeiten und allen Genossenschaftsmitgliedern entlastet wurde, übernehmen ehemalige Vorstände die Anlagegüter zu einem bescheidenen Kaufpreis. Außerdem berichten wir vom Treffen der Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaften in Mecklenburg-Vorpommern, die eigene Zeichen setzen wollen auf dem Ökomarkt auf Seite 12.

DAS VERFLIXTE GELD, 17. FOLGE

Entwicklungen der Arbeitslosen- und Konkurszahlen haben direkten Zusammenhang mit vorangegangenen Zinsschwankungen, wie Helmut Creutz in der letzten Folge berichtete. Dieses Mal werfen wir einen Blick hinter die oftmals schleierhaften Aussagen von Notenbankchefs bezüglich Hochzinspolitik und sinkendem Bruttosozialprodukt. Dazu stellt der Autor den gegenseitigen Bezug her und relativiert außerdem, daß die Bundesbank heute mit ihrem oft emporstilisierten Mittel der Leitzinsveränderung trotz gegenteiligen Beteuerungen kaum noch ernsthaft den Markt bestimmen kann.
Seite 14.

BEILAGENHINWEIS

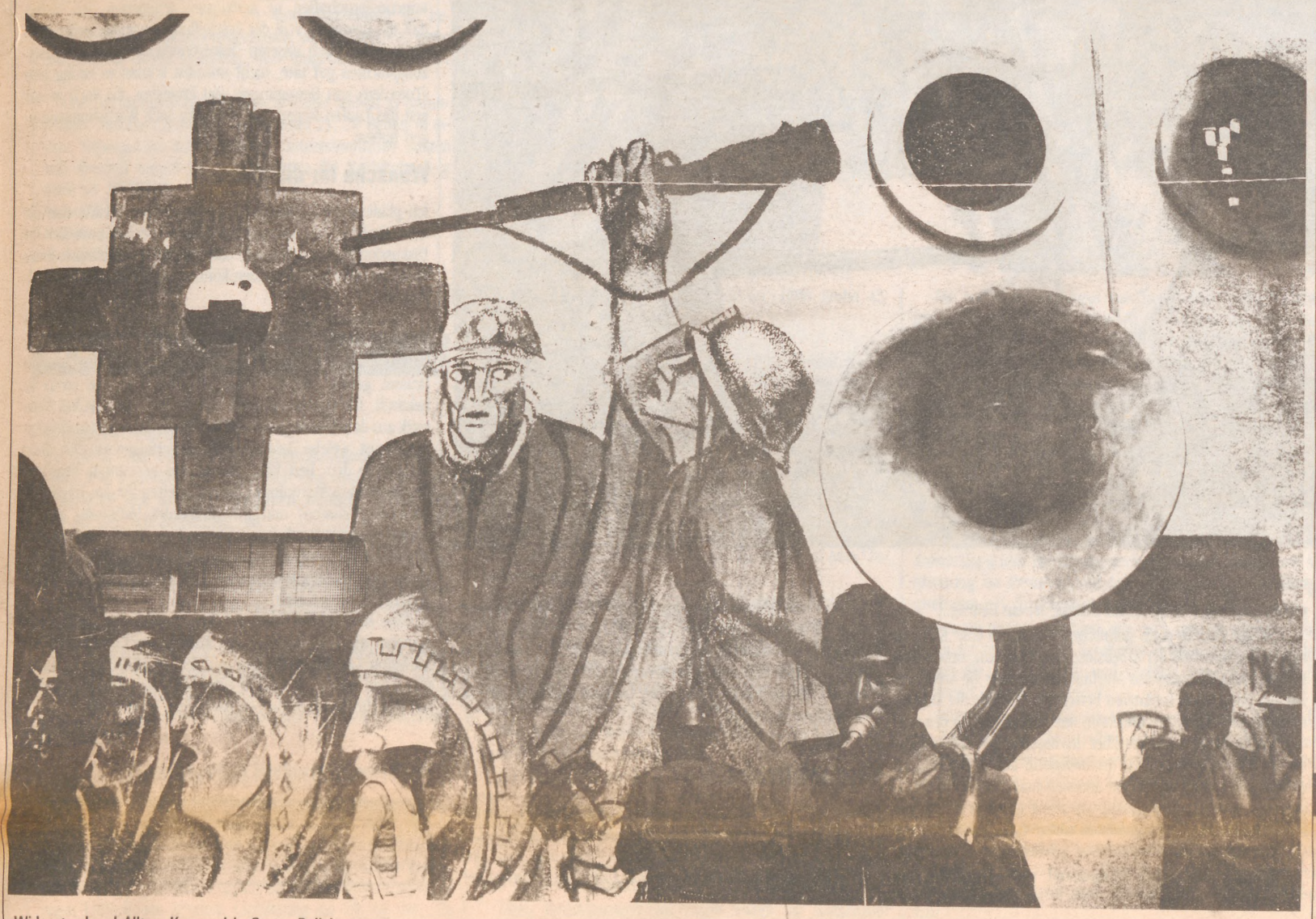
Der gesamten Auflage liegt eine Beilage der taz Verlags- und Vertriebs GmbH bei

SCHWERPUNKT:

- **1992 – Warum nur Lateinamerika**
  Die Opfer der »inneren Kolonisation« Seite 6
- **Europa und die »Neue Welt«**
  Niedergang und Wiederkehr der indianischen Revolution Seite 7
- **Die Neoschamanen des Kolumbus**
  Über den Mißbrauch indianischer Spiritualität Seite 8
- **Die Erklärung des Western Shoshone National Council** Seite 9
- **Ökologischer Kolonialismus und Imperialismus**
  Aspekte zur Umweltgeschichte des Nord-Süd-Dialogs
  Konferenz zur Vorbereitung der »Aktionstage« zum WWG Seite 10
- **Kontinuitäten und Brüche – Neues zur alten Weltordnung**
  Über die Kampagne '92 des BUKO Seite 11

500 JAHRE KOLONIALISMUS

Indianischen Widerstand stärken !



Widerstand und Alltag, Karneval in Oruro, Bolivien

Foto: Adriano Heitmann, aus: Kalender '92, Zentralamerika-Sekretariat, CH-Zürich

Elisabeth Voß, Redaktion Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften ● Indianische Stammeskulturen gelten vielen zivilisationskritischen Menschen hierzulande als Vorbilder in mancherlei Hinsicht: Im Gegensatz zur schmerzlichen Vereinzelung in der kapitalistischen Gesellschaft stehen sie für ein Leben in verbindlicher Gemeinschaft; statt selbstmörderischer Naturzerstörung befriedigen sie ihre Bedürfnisse im Einklang mit ökologischen Kreisläufen; wo bei uns kaum noch ein tieferer Sinn im Leben erkennbar ist, sind sie eingebunden in spirituelle Zusammenhänge.

So wichtig – und persönlich sicher auch ermutigend – solche Betrachtungen einerseits sind, so bedenklich ist es andererseits, wenn sie auf bloße unpolitische Schwärmerei beschränkt bleiben. Wir nehmen das Kolumbusjahr zum Anlaß, daran zu erinnern, daß die amerikanischen IndianerInnen seit 500 Jahren ausgebeutet, unterdrückt und ermordet werden. Unsere »Zivilisation« – mit all ihren gerne in Anspruch genommenen Bequemlichkeiten und ihrem lebensbedrohlichen Zerstörungspotential – basiert ganz wesentlich auf der Vernichtung dieser Völker, z.B. durch den Uranabbau auf indianischem Gebiet.

Der Protest gegen die Jubelfeiern 1992 darf nicht die eigentlich Leidtragenden vergessen. Unser Schwerpunktthema wurde zusammengestellt vom österreichischen Verein »Für die Erde – für das Leben«, dessen hauptsächliches Anliegen die Unterstützung des indianischen Widerstandes ist.

Unser Schwerpunktthema auf den Seiten 6-9 und zum Thema »Kampagne '92« auf den Seiten 10/11.

P 8008 E

00.2621 001 4 #1
Andreas Wischner
Frankenstr. 15
D-1000 Berlin 30

2. INTERNATIONALE NETZWERK-TAGUNG

Brüssel – oder ein Kommunikationsversuch

»Furnnativ – geht das?« fragten wir in der letzten CONTRASTE im Zusammenhang mit dem internationalen Netzwerk für alternative und solidarische Ökonomie und blieben prompt die Antwort schuldig. Als »Euronative« sind uns da wohl die verschiedenen Sprachen durcheinandergeraten, bzw. die Kommunikationsschwierigkeiten in Brüssel (5.-7.2.92) hatten sich zu Druckfehlern weiterentwickelt. – Nach der Berichterstattung von der 2. internationalen Netzwerk-Tagung folgt umseitig anschließend eine Übersicht der unterschiedlichen Praxis alternativ-ökonomischer Projekte am Beispiel Frankreichs und der britischen Inseln.

UND WER WAR DA?

Eingeladen hatten: Bert van Thienen vom Hefboom (Brüssel, Belgien), Aline Archimbaud, Europaabgeordnete der Verde und Birgit Cramon Daiber, Europaabgeordnete der Grünen. Eingeladen wurden: InitiatorInnen von lokalen Netzwerken sowie HistorikerInnen und ForscherInnen aus West- und Osteuropa, sogar VertreterInnen aus Japan und der französischen Kolonie Martinique. Es gab also eine breite Spannweite von TeilnehmerInnen, Mitgliedern kleiner regionaler Inis bis zu festangestellten Funktionären großer Organisationen, Landarbeitergenossenschaften aus Andalusien und der Schutzausschuß der Arbeitslosen aus Warschau. Aus der Bundesrepublik waren z.B. das Förderband, Pfefferberg, Weibergenossenschaft, CONTRASTE, Netz Nordrhein-Westfalen, Ausländerrat Dresden und Netzwerk vertreten.

Was soll so ein Treffen auf europäischer Ebene?

Am ersten Nachmittag gab es Beiträge zur Entwicklung einer gemeinschaftlichen Wirtschaftsdemokratie, am zweiten Tag fanden Arbeitsgruppen statt zu: Frauenprojekte, Möglichkeiten der europäischen Zusammenarbeit, Alternativ- und Solidarwirtschaft, Zusammenarbeit mit den Nicht-Regierungs-Organisationen des Südens und des Ostens.

Am letzten Morgen wurde über die Gründung eines Netzwerkes debattiert.

Angestrebtes Ziel der OrganisatorInnen war die Gründung eines internationalen Netzwerkes der Alternativ- und Solidarwirtschaft. Dahinter steht, denke ich, der legitime Wunsch, eine Interessengruppe für die Durchsetzung von europäischen Gesetzesvorlagen z.B. in der Frage europäisches Genossenschaftsrecht oder aber auch im Bereich Sozialwirtschaft zu installieren. Auf der anderen Seite wird es über so einen europäischen Verein möglich, auch an andere Europatöpfe als bisher zu kommen und eine europaweite Diskussion mit den dazu nötigen technischen Hilfsmitteln, (Fahrkosten, Simultandolmetsch) finanzieren zu können.

WIE WAR'S?

Der offizielle Verlauf der Tagung war nicht alternativ, ganzheitlich oder lustbetont. Es erschien mir fast als ein Versuch, die trocknen Parlamentsstrukturen noch in den Schatten zu stellen. Ein Beitrag jagte den nächsten, Zeit zum Diskutieren oder Nachfragen blieb nicht. Das war leider auch inhaltlich unbefriedigend. Gerade die schnell gelesenen Vorträge waren auch von den Simultandolmetschern nicht sinnvoll zu übersetzen. Das machte ein Verstehen schwierig. Dazu kommt die Frage, ob mit den gleichen Vokabeln und Begrifflichkeiten gleiche Erfahrungswerte doch so ungleicher Gesellschaften, Entwicklungen und Mentalitäten transportiert bzw. gemeint sind. Ist es überhaupt legitim, die französische Solidarwirtschaft in einem Atemzug mit der new economy und der Alternativwirtschaft zu nennen?

Diese Unterschiedlichkeiten wurden für mich nie geklärt. Aber auch andere schienen nicht ganz zu begreifen, zu was sie hier berufen wurden. Das ging aus einem Redebeitrag Kurt Regenauers am LETZTEN Tag des Treffens hervor:

»Es geht darum, daß hier eben auch ein Inhalt für ein Zusammenkommen verfolgt werden muß. Kommunikation um der Kommunikation willen wird Schiffbruch erleiden. Kommunikation ist nur sinnvoll und in meinen Augen nur vorstellbar als ein zielgerichteter Willensbildungsprozeß. Das heißt, im Prinzip muß es hier um irgendwas gehen, was hier irgendwann auch entschieden wird. Zwischen den verschiedenen Netzen, die hier zusammenkommen, muß es um irgendeine Sache gehen...

Fortsetzung auf Seite 2

FORTSETZUNG VON SEITE 1

Brüssel – oder ein Kommunikationsversuch

Netzwerk-Tagung im Sitzungssaal des Europäischen Parlaments in Brüssel

... Und wenn es um nix geht, wird früher oder später das Interesse erlahmen hierherzukommen.«

(Kurt Regenauer schlägt die Organisierung einer Europäischen Projektemesse vor. Er läßt sich mit Ricarda Buch von der Weiberwirtschaft als deutscher Teilnehmer für die Vorbereitungsgruppe zur Initiierung des Europäischen Vereins aufstellen.)

Was war denn aber konkret los in Brüssel?

Immer wieder stellten mir die Kollegen diese Frage. Sie ließ sich aber schwer beantworten, da ich den roten Faden, wir BundesbürgerInen brauchen immer einen Anfang und ein Ende, nicht fand. Ein neuer Versuch: zur Phänomenologie der Ereignisse der ein Beitrag ist ein Beitrag, ist ein Beitrag...

Z.B. der Beitrag eines polnischen Professors über KOB, einen Schutzausschuß der Arbeitslosen in Warschau, neben dem Beitrag eines Freundes aus Martinique, der über die Arbeit der lokalen politischen Initiativen berichtete, die z.B. die Zubetonierung der Strände verhinderten, neben dem Beitrag des spanischen Genossenschaftlers über die Besetzungen der Landarbeiter in Andalusien, neben der Neuigkeit, daß in Amsterdam ein Katalog erstellt wurde mit Adressen und Kurzbeschreibungen von »europäischen«, auch osteuropäischen Gruppen und Projekten, die in den Gemeinden unter Miteinbeziehung vor Ort arbeitender Firmen versuchten, Arbeitsplätze zu schaffen.

Für mich war es sehr motivierend, von so vielen unterschiedlichen Gruppen und Projekten zu hören und interessante Leute kennenzulernen – die Erfahrung zu machen, daß nicht nur in Kreuzberg, Berlin oder Restdeutschland andere Arbeits-, Wirtschafts- und Lebensformen probiert und debattiert werden, sondern auch in anderen Ländern und Kulturen. Ja, die anderen Kulturen!

Typisch Deutsch!

Diese Art zu kritteln und zu meckern schon bevor die Gemeinsamkeiten festgestellt werden; diese eifrige Suche nach Lükken und Fehlern, nach Klarheit ohne »wenn und aber«, und vor allem der unhöfliche Stil, in dem Diskussionsbeiträge vorgebracht wurden, schockierte mich. Dabei will ich gleich betonen, daß ich mich davon nicht ausnehme. Nein, mir wurde nur bei dem Nacheinander von italienischen, französischen, spanischen und eben auch deutschen Diskussionsbeiträgen der unterschiedliche Stil, die Art und Weise Kritik zu üben, deutlich und damit eben auch das, was im Ausland gemeint ist, wenn vom »häßlichen Deutschen« gesprochen wird.

Ich hatte meine Schwierigkeiten mit den unkonkreten »südlichen« Beiträgen, aber ich genoß auch die »südliche« Begeisterung für die »Ideale« und die Energie, den Schwung, trotz der bestehenden Schwierigkeiten, die zum Beispiel die Landarbeitergenossenschaften in Andalusien schilderten. Ich denke, daß die Betonung VOR der Feststellung des Individuellen oder Trennenden auch unseren Diskussionen und Auseinandersetzungsformen gut täte, nicht umsonst kommt es häufig zum »Totreden« von Bewegungen und Projekten, die doch gerade erst das Laufen lernen und vielleicht noch Wachstumsstörungen haben.

Wünsche für die Zukunft

Ich plädiere nach Teilnahme an den beiden Treffen eher für »weniger ist mehr«. Weniger festgelegte Beiträge, mehr Zeit für Diskussionen. Dazu kommt, daß die DolmetscherInnen freies Sprechen sehr gut übersetzen können, also fast alles verständlich ist.

Eine Verständigung und ein Austausch sind für mich erst einmal Inhalt genug, dann kann ich auch in Ruhe Gemeinsamkeiten feststellen und Gemeinsames planen. Es war in Brüssel, gerade was die Gemeinsamkeiten angeht, etwas zu hektisch. Die Brachialgewalt, mit der ein europäisches Netzwerk aus dem Boden gestampft werden soll, bevor den Beteiligten klar ist, welche Ziele es eigentlich verfolgen soll. Vor allem der Stil, in dem Bert Van Thienen das berechtigte Begehren der Gruppe aus Martinique (diese plädierten für den Vereinsnamen »Europäisches und internationales Netzwerk«, da sie nicht schon wieder als französisches Departement auftauchen wollten) pikanterweise mit der anwesenden Mehrheit der Franzosen und Belgier niederstimmen ließ, konnte mich für diesen Verein nicht begeistern.

Eine sehr schöne Idee, auf dem Straßburger Treffen entstanden, war der Austausch von Artikeln von CONTRASTE, der Schweizer Zeitung »Sapperlot« und der französischen »A Faire«; jetzt sollen die Artikel auch in einer britischen Zeitung erscheinen und die Zusammenarbeit fortgesetzt werden. ●

Elisabeth Bolda

Aus: Netzwerk-Rundbrief Berlin, April 1992

ALTERNATIVE ÖKONOMIE:

»We are the alternative«

Überlegungen zu Begriff und Praxis anläßlich der Netzwerktagung in Brüssel (5.-7.2.1992). Was ist das eigentlich – Alternative Ökonomie? Der Autor versucht diese Frage zu beantworten, in dem er die sehr vielfältige Praxis alternativökonomischer Projekte in Westeuropa (hauptsächlich am Beispiel Frankreichs und der britischen Inseln) im Überblick darstellt.

Gleich zu Beginn der Konferenz des »Europäischen Netzwerks der Alternativen Ökonomie und Solidarwirtschaft« wurde die Diskussion über den Begriff der Alternativen Ökonomie und Solidarwirtschaft geführt. Es fiel auf, daß sich an dieser Debatte hauptsächlich FranzösInnen, BelgierInnen und BritInnen beteiligten; vor allem die deutschen Teilnehmer schienen sich an dieser strategischen Debatte während des Konferenzverlaufs generell zurückzuhalten. Woran liegt das? War es vornehme Zurückhaltung oder Ausdruck eines »Rückstandes« der alternativökonomischen Bewegung in Deutschland?

AUS DEUTSCHLAND

waren vorwiegend Netzwerke und Beratungsagenturen der selbstverwalteten Betriebe (West) bzw. die sozio-kulturellen Projekte aus den neuen Bundesländern vertreten. (1) Während letztere dabei sind, ein eigenes Profil zu entwickeln, in dem die Schaffung von Arbeit und Einkommen zwar oft Bestandteil, selten aber Hauptzweck ist, steckt die alternativökonomische Bewegung im Westen offensichtlich in einer Sackgasse. Gerd Nottenbohm (Netz Dortmund) machte deutlich, daß die selbstverwalteten Betriebe in Westdeutschland einen Stagnationsprozeß durchmachen. Viele verhalten sich wie normale Betriebe, deren gesellschaftspolitischen Zielsetzungen außerhalb der Arbeit liegen; andere werden schlicht von Einzelmitgliedern privatisiert oder gehen von ihren ursprünglichen Vorstellungen von Wirtschaftsdemokratie, Gleichverteilung, sozialer Nützlichkeit bzw. ökologischer Verträglichkeit ab, sofern sie diese vorher entwickelt hatten.

Bei dem Versuch, der Konkurrenz in den ohnehin engen Marktnischen standzuhalten, richtet sich das Interesse immer mehr auf innerbetriebliche Probleme, insbesondere, wenn der

Abendliche Kommunikation in Brüssel

ökonomische Druck von außen wächst. (2) Hieran wird deutlich, daß eine Diskussion über weitergehende alternativökonomische STRATEGIEN und neue ökonomische Modelle stattfinden muß, um einen Ausweg aus der Sackgasse zu finden.

Da die obengenannten Ansprüche nur noch im Rahmen des Betriebes und des privaten Markts statt mit den Menschen am Ort diskutiert werden, können sie praktisch nicht eingelöst werden, denn innerhalb dieses Rahmens liegen keine Antworten auf die Krise.

Daß dies nicht so bleiben muß, belgen die zahlreichen sozialökonomischen Projekte und Netzwerke im französisch- und englischsprachigen Raum Europas, aber auch in Übersee (Belgien, Frankreich, Spanien, Vereinigtes Königreich und Irland, aber auch Antillen, Kanada, USA usw. sind Länder, aus denen wir derartige Projekte kennen.) Sie bezeichnen sich in der Regel nicht als alternativ bzw. alternativökonomisch oder selbstverwaltet, – aber sie sind es – nur anders als bei uns.

Ihre Bewegungen sammeln sich unter Begriffen wie »Soziale Ökonomie«, »Solidarwirtschaft«, »Assoziationen (auf Gegenseitigkeit)«, »Community Economy« (Gemeinwesenökonomie) oder »Lokale Ökonomie«. Ein weiteres Kennzeichen ist, daß sie, neben dem privaten, auch im öffentlichen, vor allem vom sog. »Dritten Welt« bzw. »Neuen (d.h. gemeinützigen, nichtstaatlichen) Sektor« ausgehen und sich keinesfalls auf den kapitalistischen Markt als Absatzort und Steuerungsinstrument beschränken. (3)

Sie bauen Netze einer solidarischen, statt einer auf Konkurrenz beruhenden Ökonomie auf, in der neue und neuartige Betriebsgründungen von Selbsthilfe-Initiativen ausgehen und oft von den ökonomischen Aktivitäten und Einnahmen vieler, z.T. arbeitsloser und verarmter Menschen leben.

Dabei entsteht eine lokalökonomische Infrastruktur von Beratungs-, Planungs- und Entwicklungseinrichtungen, der Erprobung neuer ökonomischer Modelle und alternativer Finanzierungsinstrumente. (4)

Ich will hierzu nun einen groben Überblick über derartige Initiativen in Frankreich und Großbritannien geben. Es gibt dort einerseits Projekte, die von den örtlich entstehenden ökonomischen Problemen ausgehen, andererseits sind es bestimmte, von regionalen Krisen betroffene Personengruppen, die in ökonomischer Selbsthilfe Auswege suchen:

IN FRANKREICH

gründeten sich – ausgehend von der sozialen Not der Jugendlichen in den Trabantenstädten – Jugend- und Arbeitslosenzentren, die sich die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen zum Ziel setzten (»SOS banlieue«, Risikiofonds »Génération Banlieue« etc.).

Aus den Beschäftigungsinitiativen von Arbeitslosen heraus entstanden selbstverwaltete, politisch und finanziell von den im Stadtteil lebenden Menschen unterstützte Betriebe (zusammengefaßt in den Netzwerken »Solidarité et Emploi« – Solidarität und Beschäftigung –, »Autonomie Solidarité« u.ä.).

Auch von Arbeitslosigkeit bedrohte Beschäftigte haben Netze selbstverwalteteer Betriebe aufgebaut (»Economie Sociale«, »Economie Solidaire«), in denen sie bestimmte Unternehmensanteile in Genossenschaften umwandeln, um ihre Stillegung zu verhindern.

Des weiteren gibt es noch eine Vielzahl ökonomischer Netze und ökonomische Beratungs- und Unterstützungsagenturen wie die »Agence de Liaison pour le Développement d'une Economie Alternative« oder »Culture et Promotion Ouest« und die zahlreichen Konversionsfonds, Risikokapitalfonds und sonstigen Finanzierungsinstrumente bis hin zu den CIGALES (Kreditgebergenossenschaften) und Versicherungsagenturen für solche, die aus dem konventionellen Banken- und Versicherungswesen ausgeschlossen sind.

Sie haben sich aus der sozialwirtschaftlichen und genossenschaftlichen Tradition und in Kritik zu ihr entwickelt, beziehen diese traditionellen Bewegungen jedoch in ihr Netz ein, soweit es möglich ist.

VEREINIGTES KÖNIGREICH:

Die traditionelle sozialökonomische Bewegung auf den britischen Inseln hatte ebenfalls neue, gegensätzliche Generationen hervorgebracht, wie die Neue Genossenschaftsbewegung und die Community-Bewegung. Dort werden sie oftmals als LOKALÖKONOMISCH bezeichnet, weil sie als Strategien ökonomischer Selbsthilfe in Krisenregionen entstehen. Man trifft sie sowohl im öffentlichen wie im Voluntary Sector (5) in großer Zahl und Vielfalt. Sie sind auch dort erstaunlich gut miteinander bzw. untereinander vernetzt, wo sie fachlich bzw. branchenmäßig nicht identisch sind; denn es geht um das Ziel der ökonomischen Restrukturierung in der Region, wo sich alle treffen. Von ihren Selbstverständnis her betreiben auch sie »Alternative Ökonomie« und arbeiten zugleich für eine notwendige gesellschaftliche Alternative jenseits von Markt und Staat.

Hierzu zählen

- die »local economic strategies« der Ballungsgebiete und ihrer politischen Verwaltungen und Organe (bekanntes Beispiel hierfür ist der Greater London Council 1981-1986) als Antwort auf die Austeritätspolitik des Thatcherismus ebenso wie
- die Arbeit des Voluntary Sector im sozialen und kulturellen Bereich (die im National Voluntary Services Council vernetzt ist oder die »Rural councils« in den ländlichen Regionen Britanniens),

Fortsetzung nächste Seite

KURZMELDUNGEN AUS DEN SELBSTVERWALTETEN GRAFISCHEN BETRIEBEN

FRÜHLINGSTAGE 1992

Die Frühlingstage 1992 der selbstverwalteten grafischen Betriebe finden zum zweitenmal in der Fabrik Osloer Straße in Berlin-Wedding statt – ab Donnerstag 28.5. Himmelfahrt, Kaltes Buffet (Donnerstag), Arbeitsgruppen zu Fragen der Selbstverwaltung und der technischen Entwicklung (Freitag und Sonnabend vormittag), Freitag abend vorraussichtlich eine Dampferfahrt auf der Spree, Sonnabend nachmittag Abschlußplenum mit Bericht aus den Arbeitsgruppen und ausführlicher Diskussion von Perspektiven. Abschiedsfrühstück Sonntag.

Inhaltlicher Schwerpunkt zum Thema Selbstverwaltung ist diesmal die Fragestellung: **Kollektivbetrieb mit vielen Angestellten?**

Zum Thema Technik liegt der Schwerpunkt bei der Änderung der Druckvorlagenherstellung »Leuchttisch ade?«.

Achtung InteressentInnen an **Kinderbetreuung**: Es besteht die Möglichkeit Kinderbetreuung zu organisieren, wenn das Interesse daran frühzeitig, also umgehend, angemeldet wird!

Übernachtungsmöglichkeiten: Erstmals stehen in unmittelbarer Nachbarschaft des Tagungsortes ca. 20 Betten in einem Tagungshaus zur Verfügung. InteressentInnen sollten sich ebenfalls umgehend melden. Denn die Nachfrage liegt meist bei 30 Plätzen.

Anmeldung:
transfer e.V.
Paul-Lincke-Ufer 44a
W-1000 Berlin 36
Tel. (030) 611 68 03

NACHRICHTEN AUS DEN BETRIEBEN

AGIT druckt weiter!
Das älteste real exisitierende Druckereikollektiv (gegründet 1968) wird weitergeführt. Es hat sich eine Gruppe von sechs Kolleginnen und Kollegen zusammengefunden, die den Betrieb ab 1.3.92 übernommen hat.

Altstadt Druck GmbH Rostock
Seit Anfang des Jahres arbeitet Altstadt Druck in Rostock ein eigenen Räumen. Das Provisorium im Keller des Haus der Demokratie ist vorbei.

Im Betrieb arbeiten etwa 6 Kollegen. Der Betrieb ist ausgestattet mit DTP-Systemen auf Apple- und DOS-Plattform, Laserdrucker, Kompaktkamera, Roland Praktika 00, Roland Parva (Din A1), Planschneider, Falzmaschine, einfache Zusammentragmaschine.

Contraste GmbH hat neue Räume gefunden
Die Contraste GmbH suchte dringend neue Räume. Sie wurden gefunden, sind allerdings bedeutend kleiner als bisher, nur so konnte der Mietkostenzuwachs bei 15% gehalten werden. Die Kosten für Umzug und Renovierung der neuen Räume bedeuten eine erhebliche Belastung, für die das Kollektiv keine Rücklagen hatte bilden können. (Schätzung ca. 50.000 DM). Es wurden und werden daher private DarlehnensgeberInnen gesucht.

Der Ortswechsel mußte so rasch vonstatten gehen, daß die in Berlin überlastete Telecom am neuen Standort noch kein Telefon installieren konnte! So teilt der Betrieb z.Zt. das Schicksal mancher neuer Ost-Betriebe und ist mit viel Geduld telefonisch über einen Funktelefonanschluß erreichbar oder über den Auftragsdienst

Der Betrieb arbeitet seit 1974. Das Kollektiv ist sehr stabil. Die technische Ausstattung besteht im Wesentlichen aus einer Kompaktkamera, Rotaprint R36, Roland 101, Planschneider.

Die neue Adresse: Tempelhofer Damm, 1000 Berlin 42, Funktelefon Nr. 0161-23 80 31

Neue Wege Druckerei Weikertsheim (bei Würzburg):Der Betrieb wurde zum Jahresende verkauft, die Gruppe, die den Betrieb mehr oder weniger gemeinsam führte, hat sich aufgelöst. Die Perspektiven gingen in verschiedene Richtungen. Im Unternehmen arbeiteten zuletzt vier Menschen im DTP-Satz, Repro, Druckvorlagenherstellung und Druck bis Din A3.

Druckerei Klenkes GmbH:
Künftig nur noch zwei tätige GesellschafterInnen?
Die Druckerei Klenkes ist 17 Jahre alt. Derzeit findet eine Umstrukturierung statt:

Im Betrieb arbeiteten bis Ende 1991 insgesamt 10 Kolleginnen und Kollegen (mehrheitlich Frauen), fünf waren tätige GesellschafterInnen der GmbH. Die anderen MitarbeiterInnen wollten oder sollten nicht als GesellschafterIn mehr Verantwortung übernehmen. Die Frage ist (nach eigenen Angaben) allerdings jahrelang vernachlässigt worden.

Die GmbH hat sieben GesellschafterInnen. Fünf waren bis Ende 1991 im Unternehmen tätig.

Im Laufe des Jahres 1992 scheiden von den fünf tätigen Gesellschafterinnen drei aus der Arbeit im Betrieb aus. Diese Entscheidung kommt für den Betrieb zu einem ungünstigen Zeitpunkt, da in den letzten beiden Jahren kräftig investiert wurde: eine neue Roland 202 und eine gebrauchte Planeta 2- Farben/SW wurden aufgestellt und müssen bezahlt werden.

Diese Investitionsentscheidungen waren der Katalysator für die Ausstiegsentscheidung der Gesellschafterinnen: Sie haben Hochschulabschlüsse, hatten den Betrieb unter politischen Zielsetzungen aufgebaut. Sie wollten ein technisches Instrument für politische Auseinandersetzungen in modellhafter Kollektivform schaffen. Das Interesse am grafischen Gewerbe war untergeordnet.

Die aus den umfangreichen Investitionen, erwachsenden Anforderungen an Tilgung, Wirtschaftlichkeit, Professionalität in einer handwerklichen Tätigkeit ließen für sie eine Sinnkrise aufbrechen, die in persönlichen Entscheidungen für den Ausstieg mündeten.

Die im Laufe des Jahres ausscheidenden Gesellschafterinnen müssen durch neue MitarbeiterInnen ersetzt werden. Vorrang hat dabei die Frage der fachlichen Qualifikation und Zuverlässigkeit. Ob und unter welchen Bedingungen den Neuen eine Beteiligung am Unternehmen angeboten wird, ist noch offen.

Die Organisation wurde umstrukturiert durch die Einführung von klar abgegrenzten Zuständigkeiten und Aufgaben. So nehmen die verbliebenen GesellschafterInnen die Leitung des Gesamtbetriebes und der beiden Fertigungsabteilungen (Druckvorlagenherstellung un Druck) wahr.

Eine monatliche genaue Beobachtung der wirtschaftlichen Entwicklung incl. Ermittlung der Bestandsänderungen und Abgrenzung der Perioden, soll den wirtschaftlichen Handlungsspielraum z.B. für Neueinstellung zeigen.

Sowohl nach den Zahlen, wie nach dem persönlichen Eindruck der verbleibenden GesellschafterInnen von der Zuverlässigkeit der Arbeitsabläufe und Qualität der Produkte, ist die Umstrukturierung erfolgreich.

Offen ist die Entwicklung eines angemessenen Systems für die Bezahlung der Angestellten und der GesellschafterInnen: Einige Mitarbeiter werden bereits nach Tarif bezahlt, es ist jedoch bisher kein Spielraum, für alle MitarbeiterInnen die Bezahlung auf dieses Niveau anzuheben.

Nachbemerkung: Die Sinnkrise »das kann doch nicht alles gewesen sein« ist typisch für die GründerInnengeneration der selbstverwalteten Betriebe, die z.T. auf die 40 zugehen oder schon darüber hinaus sind. Ein Austausch könnte fruchtbar sein.

Zum Thema »Gestaltungskonzepte von Einkommen und Löhnen« bietet transfer ein betriebswirtschaftliche orientiertes Seminar an - auch für einzelne Betriebe nach bezuschußter Unternehmensberatung.

Der Konkurs des Druckladen Bochum GmbH
Am 23.12.92 meldete der Druckladen Bochum Konkurs an. Versuche über eine Auffangesellschaft eine Übernahme aus dem Konkurs vorzunehmen, sind gescheitert. Das Unternehmen wurde inzwischen aufgelöst.Was ist geschehen?
Der Druckladen wurde 1979 gegründet. 1985 kam es zu heftigen Auseinandersetzungen in der Gesellschaft, mit der Kündigung von zwei GesellschafterInnen, die schließlich vor dem Arbeitsgericht auf Wiedereinstellung klagten. Vor dem Hintergrund dieser Erfahrung wurde 1986 im Auftrag der verbliebenen drei Gesellschafter vom Steuerberater und einem Anwalt ein Konzept erarbeitet, nach dem die Gesellschafter auf Honorarbasis bei der GmbH beschäftigt wurden und auf diese Weise zugunsten einer privaten Absicherung auch die Sozialversicherung einsparen konnten.

Diese Handhabung wurde Anfang 1991 im Rahmen einer Betriebspüfung des Finanzamtes nicht anerkannt. Die gezahlten Honorare wurden vom Finanzamt als ausgeschüttete Gewinne betrachtet, was zu einer Nachforderung an 56% Körperschaftssteuer und 20% Gewerbesteuer führte. Die Nachforderung belief sich (ohne Anrechnung der bereits gezahlten Einkommenssteuer) auf ca. 320.000 DM, und lag damit bei 76% der in den vier Jahren an die Gesellschafter ausgezahlten Honorare.

Fortsetzung auf Seite 4

Anzeige

atom

Nr. 38 April/Mai 92

Aus dem Inhalt :

➡ Atom-Renaissance
- Neues Atomgesetz - neuer Energiekonsens?
- Der Jahrhundertvertrag - Neues Märchen von Kohle und Atom
- Europäische Energiecharta zur Kolonialisierung des Ostens

➡ Schacht Konrad
- Einwendungsverfahren u. Mobilisierung
- GÖK über Atomtransporte

➡ Gorleben
- 15 Jahre Widerstand
- Polizei will "vorbeugen"

➡ Greifswald
- Bundesweites Atommüll-Lager?

➡ Leukämie in der Elbmarsch
ist das AKW Krümmel schuld?

➡ Weltwirtschaftsgipfel
Anfang Juli treffen sich die G7-Staaten zum Weltwirtschaftsgipfel in München. Widerstand ist angesagt
- Gegengipfel 6.-8. Juli in München
- Geschichte und Funktion der Gipfeltreffen
- "One World" und Nationalismus
- Militarisierung der Ökologischen Frage

➡ Uranabbau
- Nuklearer Kolonialismus
- Rössing-Mine: Katastr. Zustände
- "Altlasten" in Frankreich

➡ Was gibt´s sonst noch
- Hilfe für Tschernobyl-Opfer
- Frühjahrskonferenz in Münster
- Kriminalisierung: Münster

Die atom erscheint zweimonatlich, 68 Seiten, Einzelpreis 5 Mark (+ Porto), Abo für 5 Ausgaben 30 DM Ab 4 Ex. 3,50DM (+ Porto)
Bestelladresse:
atom, Postfach 1109, 2120 Lüneburg

FORTSETZUNG VON SEITE 2

○ und hier insbesondere der Sektor der »Community Economy«, d.h. die community businesses und community cooperatives (letztere sind vorwiegend in den ländlichen Regionen vertreten).

Auch hierbei handelt es sich – wie im francophonen Raum – um soziale, solidarische Initiativen für ökonomische Selbsthilfe; diesmal allerdings explizit auf definierte soziale Kollektive, die »local community« (ein Ort, Stadtteil, ein Wohnhaus o.ä.) oder die »community of interest« (ethnische Minderheiten, Menschen mit Behinderungen etc.). Sie stützen sich auf eine (meist aus der Not erwachsene) Solidarität der von sozialer und ökonomischer Desintegration Betroffenen. Bezeichnend an diesen Bewegungen ist, daß sich ihnen – die ebenfalls auf der Konferenz diskutierte – Frage der Marginalisierung gar nicht stellt; denn in vielen von Industrie und Kapital verlassenen Regionen Englands, Schottlands, aber auch in Wales und Irland sind sie die einzig ökonomisch Tätigen am Ort, welche noch Einkommen und Beschäftigung für die Bevölkerung schaffen.

FAZIT

Es ist festzuhalten, daß in anderen Ländern die Alternative Ökonomie sich nicht auf die Selbstverwaltung vereinzelter Produzentengruppen beschränkt, sondern daß dort eine »Assoziation freier ProduzentInnen« (und KonsumentInnen, z.B. SEIKATSU in Japan) gemeinschaftlich versucht, sozial nützliche bzw. ökologisch verträgliche Produkte und Dienste anzubieten und auf einem sozialen Markt (6) abzusetzen. so sind die Beiwörter »sozial«, »solidarisch«, »lokal« oder »community« mehr als nur Attribute, sondern sie sind das Ziel einer Strategie für eine soziale Ökonomie (oder eine solidarische Gesellschaft, deren Ökonomie sozial organisiert ist).

In der Bundesrepublik exisitieren bereits vereinzelt Beispiele von Kristallisationskernen lokaler sozial-ökonomischer Strategien – ich will hier Beschäftigungsprojekte, ausgehend von den Arbeitskreisen »Alternative Produktion«, die Bewegung für »Eigenständige Regionalentwicklung« und die Ausbildungs- und Beschäftigungsprojekte für Jugendliche erwähnen, die sich in Berlin zur Arbeitsgemeinschaft »Arbeit und Ausbildung« zusammengeschlossen haben. Die ökonomischen Initiativen im europäischen und außereuropäischen Ausland machen uns vor, in welcher Richtung der Zug der alternativen Ökonomie hierzulande aus dem Abstellgleis herauskommen kann: Er muß sich in Richtung auf eine soziale Ökonomie bewegen (was ökologische Verträglichkeit m.E. mit einschließt), welche die NutzerInnen der Produktion einbezieht und lebensfähige Wirtschafts-und Sozialbeziehungen am Ort wiederherstellt. Dies wird gegenwärtig international unter dem Stichwort »Local Sustainable Development« diskutiert.

Gerade für die neuen Bundesländer müssen die Weichen in diese Richtung gestellt werden, denn hier ist von heute auf morgen ein umfassendes Krisengebiet entstanden, welches offensichtlich mit den herkömmlichen Instrumenten der Wirtschaftspolitik nicht mehr auf die Füße kommt.

Wir sollten von den Erfahrungen der Nachbarn lernen, die voller Selbstbewußtsein sagen können: »We are the alternative« und sich als Pioniere einer neuen Weltwirtschaftsordnung (»new economics«) ohne Ausbeutung, ohne Umweltzerstörung und Konkurrenz ansehen. ●

Günther Lorenz,

Arbeitslosen-Selbsthilfe PAULA, Mitarbeiter beim interdisziplinären Forschungsprojekt »Lokale Ökonomie« an der TU Berlin. Telefon: (030) 314 267 40

Aus: Netzwerk-Rundbrief Berlin, April 1992

Anmerkungen

1 Ausnahme hiervon waren Peter Schneider als Vertreter des Verbandes deutscher Produktivgenossenschaften, Dessau und Symphatisanten des Projektes »Gesellschaft zur Förderung der Europäischen Kooperative«, Leipzig.

2 Sie scheinen dem von Franz Oppenheimer schon 1896 beschriebenen sogenannten »Transformationsgesetz« zu unterliegen bzw. unterlegen zu sein. Oppenheimer sah im Mangel an Absatz, den Konjunkturgesetzen und dem Gesetz der Konkurrenz die Hauptgründe für den ökonomischen Niedergang der Produktivgenossenschaften zur Jahrhundertwende.

Der Text Oppenheimers findet sich in: **Burghard Flieger (Hrsg.)**: Produktivgenossenschaften oder der Hindernislauf zur Selbstverwaltung. München (AG SPAK M61) 1984, S.52-66.

3 »Voluntary Sector«/intermediäre Organisationen: Nicht-staatliche, gemeinnützige Organisationen (NGOs), die sich weder dem privaten noch dem öffentlichen Sektor zuordnen lassen, sondern sich selbstbewußt als eigenständigen dritten Sektor der Ökonomie sehen. Ihre Arbeit ist nicht notwendig ehrenamtlich, wie der Name vielleicht nahe legt, lediglich die »volunteer workers« werden für ihre Arbeit nicht bezahlt. Ihre Kollegen werden tariflich entlohnt und arbeiten gemäß den Prinzipien von Selbstverantwortung und Selbstverwaltung. – Zum Begriff des »Community Sector« vgl. Fußnote 4.

4 Zur Theorie und Praxis lokalökonomischer Strategien, insbesondere in Britannien, und zum Begriff der »community« vgl. IFP Lokale Ökonomie: Berichtsreihe, Band I (1990) und Band II (1991), hrsg, vom Technologie-Netzwerk Berlin, zu beziehen u.a. über das Interdiziplinäre Forschungsprojekt »Lokale Ökonomie«. Hier wird auch ein (aus der Empirie gewonnenes) Modell »idealtypischer Instrumentarien einer lokalökonomischen Infrastruktur« dargestellt und erläutert (Bd.I,S.16ff).

5 vgl. Fußnote 3

6 »Sozialer Markt«:
Damit sind alle Märkte gemeint, die nicht von Preisen und Profiten, sondern von sozialen Aushandlungsprozessen gesteuert werden. Hierzu gehören sowohl die Praxis der staatlichen Auftragsvergabe nach sozialen Kriterien als auch z.B. Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaften, Food co-ops oder »Local Exchange Trading Systems«, die z.T. ohne Geld oder mit lokalen Geldeinheiten als Zahlungsmittel handeln (zu letzterem vgl. Margrit Kennedy: Geld ohne Zinsen und Inflation, München 1991).

KRIEGSTEUER-BOYKOTT

Finanzgericht wies Klage ab!

Die Landesarbeitsgemeinschaft Soziokultureller Zentren NRW (LAG NW) hatte sich im letzten Jahr an Aktionen gegen den Golfkrieg mit dem Kriegssteuerboykott beteiligt. Pro Beschäftigten wurden 500 DM an Kriegssteuern einbehalten und das Geld auf ein Sonderkonto festgelegt. Wir dokumentieren aus der Presseerklärung der LAG NW:

Die LAG NW hatte Einsprüche gegen die Steuerfestsetzungen des Finanzamtes als auch Anträge auf Stundung für das laufende Verfahren gestellt. Nach deren Ablehnung wurde Klage beim Finanzamt Münster eingereicht. Das Finanzamt Münster hatte die einbehaltenen Kriegssteuern von der LAG NW per Pfändung am 8.11.91 eingezogen.

Am 24. April 1992 war mündliche Verhandlung. Der Senat des Finanzgerichtes hatte sich in der mündlichen Verhandlung überhaupt nicht mit unserer Begründung befaßt und nahm nur noch mal kurz unsere mündlichen Erläuterungen entgegen. Der Vertreter des Finanzamtes äußerte sich garnicht zu der Thematik.

Der Vorsitzende Richter qualifizierte unsere Einlassungen als allgemeine politische Stellungnahme ab. In der Begründung der Klageabweisung wurde deutlich, daß dieser Senat sich nicht mit der Problematik von Kriegssteuerverweigerung aus Gewissensgründen befassen wolle. Selbst unsere Beweisanträge, daß die Budgethoheit der Volksvertretung ständig unterlaufen wird und Steuern für kriegerische Zwecke (Rüstungsexporte, Golfkriegsbeteiligung, Subventionierung von Rüstungsunternehmen u.a.) und deswegen die Bundesminister Waigel, Möllemann und Genscher dazu als Zeugen befragt werden sollten, wurde vom Gericht nicht behandelt. Die Klage wurde faktisch aus formalen Gründen abgelehnt, wie es immer passiert, wenn Staatsdiener nicht mehr inhaltlich argumentieren können. Als Institution körperschaftsorientierter Art (Verein), also als eine juristische Person, hat die LAG NW »kein Gewissen«. Deshalb ist auch eine Klage aus Gewissensgründen nicht möglich. Aus Gewissensgründen können nur natürliche Personen klagen, in diesem Fall nur die Arbeitnehmer. Auch das Recht auf Kriegsdienstverweigerung gilt nur für natürliche Personen.

Die Einbehaltung fremder Mittel (hier die Lohnsteuern) für die öffentliche Hand geschieht treuhänderisch für den Arbeitnehmer. Darauf läßt sich nach Meinung des Gerichts keine Zuständigkeit für eine Klage begründen.

Die LAG NW wird die schriftliche Urteilsbegründung abwarten. Nach der Art und Weise der Verhandlung und dieser Begründung ist aber klar, daß die LAG NW Revision gegen das Urteil beim Bundesfinanzhof einlegen wird. ●

REZENSION

Die neue Weltordnung und der Golfkrieg

Im kleinen, um die Herausgabe von Texten zu linksradikaler und anarchistischer Theorie und Praxis engagierten Trotzdem Verlag ist unter dem Titel »Die neue Weltordnung und der Golfkrieg« eine kleine, jedoch – soviel sei vorweggenommen – höchst beachtenswerte Essaysammlung erschienen.

Die Beiträge dokumentieren ein bisher in der BRD-Öffentlichkeit kaum vorgestelltes Spektrum von Meinungen. Lediglich einige mit Interesse aufgenommene Aufsätze des ehemaligen CIA-Mitgliedes Philipp Agee sowie Noam Chomsky's vor allem in kleineren Zeitschriften (z.B. »Schwarzer Faden«) und der Artikel »Eine Nation vor Gott« von Ulrike Heider (Kursbuch, September 1991) stellen die Ausnahmen von dieser Regel dar; Chomsky's im vorliegenden Buch veröffentlichte Vorlesung »Die neue Weltordnung« ist in den USA geradezu zum »Bestseller« der kritischen Gegenöffentlichkeit avanciert.

Kurz zu den einzelnen Essays:
Chomsky zeigt in »Die neue Weltordnung« die Bestrebungen der selbsternannten Friedenspolizei USA, die militärische (und damit die politische) Vormachtstellung in der Welt, auch und gerade nach dem Abschied der Sowjetunion von dieser Bühne, aufrechtzuerhalten. Konkret verdeutlicht er das an der Invasionspolitik der USA in Panama und Nicaragua, an der Unterstützung Indonesiens beim weithin unbeachteten Genozid in Ost-Timor sowie schlußendlich im Hinblick auf die doppelbödige diplomatische Hinhaltetaktik am Golf.

Der Historiker Howard Zinn skizziert in seinem Beitrag »Macht, Geschichte und Kriegsführung« vor allem die ideologischen Hintergründe in den USA der letzten hundert Jahre, die der Bevölkerung die eigentlich unmögliche Trennung in »gute« und »böse« Kriege suggerieren und damit deren Unterstützung für die »gute« Seite , das heißt die USA, herstellen sollen. Joel Beinin, Professor für die Geschichte des Mittleren Ostens, untersucht im Essay »Die Ursprünge des Golfkrieges« die wirtschaftlichen Interessen der USA in der Gofregion und zeigt deutlich, daß die von den USA gewünschte Kontrolle über das Öl, die unhinterfragte Verteidigung des »american way of life« zum Golfkrieg führen MUSSTE, gleichwohl die ignorante, selbstbezogene US-Politik noch lange in der Welt schlimme Folgen mit sich bringen wird.

Im Interview »Die geheime Tagesordung der USA im Golfkrieg« mit Craig Hulet, dem Mitglied eines Netzwerkes regierungskritischer ehemaliger Beamter und Militärs wird aufgrund diesem Netzwerk vorliegenden Dokumenten aus der Krisendiplomatie aufgezeigt, daß den USA ganz offensichtlich nicht an einer nicht-kriegerischen Konfliktlösung gelegen war, die Zeichen vielmehr von Beginn an auf Krieg standen und auch das häufig zitierte »grüne Licht« an Saddam Hussein für die Invasion durch die US-Botschafterin im Irak nur eine üble Finte war.

Auch Michael Emery verdeutlicht im Artikel »Wie Mr. Bush seinen Krieg bekam: Irreführung, Doppelmoral und Desinformation«, daß die Parole von vornherein auf »go for war« lautete, obgleich es aufgrund der Bemühungen vor allem des jordanischen Königs Hussein durchaus andere Chancen gab.

Schließlich zeigt Noam Chomsky in »Desinformation und Golfkrieg« die Mechanismen einer seit dem 1. Weltkrieg zunehmend verfeinerten Propaganda, die mittels kalkulierter selektiver Wahrnehmung beim Fernsehzuschauer wie beim Zeitungsleser auf recht subtile Art und Weise die staatlich gewünschten Meinungen in der Bevölkerungsmehrheit herstellt.

Die Textsammlung bietet damit – neben den sachlichen, während des Krieges von den quasi gleichgeschalteten Massenmedien ignorierten Informationen – eine eindrucksvolle Einführung in die Kunst der ideologischen Verschleierung unbequemer politischer Tatsachen. Obgleich z.B. die Zensur – vor allem NACH dem Golfkrieg vereinzelt thematisiert wurde, hat eine derartige, vom Ansatz umfassende, vom Umfang jedoch komprimierte Darstellung, zumal eben aus US-amerikanischer Sicht, bisher gefehlt.

Zudem unterscheiden sich die Texte wohltuend von den hohlen Haßtiraden der deutschen »Linksintellektuellen« und Alt-68ern auf die »Friedenshetzer« (welch' absurder Begriff!), von diesen plumpen, aggressiven Distanzierungen ehemaliger Integrationsfiguren á la Enzenberger und Biermann (»Friedensfreunde, schnürt eure Palästinensertücher enger, ab jetzt sind wir geschiedene Leute«). Schön, daß es wenigstens in den USA noch Intellektuelle gibt, die etwas von sich geben können, daß noch inhaltliche Substanz hat! ●

Gerald Grüneklee

Noam Chomsky u. a.: Die neue Weltordnung und der Golfkrieg
Trotzdem Verlag März 1992, 123 S., 16,– DM

FORTSETZUNG GRAFISCHE BETRIEBE

Die Verhandlungen mit dem Finanzamt über eine Stundung bis zur Klärung der strittigen Haftungsfragen mit dem Steuerberater, der den falschen Rat gegeben und die Umsetzung vorgenommen hatte, scheiterten im November 1991, als das Finanzamt die Maschinen und Geschäftsausstattung pfändete nur mehr bereit war gegen Zahlung von monatlich 15.000 DM die Steuerschuld zu stunden. Eine solche Zahllast konnte der Betrieb nicht tragen. Daher entschieden sich die Gesellschafter einer Pfändung der Forderungen und Konten durch das Finanzamt durch einen eigenen Konkursantrag zuvorzukommen.

Es bestand die Hoffnung durch eine Auffanggesellschaft das Unternehmen aus der Konkursmasse übernehmen und damit weiterführen zu können.

Diese Erwartung zerschlug sich dann im Januar, weil aus den Gesellschaftern und den MitarbeiterInnen keine tragfähige Mannschaft für ein neues Unternehmen zu bilden war. Man zerrieb sich in verschiedenen Konflikten. Die Auffanggesellschaft kam daher nicht zustande. Das Unternehmen wurde eingestellt.

Beim Druckladen arbeiteten ca. 10 Menschen, die Fertigung umfaßte DTP-Satz, Repro, Druck bis DIN A1, Schneiden und Falzen.

Zum Glück für die Gesellschafter sind keine persönlich verbürgten Bankverbindlichkeiten angefallen. Otto, einer der Gesellschafter, der die Informationen für diesen bericht lieferte und ihm zustimmte, arbeitet inzwischen bei Montania in Dortmund.

Druckcooperative Karlsruhe
Das Fest zur Feier »10 Jahre Druckcooperative« wurde gerade gefeiert. Wir gratulieren und wünschen für die Zukunft alles Gute.

Die Druckcooperative ist in einem sehr schönen selbstverwalteten Gewerbehof im Stadtzentrum von Karlsruhe angesiedelt. Die Geschäftsräume liegen im Erdgeschoß (direkt neben dem Café mit Mittagstisch des Gewerbehofes) und im ersten Stock. Im Betrieb arbeiten ca. acht KollegInnen.

Zur technischen Ausstattung gehört das Kalkulations- und Auftragsverwaltungsprogramm Teamwork, eine Klimsch SAV Zweiraumkamera, Bogenmontage, eine Roland Praktika 00 (36x52) und Roland 201 sowie Schneide- und Falzmaschine. Auf der Roland 201 werden u.a. hervorragend gedruckte Farbbildbände hergestellt.

DruckZuck GmbH, Halle
Anfang Februar wurde dort eine neue Praktika 00, ein neuer Planschneider sowie eine automatische gebrauchte Kompaktkamera aufgestellt und löste damit die vorhandene Erstaustattung auf Rotaprint R30-Grundlage ab. Die DTP-Anlage auf DOS-Plattform wurde durch einen kleinen Scanner ergänzt.

Der Betrieb produziert mit drei tätigen Gesellschaftern und einem angestellten Drucker.

Beim Fata Morgana Druck & Verlag in Ost-Berlin ist als Untermieter ein Belichtungsservice mit einem AGFA Proset 9800 eingezogen.

Da Fata Morgana über ein eigenes DTP-System häufiger Bücher setzt, die dann auf der GTO gedruckt und selbst klebegebunden werden, können dort demnächst Versuche mit dem Einsatz von Ausschießsoftware und Direktbelichtung von Folien im Laserbelichter beginnen.

Grafische Werkstatt Kassel
In den im September 1991 bezogenen neuen, eigenen Räumen wurde im Dezember eine Roland 204 (Vierfarben, 51x72) aufgestellt. Im Unternehmen arbeiten z.Zt. etwa 24 Menschen, neun sind GesellschafterInnen, der Rest will lieber angestellt arbeiten.

Auf der Vierfarben kann zu günstigen Konditionen noch Druckkapazität für andere Betriebe angeboten werden.

Die technische Ausstattung umfaßt derzeit: DTP-Satz mit Apple und Linotronic 330, Repro mit Kameras und Fuji SW-Scanner, Offsetdruck mit Roland RZK 3B (70x100 S/W), Roland 204, Miller SC (50x70), MBO Falzmaschine.

PrimaPrint Köln
Zusammen mit einem ortsansässigen Verlag hat sich PrimaPrint in Köln eine DTP-Abteilung auf DOS-Plattform zugelegt. Die Ausstattung besteht aus zwei Arbeitsplätzen und Laserdrukker. Ein Belichtungsservice liegt in ca. 300 m Entfernung. Im gesamten Unternehmen arbeiten jetzt ca. 12 Menschen, die übrige Ausstattung besteht neben Kompaktkamera und konventioneller Druckvorstufe aus zwei Roland 201 und einer Praktika 00.

Albdruck in Berlin
feierte am 3.4. ebenfalls sein 10-jähriges Bestehen. Der von zwei KollegInnen geführte Betrieb arbeitet in einem selbstverwalteten Wohn- und Gewerbehof. Die Betriebsfläche ist winzig, ca. 70 qm, die technische Ausstattung besteht aus einer Berthold Diatype, Zweiraumkamera, Plattenkopie, GTO 52, Kiekebusch A2, Multipli Falzmaschine und einen musealen Planschneider, der richtig schön aussieht.

Aus dem Rundbrief des transfer e.V. 1/92

SELBSTVERWALTETE FAHRRADBETRIEBE

Fortbildung für Bike-Freaks

Auf dem Arbeitsmarkt gibt es zu wenig qualifiziert Ausgebildete, die den gestiegenen Anforderungen in einem modernen Fahrradgeschäft gewachsen sind. Seit Jahren fordert deshalb der Verbund selbstverwalteter Fahrradbetriebe e.V. (VSF) eine Revision der Berufsausbildung, damit in Berufsschulen mehr Biketechnologie und fahrradspezifische Verkaufskunde vermittelt wird. Da auch der VSF die Schnelligkeit des Gesetzgebers kennt, hat er nun selbst die Initiative ergriffen.

Durchgeführt vom Forum Berufsbildung e.V. fand von November letzten Jahres bis Februar der erste Fortbildungslehrgang für den Fahrradeinzelhandel statt. Und im November 1992 beginnt schon der zweite. Vier Monate lang beschäftigen sich die TeilnehmerInnen mit Betriebswirtschaftskunde, Verkaufskunde und Fahrradtechnik. Die praktische Arbeit erkunden sie vor Ort bei Rahmenherstellern und in Montagebetrieben. Bei entsprechenden Ausgangsbedingungen wird die Fortbildung zu 100 Prozent vom Arbeitsamt finanziert, Ausbildungsort ist Berlin.

Gleiches gilt für einen 24monatigen Umschulungslehrgang, der am 25. Mai anläuft. Dieser Kurs bildet Kaufmänner / -frauen mit dem Schwerpunkt »Fahrradeinzelhandel« aus. Er wendet sich an InteressentInnen, die spezielles warenkundliches, technisches und betriebswirtschaftliches Fachinteresse erwerben wollen, um als Kaufmann / Kauffrau im Fahrradeinzelhandel tätig zu werden. Teilnehmen können Männer und Frauen, die noch nicht über einen Berufsabschluß verfügen oder auf der Suche nach einer neuen beruflichen Perspektive mit anerkanntem Abschluß sind. Gelehrt werden das notwendige Know-how und die manuellen Fertigkeiten, damit die in einem Radladen anfallenden Montage-, Wartungs- und Reparaturarbeiten zu bewältigen sind. Die zweijährige Umschulung ist in 11 Monate theoretischen Unterricht und drei Praktikumsblöcke von gleicher Länge eingeteilt. Den Abschluß bildet die Prüfung zum Einzelhandelskaufmann / zur -kauffrau vor der Industrie- und Handelskammer.

Weitere Informationen:
Verbund selbstverwalteter Fahrradbetriebe e.V.
Paul-Lincke-Ufer 44a · W-1000 Berlin 36
☎ (0 30) 612 18 70

BILDUNGSURLAUB

Kassel

documenta 9 – Zugänge zur zeitgenössischen Kunst

Die Werkstatt Kassel e.V. veranstaltet als freier Träger der Erwachsenenbildung in Zusammenarbeit mit dem Paritätischen Bildungswerk Hessen e.V. einen fünftägigen Bildungsurlaub zur »documenta 9«. In Seminaren und Vorträgen, durch Führung und Exkursionen werden die politische und gesellschaftliche Bedeutung moderner Kunst, Funktion von Kunst im Spannungsfeld von Gesellschaft und Individuum sowie die konkrete Wirkung und die Geschichte der documenta-Veranstaltungen in Kassel untersucht. Die TeilnehmerInnen können zwischen zwei Terminen wählen; für den Termin 22. Juni gilt der 17.5.92 als Anmeldeschluß, für den Termin am 7. September sind Anmeldungen bis zum 22.8.92 möglich. Die Kosten betragen einschließlich Unterkunft, Verpflegung, Fahrten und Eintritt zur Ausstellung 520,00 DM. Weitere Informationen sind über die Werkstatt Kassel e.V., Friedrich-Ebert-Str. 175, W-3500 Kassel, ☎ (05 60) 77 75 01 erhältlich.

BUCHBESPRECHUNG

Der Tod der Bewegungen: Die moderne Familie?!

Das Buch »Familienleben und Berufsarbeit« ist Ergebnis eines Forschungsprojektes des Schweizerischen Nationalfonds (sehr viele Schweizer Beispiele sind detailliert beschrieben). Es setzt an bei den Einseitigkeiten der bisherigen Forschung zum Wechselverhältnis Familienleben – Berufsarbeit und versucht Tendenzaussagen für die 90er Jahre. Im Unterschied zur traditionellen Großfamilie definieren die AutorInnen den Untersuchungsgegenstand so: »Die moderne Familie ist eine intime, gemeinschaftliche Primärgruppe« (S.6). Gerade in den letzten Jahrzehnten unterliegt sie großen Veränderungen im Heiratsverhalten, Kinderzahl und Auflösungsverhalten, Wandlung der Frauenerwerbstätigkeit. Es gibt neue Konflikte im Spannungsfeld von Arbeit und Familie sowie vielfältige Abhängigkeiten zwischen beruflichen Gegebenheiten und familialen Verhältnissen. Neu ist der Ansatz von Kap. 9: »Familiale Einflüsse auf Berufsleben und Arbeitsorganisation«. Davon ausgehend, daß die Familie Sozialisations-, Reproduktions- und Konsumfunktion für die Berufswelt erfüllt, prognostizieren die AutorInnen ein Überschlagen der Veränderungen in der Familienstruktur auf das Berufsleben. Wichtigste Innovationen sind Gleichberechtigung der Geschlechter, Flexibilisierung der Arbeitszeit sowie Individualisierung der Arbeits- und Erwerbsbiographie.

Die Veröffentlichung liefert eine gute Zusammenfassung des Forschungsstandes mit klaren Stellungnahmen der AutorInnen »Die normative Unvereinbarkeit von Mutterschaft und Berufsarbeit dürfte spätestens in den 1990er Jahren der Geschichte angehören...« (S.132). Der Band liest sich eher anspruchsvoll; die Kapitelfolge erscheint manchmal willkürlich. Besonders interessant war für mich die These zu den »Dual-Career-Familien«, in denen beide Eltern eine berufliche Karriere anstreben: Diese Familien seien in ihren Sozialbeziehungen oft ausgesprochen binnenorientiert (S.161). Das würde bedeuten, daß sie in sozialen Bewegungen oder alternativen Projekten kaum noch engagiert sind. Interessant wäre deshalb eine Umfrage unter CONTRASTE-Familien: Sind beide Partner beruflich anspruchsvoll, bis zu wievielen Kindern, wie bekommen sie ihre familiären und beruflichen Ansprüche unter einen Hut? In welchen Basisbewegungen sind die PartnerInnen tätig. Wie war das vor der Familienphase? ●

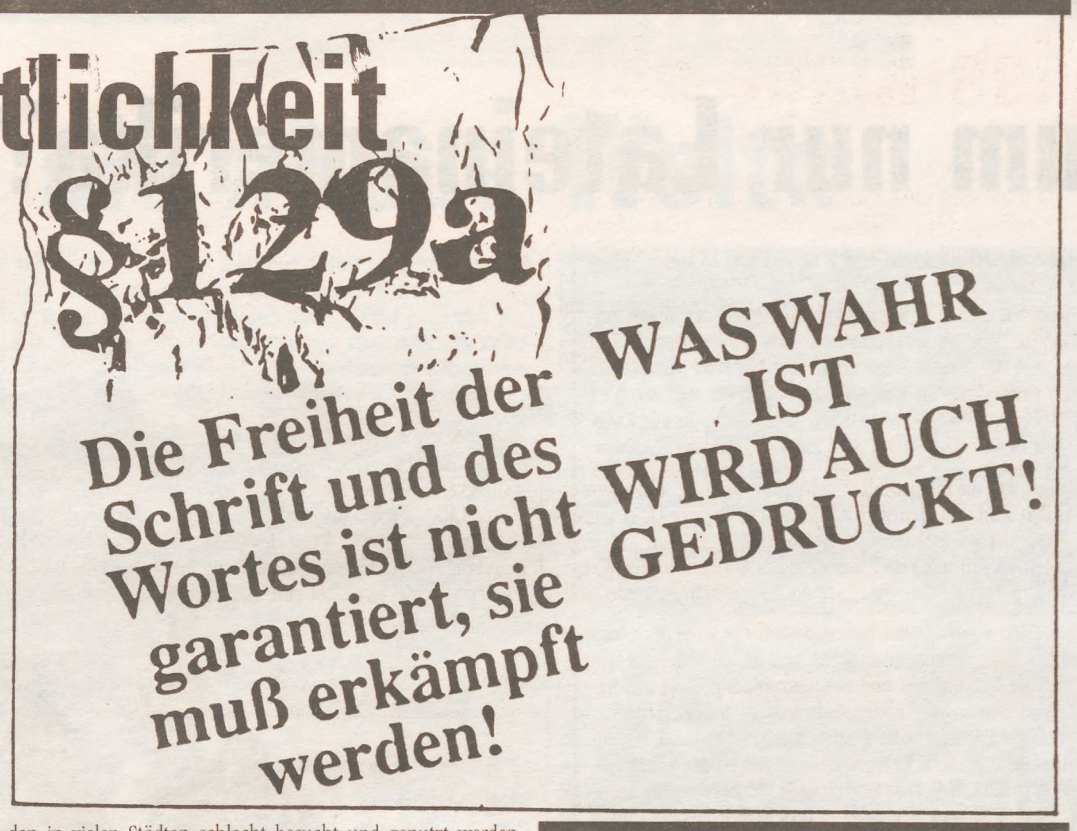
Hanne Bestvater

Familienleben und Berufsarbeit zum Wechselverhältnis zweier Lebensbereiche, F. Höpflinger, M. Charles, A. Debrunner, Seismo Verlag, 1991, 38 Fr ●

Contraste_Korrekturen_FuenfteWelle_1992.indd 25 23.09.24 19:56

SELBSTDARSTELLUNG INFOLÄDEN

Gegenöffentlichkeit



Mittlerweile gibt es über 50 Infoläden in der Bundesrepublik, manche schon seit 10 Jahren, viele erst seit kurzem. Sie sind entstanden, um der manipulierten Information durch Presse, Funk und Fernsehen etwas entgegenzusetzen und um unverfälschte, unzensierte und unterdrückte Infos frei zugänglich zu machen.

Redaktion Heidelberg ● In den Infoläden findet man/frau Flugblätter, Zeitungen, Bücher voll von Informationen, Berichten zu aktuellen politischen Themen und deren Hintergründen. Jede Menge bedrucktes Papier zu Antifa, Repression, Internationalismus, Frauenbefreiung und vieles mehr. Es gibt in den einzelnen Läden unterschiedliche Schwerpunkte, die zu ergründen weiterhin jeder und jedem vorbehalten bleibt. Viele Läden haben ein Archiv. Dort findet sich vieles außergewöhnliches zu vergangenen Tagen und Kämpfen. Die Infoläden sehen ihre Aufgabe darin, diese Informationen an die Öffentlichkeit zu bringen.

Die Bedeutung und Nutzung von Infoläden ist von Stadt zu Stadt unterschiedlich

Ein Infoladen ist auch ein Treffpunkt, in manchen Städten der einzige. Die Läden sind – ob als Infocafé oder mit einer gemütlichen Sitzecke – wichtige Kommunikationsorte, z.B. für smalltalk und big talk (Plenum), für politische Veranstaltungen und Gruppentreffen. Viele linke Gruppen wissen wenig voneinander. Für die, die nicht in politischen Gruppen organisiert sind, ist es oft noch schwerer, überhaupt noch etwas mitzukriegen. Die Infoläden wollen die Vernetzung der Initiativen unterstützen, Material auslegen und Infobörse für Termine von Veranstaltungen und Treffen sein.

Die Infoläden und ihre Vernetzung

Die Tatsache, daß die Infoläden mehrmals wöchentlich telefonisch oder mit Fax zu erreichen sind, schafft die Möglichkeit, wichtige Nachrichten in kürzester Zeit in andere Städte/Regionen zu transportieren. Außerdem gibt es einen Postverteiler, über den Flugblätter oder andere Infos in andere Städte verschickt werden. Auf regelmäßig stattfindenden, bundesweiten Infoladentreffen wird versucht, die Zusammenarbeit zu verbessern, Gemeinsamkeiten herauszufinden, Unterschiede festzustellen und die Probleme der Läden zu thematisieren. Auch im europäischen Ausland gibt es Infoläden, die Kontakt zu Läden in der BRD und untereinander haben. Zweimal jährlich finden internationale Infoladen-Treffen statt. Dort gibt es Arbeitsgruppen zu Repression und EG '92. Außerdem wird versucht, den Informationsaustausch zu verbessern und länderübergreifende Diskussionen in Gang zu bringen.

Solidaritätskonzerte für die Infoläden

Das hat verschiedene Gründe. Zum einen ist es so, das Infoläden in vielen Städten schlecht besucht und genutzt werden. Die Konzerte sind eine Möglichkeit der Öffentlichkeitsarbeit. Ein weiterer Punkt ist, daß Infoladenarbeit Geld kostet (Telefon, Miete, Kopierer, Porto, Leseexemplare von Zeitungen, Archiv ...). Beim Verkauf von Büchern und Broschüren bleibt wenig hängen. Auch der Verkauf von Aufnähern, Klebern, CS-Gas, T-shirts oder sonstigem können oft die Löcher nicht stopfen. Infoläden tragen sich meistens nicht selbst und sind auf Spenden angewiesen. Der Überschuß aus den Konzerten soll deshalb an die Infoläden gehen. Die eine Hälfte wird verteilt an die Läden, die sich an der Tour beteiligen. Die andere geht in einen gemeinsamen Fonds der Infoläden. Dort soll auch über die Tour hinaus durch Spenden und andere Geldbeschaffungsaktionen eine gemeinsame Rücklage geschaffen werden. Zum einen zur Unterstützung von Gruppen, die in den fünf neuen Ländern einen Infoladen aufmachen wollen und denen die Mittel z.B. für eine Grundausstattung fehlen. Zum anderen ist es so, daß Infoläden zunehmend mit Durchsuchungen, Beschlagnahme von Zeitungen und Büchern und darauf folgender Kriminalisierung (§ 129a-Verfahren) überzogen werden. Die zu erwartenden Prozesse werden eine Menge Geld verschlingen. In den letzten Wochen gab es diverse Durchsuchungsaktionen in diversen Info- und Buchläden (Freiburg, Berlin, Hamburg, Karlsruhe, Bielefeld, Bonn, Oldenburg, Passau, Münster, Bremen...). Der angebliche Durchsuchungsgrund: Laut § 129a, Abs. 3 StGB wurde in besagten Schriften für RAF und RZ geworben. Die Verfolgung und Kriminalisierung von Zeitungen, die sich nicht vorschreiben lassen, was gedruckt und gesetzt wird, hat eine lange Geschichte. Infoläden, aber auch Buchläden und HandverkäuferInnen sind wichtige Verteiler/Innen dieser Zeitungen. Und da die Infoläden es wichtig finden, daß diese Zeitungen gelesen werden, werden sie auch weiterhin verteilt. Da beißt der Staatsanwalt keinen Faden ab. Basta. ●

INFOLÄDEN KONZERTTOUR

Gegen Worte als Ware; wahre Worte!

Mit den Gruppen »Meduza« (Frauengruppe aus Oslo) und »Trespasers W (Niederlande) am:

29.5.	Lübeck (alternative)
30.5.	Hamburg (störtebecker)
31.5.	Rendsburg (teestube)
2.6.	Strausberg (villa eckenstein)
3.6.	Erfurt (kult e.V.)
4.6.	Göttingen (juzi)
5.6.	Braunschweig (jz heidberg)
6.6.	Hannover (korn)
7.6.	Hanau (metzgerstr.)
9.6.	Heidelberg (az)
10.6.	München (kulturstation)
11.6.	Augsburg (kresslesmühle)
12.6.	Tübingen (sudhaus)
13.6.	Lörrach (Schopfheim, Cafe Irrlicht)
14.6.	Freiburg (wagenburg, openair)
16.6.	Aachen (casinostr.)
17.6.	Köln (rhenomia)
18.6.	Oberhausen (druckluft)
19.6.	Bielefeld (ajz)
20.6.	Neumünster (reichshalle)

OFFENER BRIEF VOM SPINNENnETZ

Solidarische Kritik statt Anpisserei

Betrifft: Offener Brief ans SpinnenNetz/ Wespennetz statt SpinnenNetz Absender: Kurt Regenauer/ Link-N bzw. CONTRASTE Red. Nürnberg

An alle Interessierten, die die Diskussionen innerhalb der Netze mitbekommen haben. Wir haben überlegt, ein paar Zeilen zu dem, was wir eigentlich wollen, zu schreiben.

Wir sind keine High-Tech Freaks, sondern betrachten die Kommunikation via Computer als ein geeignetes Mittel, welches wir für unsere Zwecke benutzen. Und wir denken, daß das Verhältnis vom Nutzen für uns einerseits und dem Einlassen auf die Technik der Bonzen und Konzerne andererseits, vertretbar ist.

SpinnenNetz? – Was soll das??

Wir gehen davon aus, daß wir zur Zeit als revolutionäre linke Bewegung in der BRD sehr schwach sind und gleichzeitig unser Organisierungsgrad extrem niedrig ist. Organisierungsgrad meint z.B. den Stand einer bundesweiten bzw. europaweiten Diskussion über gemeinsame politische Schwerpunkte und Ziele.

Tatsache ist, daß die meisten politischen Gruppen unabhängig voneinander in der eigenen Stadt und erst recht unabhängig von Gruppen anderer Städte oder Länder arbeiten. Wir finden diesen Zustand unbefriedigend und wollen auf verschiedenen Ebenen den Austausch zwischen Gruppen mit gleichen oder auch unterschiedlichen politischen Schwerpunkten stärken. Zur Bestimmung gemeinsamer Perspektiven und Ziele ist das unbedingt notwendig. Ansätze, wie die regelmässigen nationalen und europaweiten Infoladen-treffen, die Häusertreffen, die europaweiten Aktionstage im Mai 1991, die bundesweiten AntiFa-Treffen oder die Frauencamps 1989 und 1990 in Amsterdam, sind Schritte in diese Richtung. Diskussionspapiere, Reader oder Broschüren versuchen, die Diskussionen zu vermitteln und verbreitern.

Auf der anderen Seite existieren bereits Informationsstrukturen durch informelle Vernetzung verschiedener Zeitungen und Medieninitiativen, die, jede für sich, ein eigenes InfoNetz unterhalten, welches jedoch nur redaktionell ausgewertet wird und den meisten Gruppen, wie z.B. Infoläden nicht zugänglich ist. Da zudem die meisten dieser InfoNetze mittlerweile wegen der angestrebten Aktualität mit Telefax oder Computer-Modem arbeiten, muß mensch sowohl Geld haben, das zu finanzieren, als auch die immer noch weit verbreitete Technikfeindlichkeit überwinden, um sich an die Netze anzuschließen. Das letztere ist eigentlich das Problem der Initiativen selbst, das erstere nehmen wir jedoch ziemlich ernst.

Deshalb haben wir im Januar 1991 SpinnenNetz gegründet, um auch kleineren Infoläden, regionalen Zeitungen und Medieninitiativen den Zugang zu unzensierten Nachrichten und Diskussionspapieren kontinuierlich und schnell zu ermöglichen.

Spinne im ECN – Was ist ECN??

1988 wird das ECN (European Counter Network) als eine Idee des dänischen freien Fernsehsenders TV STOP auf einem ersten internationalen Treffen von Medieninitiativen in Freiburg vorgestellt.

Nach mehreren Treffen ist das Archivierungs- und Nachrichtenkommunikationsprogramm soweit, daß es ausprobiert werden kann. ECN scheitert im Verlauf jedoch sowohl an technischen Problemen als auch dem fehlenden Verhältnis zur Technik in verschiedenen Ländern. In Italien wird die Idee vom nationalen Netz der antagonistischen Radios (Radio Onda Rossa, Rom; Radio Sherwood, Padua u.a.) aufgegriffen und weiterdiskutiert. Die Idee der Vernetzung aktuell arbeitender Informationsstrukturen ist auf nationaler Ebene bis heute umgesetzt und im Juni 1991 auf dem internationalen Kongreß gegen ein Europa der Herrschenden (Venedig) in der AG Kommunikation vorgetragen und weiterentwickelt worden. ECN funktioniert seit Juli 1991 auf internationaler Ebene mit einem System der Kommunikationsschnittstellen: Jedes beteiligte Land ist über eine Schnittstelle mit dem Nachrichtensystem verbunden. Die Schnittstellen speisen Nachrichten über Datenfernübertragung ins ECN ein und empfangen kurze Zeit später die über ein Ringsystem weitergeleiteten vollständigen Nachrichten der anderen Länder. Die nationalen Empfänger- und Verteilerstrukturen sind Sache des jeweiligen nationalen Zusammenhangs. Dabei sollen bereits vorhandene, nicht institutionelle Netze (z.B. Infoläden, Frauenzusammenhänge, AntiFa etc.) einbezogen und genutzt werden.

ECN soll ein System sein,

a.) das Nachrichten und Informationen sammelt und austauscht,
b.) das neben der Einführung von Computertechnik mit anderen Mitteln der Kommunikation (Radios, Zeitungen, FAX, Anrufbeantworter, Video etc.) arbeitet,
c.) das in sich geschlossen, über die Schnittstellen und nationalen Zusammenhänge aber zugänglich ist,
d.) das keine Nachrichten macht und Kontrolle ausübt, sondern das darstellt, was die Zusammenhänge in und aus ihm machen,
e.) das auf nationaler Ebene dezentral organisiert ist und
f.) das politisch als antiinstitutionelles Netzwerk bekannt ist.

ANSONSTEN

Wir haben im Vorfeld verschiedene Archive besucht und uns ausführlich mit Leuten unterhalten, die in bestehenden Netzen seit Jahren arbeiten. Nachdem wir uns diese Netze angeschaut hatten, haben wir uns entschieden, ein eigenes Netz aufzubauen. Nicht um uns zu isolieren, sondern weil wir gezielt damit arbeiten wollen. Wie bereits oben erwähnt, haben wir bisher nicht so viel mit der Technik gemacht, sind also im Moment noch am lernen.

Wir haben bisher direkt DFÜ genutzt, um uns gezielt mit uns bekannten Gruppen auszutauschen. Da diese mehr werden und wir auch öfter »übertragen«, haben wir uns entschlossen, eine eigene Mailbox zu betreiben. Wir sind mittlerweile soweit, daß diese läuft, wenn auch noch nicht ganz perfekt.

Natürlich ist uns Hilfe recht.

Klar ist (wie kommst du/ihr(?) eigentlich darauf), daß Netzte oder elektronisch übertragene Nachrichten nicht geheim und versteckt übermittelt werden können. Darum geht es auch gar nicht. Wir wollen offen mit unseren Nachrichten arbeiten um damit besser und schneller politisch zu arbeiten und gezielter zu handeln.

In unseren Diskussionen haben wir überlegt, bestehende Netze zu nutzen, weil sie viel billiger sind, und weil wir in Zukunft vielleicht punktuell mit Ihnen zusammenzuarbeiten. Doch soweit sind wir im Moment nicht. Uns ist völlig unverständlich, wieso an uns ein offener Brief geschrieben wird, in dem schlichtweg Falschheiten behauptet werden. Es wurde nicht einmal versucht, außer über Computer (gibt's denn nur noch Computer???) auf uns zuzugehen oder mit uns Kontakt aufzunehmen. Wir sind für Anregungen dankbar, aber wenn es nur noch darum geht, andere (?Neulinge?) zu denunzieren bzw. als KonkurentInnen zu begreifen, anstatt konstruktive Kritik zu üben, dann verstehen wir nicht, was der Verfasser damit will..... ●

Mit computergeschriebenen Grüßen
SpinnenNetz

NEUERSCHEINUNGEN:

Küss den Boden der Freiheit

Die Reste der radikalen Linken in der Bundesrepublik sehen sich gegenwärtig mit der anstrengenden Tatsache konfrontiert, neben der politischen Arbeit, der praktischen Kritik der Realität im Kapitalismus, auch deren theoretische Reflexion organisieren zu müssen. Dazu gehört, sich des intellektuellen Potentials zu vergewissern, das eine radikale Kritik an den Verhältnissen in der BRD früher kennzeichnete.

Die in dem Buch »Küss den Boden der Freiheit« versammelten Beiträge aus den Jahren 1951-1987 sollen einen Anstoß dazu geben. Der Auswahlband enthält Texte zu den Themen:
Freiheit und Revolte · Antiimperialismus und Internationalismus · Militante Politik und bewaffneter Kampf · Rechtsstaat und Repression · Klasse und Emanzipation

Die Textsammlung liefert einen Einblick in die Kritik der Neuen Linken an:
Stalinismus und Spätkapitalismus · Notstandsgesetzen und Kriminalisierung der Opposition · Legalismus und Stadtguerilla · Universität und Wissenschaft · Restauration und Nationalsozialismus

Dieses Theorie-Lesebuch, mit ausführlichen Einleitungen der heutigen diskus-Redaktion versehen, macht somit wichtige Debatten und Analysen der Neuen Linken der 60er und 70er Jahre wieder zugänglich.

460 Seiten, 29,80 DM ISBN 3-89408-017-5)
Edition ID-Archiv, Berlin – Amsterdam

Drahtzieher im braunen Netz – Der Wiederaufbau der NSDAP

Auf der Spur nach den Hintermännern von Angriffen gegen AusländerInnen, Menschen anderer Hautfarbe, Homosexuelle und Linke stieß das antifaschistische Autorenkollektiv Berlin auf die GESINNUNGSGEMEINSCHAFT DER NEUEN FRONT, einem von überzeugten Neofaschisten um den verstorbenen Michael Kühnen dirigierten Netzwerk. Die scheinbaren Differenzen und ideologischen Streitigkeiten der darin organisierten Gruppen entpuppen sich als ein Täuschungsmanöver und machen das erklärte Ziel der alten und neuen Nazis deutlich: den Wiederaufbau der NSDAP. Mit dieser Publikation liegt die bisher umfassendste Recherche über das Neo-Nazi-Netzwerk in Ost-/Westdeutschland und Europa vor.

Das Autorenkollektiv will keine verkürzten Faschismusanalysen liefern, sondern die Strukturen der Neo-Nazi-Szene öffentlich machen und über die tatsächliche Dimension der Organisierung, die von Medien und Verfassungsschutz oft geleugnet werden, aufklären. »Drahtzieher im braunen Netz« deckt die internationalen Verbindungen – mit zum Teil »respektablen« Organisationen und Persönlichkeiten – auf. Dabei stehen die Aktivitäten in der ehemaligen DDR im Mittelpunkt der Untersuchungen.

Das Buch beinhaltet neben einem historischen Abriß der neofaschistischen Organisationen in Ost und West viele Namen und Hintergrundinformationen, die allesamt durch Fakten belegbar sind. Verarbeitet wurde auch das Bildmaterial aus dem – bisher in der BRD nicht ausgestrahlten – Dokumentarfilm des Berliner Filmemacher Michael Schmidt »Wahrheit macht frei«.

Im Anschluß an diese spannende Recherche stellt das antifaschistische Autorenkollektiv seine Vorstellungen von einem wirksamen Widerstand gegen die Nazi-Aktivitäten zur Diskussion.

176 Seiten, 20 DM, B5-Format mit rund 200 Fotos
Edition ID-Archiv, Amsterdam – Berlin 1992
ISBN 3-89408-022-1

Störenfried DDR-Opposition 1986-1989 Mit Texten aus den Umweltblättern

Mit diesem Buch werden die Artikel der ab 1986 im Untergrund verbreiteten »Umweltblätter« endlich der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Das von Wolfgang Rüddenklau redigierte Blatt ist ein einzigartiges Dokument – die zeitgenössische Chronik der DDR-Oppositionsbewegung.

Um den Leser und die Leserin in das bisher kaum bearbeitete Thema »Geschichte der DDR-Oppositon« einzuführen, schrieb Rüddenklau detaillierte Jahresübersichten, die die Konfrontation zwischen Basisgruppen und Staatsmacht schildern. Aus der Kenntnis des aktiv Beteiligten verfolgt er den inneren Differenzierungprozeß der oppositonellen Gruppen bis in die unmittelbare Zeit der »Wende«.

»Der Titel des Buches 'Störenfried' ist zugleich der Name, den die Staatssicherheit allen Aktionen gab, die sie ab Januar 1980 gegen die Berliner Friedensgruppen unternahm. Für mich ist dieser Name Ausdruck für Tragik und Hoffnung unserer Opposition während des Honecker-Regimes...«
(Wolfgang Rüddenklau im Vorwort)

Der Autor:
Wolfgang Rüddenklau, geb. 1953, Abitur, 1972-1982 Nachtwächter, Selbststudium, seit 1983 Mitarbeiter des Friedens- und Umweltkreis der Pfarr- und Glaubensgemeinde Berlin, seit 1986 Mitarbeiter der Umweltbibliothek Berlin, Redakteur der »Umweltblätter«, im Rahmen der »Zionsaffäre« (Dezember 1987) verhaftet. Seit 1989 Redakteur des »telegraph« (Nachfolgezeitschrift der »Umweltblätter«) und freier Journalist.

386 Seiten, 24,80 DM
Gemeinschaftsausgabe des BasisDruck-Verlag, Berlin (ISBN 3-86163-011-7) und der Edition ID-Archiv, Berlin – Amsterdam (ISBN 3-89408-010-8)

Erhältlich im Buchhandel oder direkt bei:
Edition ID-Archiv
c/o AurorA Verlagsauslieferung
Knobelsdorffstr. 8
W-1000 Berlin 19
☎ (0 30) 322 71 17

DIE OPFER DER »INNEREN KOLONISATION«

1992 – Warum nur Lateinamerika?

Als die UramerikanerInnen vor 500 Jahren Bekanntschaft mit den Sendboten des christlichen Abendlandes machten, gab es in den »Konsequenzen« der Eroberung zwischen Nord und Süd keinen Unterschied. Sie verlangen daher gemeinsam, daß die Lüge der »Entdeckung« im Jahr 1992 von der internationalen Öffentlichkeit entlarvt wird, mit allem, was sich hinter diesem kolonialen Konzept verbirgt. Dazu gehört u.a. auch die Maxime »teile und herrsche« – eine Strategie, die nicht nur von den kolonialen Regierungen, sondern auch von der sich als kritisch betrachtenden »Bewegung« praktiziert wird.

Renate Domnick, Red. selbstorganisierte Lebensgemeinschaften ●
Die Kolonialstaaten haben nicht nur ihre Grenzen mitten durch das Land von Völkern gezogen, die diese Grenzen nicht als die ihren betrachten, sie haben auch mit den Herrschafts-Sprachen englisch und spanisch bzw. portugisisch einen Graben der Verständigung zwischen den Opfern in Nord- und Südamerika gezogen. Die Solidaritätsszene weiß offenbar nichts Besseres zu tun, als diese Teilung zu übernehmen und dadurch sozusagen zu legitimieren und zu ihrer Verewigung beizutragen.

Die legitimen EigentümerInnen eines Kontinents leben heute als Opfer der »inneren Kolonisation« unter Fremdstaaten, die sich auf ihren Territorien etabliert haben und müssen sich paradoxerweise in der UNO von ihren Unterdrückern vertreten lassen. Sie sind keine »Subjekte des Völkerrechts«. Das Völkerrecht billigt Entkolonialisierung nur Völkern zu, die außerhalb der Staatsgrenzen ihrer Kolonisatoren leben.

Wenn die IndianerInnen Amerikas Entkolonialisierung fordern, wenden sie sich nicht nur an ihre »Settlergovernments« (Einwanderer-Regierungen) wie US-Indianer sie nennen, sondern auch an die Europäer, denn die haben mitbestimmt, daß es im Völkerrecht zwei Klassen kolonisierter Völker gibt.

Doch wie sollen sie sich vom Joch der Fremdherrschaft befreien, wenn solche Grundtatsachen durch eine internationale Bewegung verwischt werden, die im Kolumbus-Jahr, das die Kolonisation zum Gegenstand staatlicher Jubelfeiern macht, Ethnozid und Genozid, Rassismus und Diskriminierung gegenüber den UramerikanerInnen ausblendet, – wenn »die Basis« im immer noch kolonialen Europa den fortdauernden Kolonialismus z.B. in Nordamerika totschweigt und stattdessen die Frage wirtschaftlicher Entwicklung oder Unterentwicklung so in den Vordergrund schiebt, daß 1992 zum Jahr »sozialer Gerechtigkeit« zu werden scheint.

rer Lebensgrundlagen, die zum Ethnozid und in vielen Fällen zum Völkermord führen.

Heute ist es der nukleare Kolonialismus, der ihnen mit Uranabbau und Atombombentests den schleichenden Tod bringt. Auf der Navajo-Reservation sind hunderte von Navajo in den Uranminen an Lungenkrebs gestorben, jetzt strahlen dort Millionen Tonnen radioaktiven Abraums bis in alle Ewigkeit. Das Atomtestgebiet auf dem Land der Western Shoshone hat der Bevölkerung Nevadas die am schnellsten wachsende Krebsrate der USA beschert. Es sind vor allem indianische Reservate, die im Abwind des nuklearen Fallout liegen – doch IndianerInnen kommen in den offiziellen Krebsstatistiken gar nicht vor.

Die IndianerInnen Nordamerikas, die ihre Geschichte am intensivesten aufgearbeitet haben, haben nie aufgehört, sich als Nationen zu sehen – in den USA sind sie Mündel – ein Status, den sie mit Kindern und Geisteskranken gemeinsam haben. Vormund, mit uneingeschränkter treuhänderischer Macht ist die US-Regierung, die sich indianisches Land, Bodenschätze und natürliche Ressourcen aneignet – oder befreundeten Industriestaaten wie der BRD zur Ausbeutung anheimstellt. Auf Reservaten werden Umweltschutzgesetze außer Kraft gesetzt und Grenzwerte verändert, um sie als bevorzugte Gebiete für alles zu benutzen, was sich die dominante Bevölkerung nicht zumuten läßt – von Giftmülldeponien über Plutoniumfabriken bis zu Atombombentests.

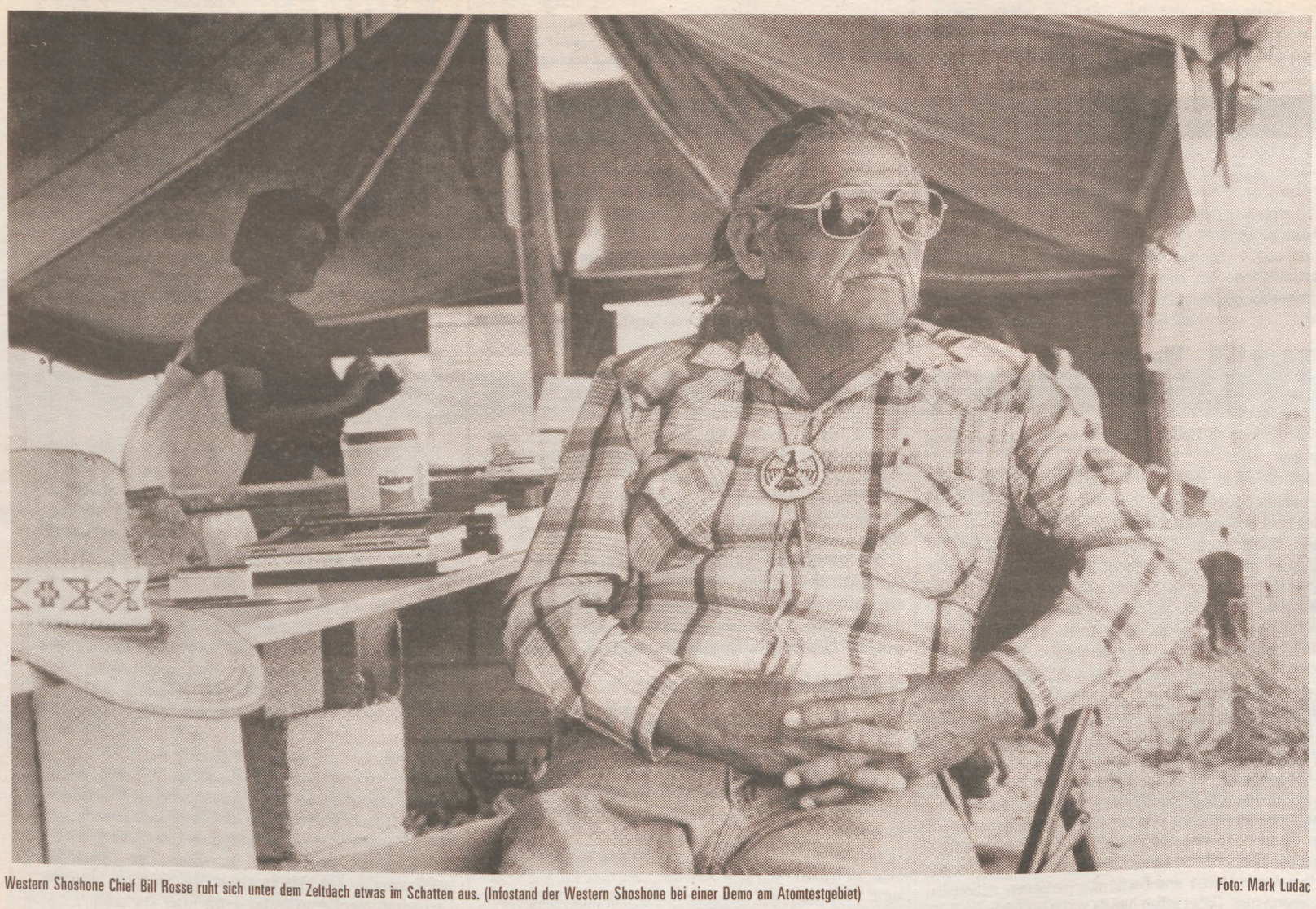
Die Verträge, die die USA mit Indianischen Nationen geschlossen haben, sollen ihre Land-, Fisch- und Jagdrechte garantieren. Doch entsprechend der Erkenntnis, daß die ökonomische Agonie den politischen Kampf lähmt, wurden selbst Reservate, die reich an Ressourcen sind, zu Armenhäusern der Nation. Jede Eigeninitiative erstickt in einem bürokratischen Kontrollsystem, das seinesgleichen sucht. Es gibt nichts, womit IndianerInnen so reichlich bedacht wurden wie mit Spezialgesetzen und einem Verwaltungsapparat, dem zehntausende weißer AmerikanerInnen gut bezahlte Jobs verdanken. Klar, daß alle dem eigenen Staat in die Tasche wirtschaften. Für Zwangsumsiedlungen, Landraub und militärische Invasion verleihen maßgeschneiderte innerstaatliche Gesetze der Verletzung von Völker- und Menschenrechten die erforderliche Legitimation.

Daß das herrschende Konzept von Menschenrechten ein Produkt des Eurozentrismus ist, spüren vor allem die Völker der »Vierten Welt«, zu denen auch die IndianerInnen Nordamerikas gehören, weil sie das schwächste Glied in der politischen wie ökonomischen Hierarchie sind.

Was die BRD von ihrer Verantwortung zur Wahrung der Menschenrechte gegenüber UreinwohnerInnen hält, zeigen Antworten der Regierung auf Anfragen im Bundestag zur Beteiligung am Uranabbau auf indianischen Gebieten oder Tiefflüge bei den Innu in Kanada: Sie gibt ihre Verantwortung ab an die Staaten, die für die IndianerInnen Kolonialregierungen

The Dann Clan – aufgenommen in Crecent Valley, auf der Einfahrt zur Dann Ranch.
Zum Dann Clan gehört u.a. auch die Familie von Glenn Holley, der vor allem in der »WS SACRED LANDS ASSOCIATION« aktiv war Foto: Ilka Hartmann

che sind, werden nicht geschützt, wo Privateigentum unreflektierte Priorität hat. Für IndianerInnen geht es nicht nur um den Schutz ihrer Lebensräume, sondern um ihre Lebensweise und Identität, ihr kulturelles Überleben. »Wir gehören zum Land als Gemeinschaft – wenn unsere Lebensweise stirbt, unsere Gesetze und unsere Sprachen – das ist das Ende«. Gegen diesen lautlosen Untergang kämpfen die Salish im Nordwesten der USA und eine landlose Gruppe der einst großen Cree Nation: Sie wollen unter das Artenschutzgesetz gestellt werden, weil sie sich vor dem Aussterben weniger geschützt fühlen als Robben oder Kraniche.



Western Shoshone Chief Bill Rosse ruht sich unter dem Zeltdach etwas im Schatten aus. (Infostand der Western Shoshone bei einer Demo am Atomtestgebiet) Foto: Mark Ludac

1924 reiste Deskaheh als Delegierter der Irokesen-Konföderation nach Genf, um beim Völkerbund für ihre Situation Gehör zu finden. Er wurde nicht vorgelassen. Weil ihm die USA bereits seinen Versuch als Verbrechen ankreidete, mußte er im Exil sterben. Im gleichen Jahr wurde ungebeten ein Gesetz über IndianerInnen verhängt, daß sie zu US-BürgerInnen macht – um den Preis einer Zwangs-Integration, die Identitätsverlust und Entwurzelung bedeutet, während Gleichberechtigung bis heute eine Leerformel ist. Sie wollen Navaho, Hopi, Western Shoshone bleiben und fordern Selbstbestimmung, doch die Realität sind Diskriminierung und die Zerstörung ihrer Lebensgrundlagen, die zum Ethnozid und in vielen Fällen zum Völkermord führen.

Heute ist es der nukleare Kolonialismus, der ihnen mit Uranabbau und Atombombentests den schleichenden Tod bringt. Auf der Navajo-Reservation sind hunderte von Navajo in den Uranminen an Lungenkrebs gestorben, jetzt strahlen dort Millionen Tonnen radioaktiven Abraums bis in alle Ewigkeit. Das Atomtestgebiet auf dem Land der Western Shoshone hat der Bevölkerung Nevadas die am schnellsten wachsende Krebsrate der USA beschert. Es sind vor allem indianische Reservate, die im Abwind des nuklearen Fallout liegen – doch IndianerInnen kommen in den offiziellen Krebsstatistiken gar nicht vor.

Die IndianerInnen Nordamerikas, die ihre Geschichte am intensivesten aufgearbeitet haben, haben nie aufgehört, sich als Nationen zu sehen – in den USA sind sie Mündel – ein Status, den sie mit Kindern und Geisteskranken gemeinsam haben. Vormund, mit uneingeschränkter treuhänderischer Macht ist die US-Regierung, die sich indianisches Land, Bodenschätze und natürliche Ressourcen aneignet – oder befreundeten Industriestaaten wie der BRD zur Ausbeutung anheimstellt. Auf Reservaten werden Umweltschutzgesetze außer Kraft gesetzt und Grenzwerte verändert, um sie als bevorzugte Gebiete für alles zu benutzen, was sich die dominante Bevölkerung nicht zumuten läßt – von Giftmülldeponien über Plutoniumfabriken bis zu Atombombentests.

Die Verträge, die die USA mit Indianischen Nationen geschlossen haben, sollen ihre Land-, Fisch- und Jagdrechte garantieren. Doch entsprechend der Erkenntnis, daß die ökonomische Agonie den politischen Kampf lähmt, wurden selbst Reservate, die reich an Ressourcen sind, zu Armenhäusern der Nation. Jede Eigeninitiative erstickt in einem bürokratischen Kontrollsystem, das seinesgleichen sucht. Es gibt nichts, womit IndianerInnen so reichlich bedacht wurden wie mit Spezialgesetzen und einem Verwaltungsapparat, dem zehntausende weißer AmerikanerInnen gut bezahlte Jobs verdanken. Klar, daß alle dem eigenen Staat in die Tasche wirtschaften. Für Zwangsumsiedlungen, Landraub und militärische Invasion verleihen maßgeschneiderte innerstaatliche Gesetze der Verletzung von Völker- und Menschenrechten die erforderliche Legitimation.

Daß das herrschende Konzept von Menschenrechten ein Produkt des Eurozentrismus ist, spüren vor allem die Völker der »Vierten Welt«, zu denen auch die IndianerInnen Nordamerikas gehören, weil sie das schwächste Glied in der politischen wie ökonomischen Hierarchie sind.

Was die BRD von ihrer Verantwortung zur Wahrung der Menschenrechte gegenüber UreinwohnerInnen hält, zeigen Antworten der Regierung auf Anfragen im Bundestag zur Beteiligung am Uranabbau auf indianischen Gebieten oder Tiefflüge bei den Innu in Kanada: Sie gibt ihre Verantwortung ab an die Staaten, die für die IndianerInnen Kolonialregierungen sind. Bewegung und Öffentlichkeit teilen die Ignoranz der Regierung. Für indianische Menschenrechte fühlen wir uns nicht verantwortlich – wir verbrauchen nur ihre Ressourcen und wenn der Protest gegen Tiefflüge im eigenen Land zu laut wird, ist der Problemexport zu ihnen die »naheliegendste« Lösung.

Weil ihre Gesellschafts- und Wertsysteme zu den unseren in einem unüberbrückbaren Gegensatz stehen, sind wir uns der Mängel unseres Menschenrechts-Konzeptes kaum bewußt. Kollektive Rechte z.B., die für sie Grundlage aller Lebensbereiche sind, werden nicht geschützt, wo Privateigentum unreflektierte Priorität hat. Für IndianerInnen geht es nicht nur um den Schutz ihrer Lebensräume, sondern um ihre Lebensweise und Identität, ihr kulturelles Überleben. »Wir gehören zum Land als Gemeinschaft – wenn unsere Lebensweise stirbt, unsere Gesetze und unsere Sprachen – das ist das Ende«. Gegen diesen lautlosen Untergang kämpfen die Salish im Nordwesten der USA und eine landlose Gruppe der einst großen Cree Nation: Sie wollen unter das Artenschutzgesetz gestellt werden, weil sie sich vor dem Aussterben weniger geschützt fühlen als Robben oder Kraniche.

Das Recht auf Selbstbestimmung und auf ökonomische Systeme der Selbstversorgung ist unverzichtbar, um ihre eigenen Kulturen zu erhalten. Wenn das als »separatistisch« mißverstanden wird, so vor allem, weil die Reflektion drüber fehlt, daß sie gar nicht in unseren Kategorien denken. John Trudell, ein indianischer Dichter und Widerstandskämpfer drückt Ihre Vorstellungen so aus:

> **»Wir wollen keine Revolution. Wir wollen frei sein von einem Wertsystem, das uns aufgezwungen wurde. Wir wollen an diesem Wertsystem nicht teilhaben, wir wollen es auch nicht ändern. Wir wollen es aus unserem Leben entfernen – für immer«.**

Ihre Probleme passen in kein gewohntes Schema wie Nordsüdgefälle oder Ostwestkonflikt, Dritte Welt- oder Entwicklungsländer. Sie leben in reichen »westlichen Demokratien« wo der Gegensatz zu ihrer marginalisierten Situation umso krasser ist. Gekennzeichnet durch alarmierende Alkoholismus- und Selbstmordraten ist ihre Lebensdauer um 15 bis 20 Jahre kürzer als in der dominanten Gesellschaft. Aus ihrer Sicht unterscheiden sich Kapitalismus und Sozialismus nicht so grundsätzlich, denn beide treiben Fortschritt und Industrialisierung voran und holen sich die dafür erforderlichen Ressourcen auf Kosten der UreinwohnerInnen.

Vor allem US-IndianerInnen werden mit Stereotypen etikettiert, die den Blick für die Realität bis hin zur unpolitischen Schwärmerei trüben. Während sie als »Ökoheilige« unsere Ideale von Umweltschutz ausschmücken, wird ihr eigener Kampf z.B. gegen Atomtests auf dem Lland der Western Shoshone ignoriert. Um eine Stimme von Greenpeace zu zitieren: »für uns spielt es keine Rolle auf wessen Land die Atomtests stattfinden« – deutlicher läßt sich Rassismus im Umweltschutz nicht auf den Punkt bringen – auf unserem Land finden die Tests ja zum Glück nicht statt.

Für die IndianerInnen Nordamerikas bedeuten die bevorstehenden kolonialen Jubelfeiern Jahrhunderte des Völkermords mit deutscher Beteiligung. Zur Zeit der größten Massaker in den USA war die größte Bevölkerungsgruppe der EinwanderInnen deutscher Abstammung. Man könnte sich fragen, ob nicht nur die Amerikaner deutscher Abstammung, sondern auch ihre zurückgebliebenen Nachfahren etwas zu verdrängen haben, wenn sie das Jahr 1992 zu einem Lateinamerika-Jahr reduzieren. Kolumbus mag Spanier oder Italiener gewesen sein – Deutscher war er jedenfalls nicht – haben wir deshalb nichts mit der Kolonialisierung Nord-Amerikas zu tun? ●

REZENSION

Unser Ende ist Euer Untergang

Wer sich nicht nur mit Daten und Fakten zu Genozid und Ökozid, sondern darüber hinaus auch mit der lebendigen, spirituell-ökologisch orientierten Kultur der Hopiindianer in Arizona, mit ihren prophetischen Warnungen, ihrer Friedens- und Überlebensbotschaft und mit der aktuellen Situation und Denkweise der Mohawks und Lakota-Sioux intensiv auseinandersetzen möchte, für die/den ist dieser immer wieder zu Aktivitäten inspirierende Longseller gerade die richtige Lektüre. Robert Jungk, Altvater der Friedensbewegung, der sich zur Zeit wahlkämpfend um das Amt des österreichischen Bundespräsidenten bemüht, meint: »Das Buch von Buschenreiter ist mehr als ein interessanter Reisebericht. Die bedrohten Hopi werden in dieser eindringlichen und einfühlenden Darstellung zum Paradigma unserer eigenen gefährdeten Existenz. Doch darüber hinaus: Wer Kulturanthropologie nicht nur als Faktensammlung und Interpretation begreift, sondern als Anregung für das eigene Verhalten, wird hier eine der Antworten auf die Frage »Was tun?« erhalten.

Gustav Knut

Alexander Buschenreiter: Unser Ende ist Euer Untergang. Die Botschaft der Hopi an die Welt. LAMUV TB. DM 19.80

NIEDERGANG UND WIEDERKEHR DER INDIANISCHEN STAMMESKULTUR

500 JAHRE

Europa und die »Neue Welt«

Als Christoph Kolumbus mit seinen Schiffen gegen Ende des Jahres 1492 einen für die europäischen Feudalherren neuen Kontinent erreichte, wurde er von freundlichen Menschen begrüßt, »nackt wie Gott sie erschaffen hatte«, fröhlich, »gesund« und bar jeglicher Bewaffnung. Friedfertige Wesen offensichtlich, denen ihre Gastfreundschaft allerdings sehr bald zum Verhängnis werden sollte.

Eduard Gugenberger, Red. Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften

● Ein halbes Jahrhundert später lebten von den ursprünglich mehreren BewohnerInnen der karibischen Inselwelt – das amerikanische Festland hat Kolumbus ja nie betreten – nur noch wenige tausend. Und recht viel mehr sind auch heute nicht übrig. Auf den Antilleninseln, Grenada und Saint Vincent leben die verbliebenen Karibengemeinschaften in relativer Zurückgezogenheit mit in letzter Zeit – allen Widrigkeiten zum Trotz – wieder wachsenden Selbstverständnis.

Ein Selbstverständnis, das in den Jahrzehnten und Jahrhunderten nach Kolumbus von dessen Nachfolgern mit den bestialischsten Mitteln bekämpft wurde. Im »Requerimiento«, einer offiziellen Handlungsanweisung der spanischen Krone an die koloniale Verwaltung aus dem Jahr 1513 wird den »Eingeborenen« als einzigstes Recht zugestanden, »freiwillig« das Christentum, die spanische Herrschaft, den Arbeitsdienst anzunehmen. »Wenn ihr das aber nicht tut und böswillig zögert, dann« werden wir »mit Gottes Hilfe gegen euch gewaltsam vorgehen, euch überall und auf alle nur mögliche Art mit Krieg überziehen, euch unter das Joch und unter den Gehorsam der Kirche und Seiner Majestät beugen, eure Frauen und Kinder zu Sklaven machen und über sie verfügen. Wir werden euch euer Eigentum nehmen, euch schädigen und euch übles antun, soviel wir nur können... Wir bezeugen feierlich, daß das Blutvergießen und die Schäden, die daraus erwachsen, allein euch zur Last fallen.«

Das »Requerimiento« prägte die ersten Kontakte zwischen den amerikanischen UreinwohnerInnen und den europäischen Eindringlingen. Die bizarre Gedankenwelt dieser »Mahnung zur friedlichen Unterwerfung« bestimmt zum Teil aber bis heute das Verhältnis der weißen Kolonialherren – egal welcher Nation – zu den Kolonisierten: Landraub, Plünderung, Versklavung, Vergewaltigung und Mord als »Dank« für die seitens der »Eingeborenen« erwiesenen Freundlichkeiten. Die Europäer nahmen, was sie zwischen die Finger kriegten. Und während sie selber »in Gottes Namen« raubten und töteten, erklärten sie die angeblich religionslosen eingeborenen Kulturen zu Ausgeburten satanischer Verruchtheit. Der verballhornte Name der ersten Opfer des europäischen Eroberungsfeldzuges, der Kariben bzw. »Kaniba«, muß gar bis heute als Ausdruck für Menschenfresserei herhalten (»Europalismus« wäre sicherlich sinnvoller), obwohl sie diesem Brauch belegbar nicht huldigten. Ebenso wie sich auch andere Behauptungen – »primitive« Wirtschaftsweise, Faulheit, Intilligenzlosigkeit, Frauenverachtung usw. – später als Vorurteil der Europäer herausstellten.

In Wirklichkeit waren die ursprünglichen amerikanischen Kulturen durch meist sehr kleine, politisch weitgehend bis völlig eigenständige und wirtschaftlich autarke Gemeinschaften gekennzeichnet. Selbst die herrschaftsmäßig so »hoch« (???) entwickelten Staaten der Azteken und Inkas duldeten innerhalb ihres Gefüges bis zu einem gewissen Grad derart freie Volksgruppen. Die an strenge herrschaftliche Strukturen gewohnten Europäer nannten diese »primitiven« – da selbst nicht staatenbildenden – Gemeinschaften »tribus«, englisch »tribes«, nach dem lateinischen Wort für Sippschaften oder Bezirke, von denen der Staat »Tribut«, also Steuern in welcher Form auch immer, kassieren konnte. Eine Bezeichnung also von durchaus zweideutigem Charakter, jedenfalls nach feudaler Auslegung.

Weniger anstößig ist freilich die deutsche Übersetzung des Begriffs: »Stamm« im Sinn von »Herkunfts- bzw. Abstammungsgemeinschaft«, im tieferen Sinn von »Urgrund-, Wurzelbezogenheit« – ein Stamm mit sich verästelnder Vielfalt. Dieser Bedeutungsgehalt kommt dem Verständnis der Betroffenen relativ nahe: die Welt als allumfassende (spirituelle) Verwandtschaftsgemeinschaft mit der Erde als Mutter, den Pflanzen und Tieren als geschwisterliche Mitwesen usw. Alles Nehmen in diesem System setzt ein Geben voraus. Alles, was erjagt, geerntet, »produziert« wird im weitesten Sinne des Wortes, muß auch geteilt werden. Die Wirtschaft ist in der Regel auf Subsistenz ausgerichtet – ohne unnotwenige Überschußproduktionen. Zweifellos ist dies heute, bedingt durch die kolonial geschaffenen Abhängigkeiten nicht mehr so recht möglich. Trotzdem zielen die indianischen »Nationen« in ihrem Kampf um Selbstbestimmung auch auf die (Wieder-)Erlangung ihrer subsistenziellen Unabhängigkeit.

Auf der politischen Ebene waren und sind Stammesgemeinschaften geprägt durch eine vergleichsweise ausgewogene Machtverteilung. Was Konflikte natürlich nicht ausschließt, aber deren Bewältigung erleichtert. »Chiefs«, Häuptlinge bzw. »Führer«, haben keine Gewalt über irgendwelche »Untertanen«, sondern sind in der Regel selbst dem Urteil des Stammes unterworfen – in vielen Fällen speziell dem Urteil von Clanmüttern oder »Ältesten« ganz allgemein.

Die Beziehung der Geschlechter untereinander wurde und wird recht unterschiedlich geregelt – mitunter durchaus »patriarchal« –, führt(e) aber nirgendwo zu solch diskriminierenden Abgründen wie innerhalb unserer Zivilisation. Zur »weißen« Frauenbewegung herrscht seitens der »Stammesfrauen« freilich einige Distanz, lehnen letztere doch westlich-kulturelle Werte, die in Karrieretum, politischem Machstreben, wirtschaftlichem Profitdenken und dergleichen ihren Ausdruck finden, grundsätzlich ab. Sie berufen sich statt dessen auf Traditionen, die nicht nur speziellen Fraueninteressen, sondern dem Überleben der ganzen Gemeinschaft dienen.

Die indianischen Stammeskulturen (Nord-)Amerikas sind bei alldem sicher keine »heilen Welten«. Dazu stehen sie vielzusehr im alltäglichen Kampf der abendländischen Zivilisation, die einen Vernichtungsfeldzug gegen alles führt, was sich den Profitinteressen der »weißen« Elite nicht beugt. In zum Teil unfruchtbare »Reservationen« zurückgedrängt, sind die IndianerInnen der USA und Kanada nach wie vor schwersten Repressalien ausgesetzt. Allen Widrigkeiten zum Trotz sind sie aber nach wir vor nicht »ausgestorben« – wie selbst in drittwelt-solidarischen Kreisen mitunter behauptet wird. Ganz im Gegenteil.

In ihrem Kampf um Autonomie und Selbstbestimmung haben die indianischen Gemeinschaften Nordamerikas mittlerweile eine Bewegung entfacht, die auch in der sich überlegen wähnenden »Ersten Welt« ihre Spuren hinterläßt – mit den unterschiedlichsten Reaktionen. Die intensivste erfolgte im »alternativen« bzw. spirituell-politisch engagierten Lager.

1968: Erste Solidarität

Im Januar 1967 veranstalteten »politische Aktivisten, Hippies und spirituell Orientierte« in San Franciscos Haight Ashbury als Höhepunkt einer Serie von Festen das »Human Be-In«, »eine Versammlung der Stämme«. Die Anklänge an indianisches Gemeinschaftsdenken waren unverkennbar – und auch gewollt. Originalton der VeranstalterInnen: »Die Generation, die hier mit der amerikanischen Jugend heranwächst, will durch ein freudvolles Leben und durch gegenseitige Umarmung ein neues, besseres Leben ohne Ängste, Dogmen, kleinkarierte Rechthaberei und Mißtrauen für alle Männer und Frauen Amerikas schaffen. Die Beziehung der Menschen untereinander sollen harmonischer werden, sie müssen sich aus dem jugendlichen Untergrund heraus entwickeln, bewußt werden und in ihrer neuen, menschlicheren Form eine Wiedergeburt des Verständnisses und der Liebe mit sich bringen.« Gary Snyder, einer der Hauptakteure dieser Veranstaltung, vermerkte dazu in seinem Essay »Why Tribe«, »Warum ein Stamm«: »Männer, Frauen und Kinder – die versuchen, gemeinsam dem zeitlosen Weg der Liebe und der Weisheit zu folgen, in zärtlicher Gemeinschaft mit dem Himmel, den Wolken, den Bäumen, den Wassern, den Tieren und Pflanzen – dies sind die Stämme.«

Die Aufbruchstimmung schwappte nach Europa über, schlug sich in Teilen der 68er Bewegung nieder und stärkte regionalistische Tendenzen bei sogenannten »Minderheitsvölkern«. Die Suche nach anderen Wegen, nach Auswegen aus dem Kreislauf der Zerstörung, der Vernichtung von Mensch und Natur erlebte einen ersten Höhepunkt. »Was wir wollen«, beschrieb Achim Bergmann die Sehnsüchte (nicht nur) seiner Generation: »Leben in Regionen, Stämmen, Heimaten, die Wiedergewinnung von Stücken Erde, von Eigenständigkeit und Vielfalt. Wo menschliche Kultur den Raum zwischen Himmel und Erde und den fließenden Grenzen des Horizonts wieder mit Schönheit, Würde und Lebendigkeit erfüllt.«

Die amerikanischen Hippie-Stämme versuchten als Vorreiter einer gesamtgesellschaftlichen Revolution gegen die Allmacht des Staates und der Profitwirtschaft die genannten Ansprüche ganz konkret und praktisch zu »erfüllen«. Mit den wirklichen Stämmen, den indianischen Gemeinschaften und ihren Problemen konfrontiert, verflog ihnen allerdings sehr bald der Stammesgeist.

Vine Deloria jr., ein Lakota-Sioux mit akademischer Ausbildung, schrieb dazu 1970: Als die Hippies »herausfanden, daß die Stammesmenschen die gleichen Organisationsprobleme hatten wie andere Gruppen auch, zogen sie ab, enttäuscht und ernüchtert von einem Indianertum, das nur in ihrer Vorstellung existiert hatte.« Im Gegensatz zu den bestehenden »naturvölkischen« bzw. »eingeborenen« Stämmen hatten sie es abgelehnt, den Lebens- und Naturzyklen angepaßte Bräuche und stabilere Strukturen zu entwickeln. »Sie lebten zu sehr auf der Ebene des Experiments und wollten nicht anerkennen, daß da noch eine Welt außerhalb ihrer eigenen Erfahrungen war. Gesellschaftliche und wirtschaftliche Stabilität konnten sich niemals verwurzeln.«

Umfassende Solidarität, gemeinschaftliches Verantwortungsbewußtsein andern unterdrückten Gruppen, Stämmen gegenüber waren bei ihnen wohl zu wenig ausgeprägt. Dennoch liegt hier die bedeutenste Wurzel der Unterstützungsbewegung für IndianerInnen, wie sie seit Beginn der 70er Jahre vor allem in Europa Fuß faßte.

Unterdessen beschäftigten sich auch etablierte Kreise mit indianischen Stammesgemeinschaften – freilich von ganz anderen Vorraussetzungen ausgehend und mit ganz anderen Schlußfolgerungen. Sprich: Man gab diesen Kulten allgemein kaum mehr Überlebenschancen und behandelte sie dementsprechend wie vorgeschichtliche Kuriosa. Nur vereinzelt machten sich einsichtigere Stimmen breit. In der 1971 unter der Schirmherrschaft des Weltkirchenrats von namhaften Wissenschaftlern unterzeichneten »Deklaration von Barbados« wurden mit konkreten Toleranz-, Schutz- und Unterstützungsforderungen richtungsweisende Maßnahmen für die Behandlung der amerikanischen Stammesbevölkerung gesetzt.

In Anbetracht deren existenzieller Bedrohung durch Landraub, koloniale Erschließung, kulturelle Unterwanderung und physischer Vernichtung erklärten die Deklaranten: »Wir glauben, daß die verschiedenen Staaten, die religiösen Missionen und die Sozialwissenschaftler, vor allem die Anthropologen, die unausweichliche Verantwortung für sofortiges Handeln übernehmen müssen, um dieser Aggression Einhalt zu gebieten und wesentlich zum Prozeß der indianischen Befreiung beizutragen.« In diesem Zusammenhang wollen »wir das Recht indianischer Bevölkerung bekräftigen, ihre eigenen Formen der Selbstverwaltung und Verteidigung zu entwickeln und auszuprobieren.« Ihnen dabei freie Hand zu lassen, sei oberste Pflicht solidarischer Gesinnung. Schlußendlich, wird festgestellt, bieten sich in der Erhaltung ihrer kulturellen und sozialen Integrität »Alternativen zu den von der nationalen Gesellschaft traditionell ausgetretenen Wegen an.«

Der indianische Bürgerrechtsaktivist David So Happy, der in US-Gefängnissen trotz seines hohen Alters subtil so gequält wurde, daß er nach seiner »Begnadigung« bald starb. **Foto: Jaqueline Moreau**

Unterstützung von der Kirche

Solidaritätserklärungen dieser Art häuften sich seither. Während »weiße« Wirtschaftstreibende, aber auch Wissenschaftler und Missionare den Völkermord weitertrieben, entschuldigten sich verschiedentlich Politiker und kirchliche Kreise mehr oder weniger offiziell bei den indianischen Gemeinschaften.

Die Kirchen des Pazifistischen Nordwestens der USA – Katholiken, Methodisten, Baptisten, Lutheraner und Presbyterianer – etwa wandten sich 1987 mit einer »Öffentlichen Erklärung« an die »Stammesräte und traditionellen spirituellen Führer der Indianer und Eskimos« mit den Worten: »Dies ist eine formelle Entschuldigung seitens der Kirche für deren langdauernde Teilnahme an der Zerstörung der spirituellen Praktiken der Eingeborenen Amerikas. Wir fordern unsere Gläubigen zur Anerkennung und Respektierung Eurer traditionellen Lebensweisen sowie zum Schutz Eurer heiligen Plätze und zeremoniellen Gegenstände auf. Wir waren nur allzu oft unwissend und ohne Einfühlungsvermögen und sind Euch nicht zu Hilfe gekommen, als Ihr einer ungerechten staatlichen Politk und deren Praxis zum Opfer gefallen seid. In vielen anderen Fällen haben wir den überhandnehmenden Rassismus und die Vorurteile der herrschenden Gesellschaft, mit der wir uns nur allzu willig identifizierten, geteilt. Wir bitten Euch deshalb um Eure Vergebung und Gnade.« Aber die vereinigten Kirchen des Nordwestens baten nicht nur, sie boten auch ihre Zusammenarbeit an: »Die spirituelle Kraft des Landes und die alte Weisheit Eurer eingeborenen Religionen kann, wie wir glauben, ein großes Geschenk an die christlichen Kirchen sein. Wir bieten unsere Hilfe an, bisheriges Unrecht zu bereinigen, Eure Versuche einer Besserstellung eingeborener spiritueller Lehren zu unterstützen, die Mitglieder unserer Kirchen zu ermutigen, in diesen wichtigen Belangen zu Euch zu stehen sowie für angemessene Rechtshilfe und spirituelle Unterstützung bei den laufenden Verhandlungen mit staatlichen Stellen und Bundesbehörden zu sorgen.« Eine erstaunliche Erklärung, die mit den Worten schloß: »Möge der Gott Abrahams und Saras und der Geist, der in den Zedern und in den Lachsvölkern lebt, geehrt und gefeiert werden.«

Die angesprochenen indianischen Stämme bzw. Nationen des Nordwestens sind schon seit längerem in einen regelrechten Krieg verwickelt. War ihnen per Vertrag das immerwährende Recht zugestanden worden, Fische, insbesondere den ihnen heiligen Lachs zu fangen, so begann der US-Bundesstaat Washington zu Beginn der 60er Jahre, ursprünglich gemachte Zugeständnisse immer mehr zurückzunehmen. Angeregt durch eine allmächtige Anglerlobby wurden 1963/65 der Green-, Nisqually- und Puyallup River auf Gerichtsentscheid hin für IndianerInnen gesperrt. In Gegenfolge davon kam es zu zahlreichen Demonstrationen. Die Staatsmacht respektive Bundespolizei reagierte mit aller Härte, verhaftete indianische Fischer, zerstörte indianisches Eigentum und ging zum Teil gewalttätig gegen die um ihre vertraglich zugestandenen Rechte besorgten Indianer vor.

Kampf um eigene Rechte

Für die Betroffenen bedeutete dieser Kampf um ihre Rechte aber auch eine Zunahme ihres Selbstbewußtseins. Stammesgemeinschaften, denen kaum mehr Überlebenschancen zugestanden worden waren, begannen wieder zu wachsen und besannen sich verstärkt auf ihre alten Traditonen. Während zahlreiche männliche Jugendliche und auch Älteste wegen der Ausübung ihrer vertraglichen Fischfangrechte für lange Zeit hinter Gitter landeten, war es hier vor allem Janet McCloud, die als eine Art »Großmutter des indianischen Widerstandes« die Aktion koordinierte. Drehscheibe war zunächst der North West Indian Woman Circle bzw. Kreis der indianischen Frauen des Nordwestens, der nach 1979 für Fischfangrechte, gegen die damals überhand nehmenden Zwangssterilisierungen von Indianerinnen, für Religionsfreiheit und die Erhaltung der traditionellen indianischen Kultur – auch über die Region hinaus – kämpfte. Kontakte zu anderen indianischen Nationen, aber auch zu Stammesgemeinschaften auf anderen Kontinenten wurden aufgebaut und gepflegt, weltweite Frauenstammestreffen organisiert, der Widerstand gegen die alles vernichtende »weiße« Kultur vorangetrieben und als wichtige Basis bei alledem die eigene Spiritualität gepflegt.

Aus dem regionalen Kreis ist mittlerweile ein gesamt-indianisches Netzwerk der Frauen, das Indigenous Women Network, geworden. In Yelm, Bundestaat Washington, dem ehemaligen Zentrum des Kreises, während der 1970er Jahre zudem »Spiritual Unity« – Tagungsort und Treffpunkt des traditonellen Elders Circle - der inzwischen zum gesamtindianischen Youth and Elders Circle wurde –, entstand 1989 das Sapa Dawn Center. Inspiriert u.a. durch die Visionen des vor wenigen Jahren verstorbenen traditionellen Muskogee-Medizinmanns Philip Deere sowie Janets ebenfalls verstorbenen Mannes Don McCloud soll es als kulturell-spirituelles Zentrum zur Wiederbelebung traditioneller indianischer Werte dienen.

Fortsetzung Seite 8

500 JAHRE

Die Neoschamanen des Kolumbus

Ein Beitrag zur Kontroverse über den Mißbrauch indianischer Spiritualität

Roman Schweidlenka, Red. Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften

● Die »Entdeckung« Amerikas war der Startschuß für die Ermordung von 50 bis 100 Millionen IndianerInnen. Ganze Landstriche und Inseln wurden entvölkert, neun Zehntel der UreinwohnerInnen fielen der Land- und Goldgier der europäischen Invasoren zum Opfer. Die Hororgie ist heuer, im Jahr der Kolumbusfeierlichkeiten, keineswegs beendet: Auf der Jagd nach Uran und anderen wertvollen Bodenschätzen plündern multinationale Konzerne Hand in Hand mit verbündeten nationalen Regierungen die Reservationen in Kanada und den USA und rotten indigene Nationen in Südamerika aus. Die eingeborenen Gemeinschaften haben aber nicht nur mit dem wütenden Neoimperialismus zu kämpfen. Sie müssen sich zusätzlich auch noch gegen die Entweihung und Vermarktung ihrer Spiritualität wehren, die von oft geschäftstüchtigen und vielfach profilierungssüchtigen »Schamanen«, »Medizinmännern« und einigen Anthropologen für ein spirituell ausgehungertes weißes KonsumentInnenpublikum aufbereitet wird.

Gegen diesen Ausverkauf indigener Spiritualität hat sich in den letzten Jahren eine breite und einmütige Allianz gebildet: Sir reicht von den indianischen Traditionalisten, politischen und religiösen Chiefs (»Häuptlingen«) und anerkannten Medizinleuten über Organisationen wie den »American Indian Congress« bis zu dem mit der US-Regierung zusammenarbeitenden, sonst einen durchaus schlechten Ruf genießenden BIA (Büro für indianische Angelegenheiten). Während indianische Medizinleute durch den Einfluß und Druck des american way of life selten geworden sind und immer innerhalb ihrer zumeist krisengeschüttelten, dezentral organisierten Gemeinden wirken, schwillt die Flut weißer Neoschamanen und »Medizinleute« in den USA der weißen Mittel- und Oberschicht und in Europa stetig an.

Anläßlich des Kolumbusjahres appellieren indigene Nationen nicht nur an uns, den Kolonialismus endlich zu beenden und die Souveränität der Ureinwohnernationen zu respektieren; sie wünschen sich auch eine Beendigung der Ausbeutung ihrer – von weißen Männern und Frauen gerne als »Schamanismus« definierten – Spiritualität. Seit Jahren gibt der paninidianische »Jugend- und Ältestenrat«, eine unbürokratische Vereingung anerkannter traditioneller Heiler und spiritueller und politischer Chiefs, dazu Communiques heraus, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig lassen.

Der moderne Neoschmanismus, der nicht ohne massive Anleihen bei naturvölkischen Traditionen auskommt, wird von nordamerikanischen IndianerInnen verstärkt als politischer Feind gebrandmarkt. So erklärte z.B. Birgil Kills Straight vom »Lakota Treaty Council«: »Der Glaube, daß man zu unserer Spiritualität irgendwo auf der Welt aufgrund einer Seminargebühr Zugang haben kann, erweckt den Eindruck, daß man unabhängig von der Landfrage zu ihr findet. ... Letzten Endes führt dies zur Ansicht, auch wir könnten unsere Spiritualität ohne unser Land leben. So wird am Schluß niemand mehr Veranlassung haben zu verstehen, warum wir für unser Land kämpfen.« (1)

Im Rahmen der Aktivitäten zum Kolumbusjahr sollten derartige Kritiken der Betroffenen offene Ohren und Herzen finden.

Die neue Neoschamanenbibel

Paul Uccusic arbeitet als Redakteur bei der österreichischen Tageszeitung »Kurier«, ist ein bekannter esoterischer Autor und wohl einer der ernstzunehmensten zeitgenössischen Neoschamanen – auch wenn er diesen Begriff abscheulich findet. Mit seinem Ende 1991 erschienen Werk »Der Schamane in uns« (2) hat er das wichtigste ideologische Grundlagenwerk des Neoschamanismus geschaffen, das bei den Ausführungen zum traditionellen naturvölkischen Schamanismus durch ein erstaunliches Bücherwissen besticht. In seiner fundierten Arbeit grenzt sich Uccusic von »exzentrischen New Age-Autoren« und ihrem »Egotrip« ab.

Was große Teile des esoterischen Lagers nicht daran hindert(e), das Buch zu einem »Hit«, zur Schamanenbibel schlechthin, zu beweihräuchern. So jubelte z.B. die Grazer Esozeitung »Pulsar«, »Der Schamane in uns könnte eine Bombe sein, die unseren Zeitgeist sprengt!« (3). Was ich bezweifle. Vielmehr möchte ich u.a. an Hand dieses neuen Kultbuches zeigen, daß auch der »Kernschamanismus« (»Core Shamanism«), den Uccusic, den Fußstapfen seines Lehrers Michael Hahner folgend, (re)präsentiert, wenig mit indigener Spiritualität und Solidarität mit dem indianischen Widerstand gemeinsam hat. Wobei Uccusic keineswegs in die Position des Plastikmedizinmann-Buhmannes gerückt werden sollte. Es spricht für seine Redlichkeit, die Kontroverse um den Mißbrauch indianischer Spiritualität in seinem Kultbuch nicht ausgeklammert zu haben!

Halten wir fest: Neoschamanen boomen seit Jahren. Und mit ihnen die vom US-Anthropologen Harner gegründete »Foundation for Shamanic Studies«, deren wichtigste europäische Zweigstelle von Uccusic in Wien betreut wird. Diese Organisation bietet Schamanenseminare in den USA, Kanada, Mexiko, Japan, Australien, Neuseeland, den Nachfolgestaaten der UDSSR sowie in fast allen europäischen Ländern an; ein neoschamanischer Multi breitet sich aus.

»Weißes Indianerritual« in den Alpen — Foto: R. Schweidlenka

Betonschamanismus

Der Kernschamanismus ist eine »Methode«, die bei indigenen Völkern magische Techniken und Mythen abgeschaut hat. Dieser angebliche Kern schamanischer Praxis wird von kulturellem bzw. stammesspezifischem und sozialem »Ballast« befreit und sodann in den Industrienationen – u.a. im Massenblatt »Kurier« – als neuer Weg zum Heil angeboten. Völlig unklar bleibt dabei, welchen »Gemeinschaften« dabei ein Dienst – wie es Uccusic betont – erwiesen wird. Bauen die Kernschamanen neue Stämme und Ökodörfer, feste dezentrale und soziale Bezüge auf? Dem Autor dieses Beitrags ist derartiges nicht bekannt.

Der trommelnde Redakteur plädiert wie viele seiner esoterischen ZunftkollegInnen leidenschaftlich für den »Großstadtschamanismus«. Obwohl er die Bedeutung der Natur für den Menschen betont, kommt der Kernschamanismus – zumindest theoretisch – auch ohne Mutter Erde aus. Orginalton Uccusic: »Die schamanische Basistechnik hängt nicht vom Vorhanden sein von Natur ab – eine solche Zwangsvorstellung sollte man ablegen.« da scheiden sich die Geister ...

Was bewirkt nun, während der Völkermord in den beiden Amerikas hurtig weitergeht und die letzten echten Medizinleute den Baggern und uranschürfenden Monstern weichen müssen, das angebliche spirituelle Erbe der Naturvölker für uns? Selbstfindung, Selbstverwirklichung und Selbsterfahrung, meint Autor Uccusic. Bedürfnisse die durch die Entfremdung und Entmündigung des Menschen im real existierenden Kapitalismus und bei seiner staatskommunistischen Schwester entstanden sind – bei traditionellen indianischen Gemeinschaften sind sie unbekannt. NeoschamanenschülerInnen sprechen von »besserer Bewußtheit« und »Erkenntnisgewinn«. Was für den einzelnen durchaus erfreulich sein kann. Und was haben die indigenen Nationen von den Gesprächen weißer Neoschamanen mit ihren Krafttieren? (Auf sein Krafttier trifft der Schamanenadept auf seiner Reise durch die Anderswelt. Es dient als Ratgeber.) KONKRETES soziales und politisches Engagement, KONKRETE Solidarität mit jenen, denen 500 Jahre Kolumbus zum Verhängnis wurden, ist eine Mangelware im neoschamanischen Instantshop.

Plastikmedizinleute

Paul Uccusic, gefeierter Repräsentant der neuen Schamanen, wendet sich – das bringt seine Position konsequenterweise mit sich – gegen alle, die die sogenannten Plastikmedizinleute kritisieren. Mit diesem nicht gerade schmeichelhaften Begriff werden im indianischen Amerika und in Europa jene »Gurus« bezeichnet, die von politischen Problemen der UreinwohnerInnen ablenken und ein Klischee ihrer Spiritualität vermarkten. Wissenschaftler (4), die in Zusammenarbeit mit traditionellen indianischen Repräsentanten und Selbsthilfeprojekten gegen den Ausverkauf indianischer Spiritualität Stellung beziehen, bezeichnet Uccusic als »unseriös«, »demagogisch«, »schief argumentierend«; sie agieren sogar – man höre und staune! – »in einer Art von Hexenwahn«.

Europäische Neoschamanen haben – das ist ihr großes Problem – keinen Boden unter den Füßen; aber den braucht ein Großstadtmagier vielleicht auch nicht. Wenn Uccusic einen gewissen Graf Arnold Keyerling mit Lorbeeren überschüttet, der anläßlich des Alpbacher Neoschamanenkongresses traditionelle IndianerInnen in einer großen Tageszeitung diskriminierte und der bei einer öffentlichen Diskussion in Wien erklärte, daß die »alten Indianerkulturen« sowieso schon ausgestorben seien, dann ist das – gerade im Kolumbusjahr – kein Lorbeerblatt für amtierende Neoschamanen.

Auch »indianische Repräsentanten«, die Uccusic beschwört, verweigern sich den Medizinmannspielen der Weißen. Der Kurierredakteur befindet sich vielmeht in zweifelhafter Gesellschaft: Sun Bear, ein indianischer Geschäftemacher und New Age-Star, auf den sich der Kultbuchautor ebenso zur Legitimation bezieht wie auf die angeglichenen »Lakotamedizinmänner« Archie Fire Lame Deer und Wallace Black Elk, gegen die die Lakota auf der Pine Ridge Reservation Untersuchungen bezüglich des Mißbrauchs der Lakotareligion eingeleitet haben, zählen im indianischen Amerika zu jenen Ausgaben des homo sapiens, denen der bereits erwähnten »Ehrentitel« eines Plastikmedizinmannes zuerkannt wurde.

Politische Trommler?

Mit Kolonisation, Mission und Völkermord begann auch der indianische Widerstand. »500 Jahre Kolumbus, 500 Jahre Widerstand« lautet eine der Parolen indianischer Organisationen. Der Widerstand gegen Landraub, Enteignung, Verseuchung durch Uranabbau und Atombombentests, gegen hochgeistige Mülldeponien und verweigerte Fischerei- und Jagdrechte hat immer noch Hochsaison. Die indianischen Nationen, vor allem ihre traditionellen Repräsentanten, ersuchen uns, mit ihrem Widerstand konkret solidarisch zu sein – Durch unterstützende Aktionen. Das wäre unser passendster Beitrag zum unseligen Kolumbusjahr!

Genau da, auf der realen politischen Ebene, klafft im Neoschamanismus euroamerikanischer Prägung das berühmte große kosmische Loch. Uccusic ist angetreten, den oft erhobenen Vorwurf apolitischer Mentalität, dem Leute wie er ausgesetzt sind, zu entkräftigen.

Fortsetzung nächste Seite

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

FORTSETZUNG VON SEITE 7

»Wir haben«, heißt es in einer Selbstdarstellung des Centers, »die Arbeit klar vor Augen, die wir tun müssen, um unserer Jugend den so verzweifelt gesuchten Sinn, die notwendigen Fähigkeiten und die Richtung zu vermitteln und ihnen wie überhaupt allen unseren Menschen in Verbindung mit der Weisheit unserer Ältesten zu helfen.« Angesichts von Drogenabhängigkeit, Kriminalität, Selbstmoden usw. gibt es »keinen anderen Weg, Jugendlichen den Wert ihres Lebens zu zeigen, als ihnen diesen Sinn praktisch vor Augen zu führen.« Und so veranstaltet das Zentrum Rituale »wie Sonnentanz und Schwitzhütte« – allerdings nicht als New-Age-Spektakel. »Unser Schwitzhüttenritual ist ein Weg, unseren Jugendlichen die natürliche Welt und ihre Gesetze beizubringen und sie zu ermutigen, innere Harmonie und seelisches Gleichgewicht als einen Weg zu pflegen, mit dem Leben fertigzuwerden und sich gegen negative Zustände, die zur Selbstzerstörung führen, zu wehren.« Nicht egozentrische Selbstbefriedigung steht dabei im Mittelpunkt sondern gemeinschaftliches Leben und Überleben. Nicht finanzielle Gegenleistungen sollen gegeben werden, sondert Respekt. »Wir versuchen«, auf diese Weise »unseren Jugendlichen und unseren Familien den WERT ihres Lebens sowie die Notwendigkeit des Respekts vor dem Leben in all seinen verschiedenen Erscheinungsformen klarzumachen. Wir belehren sie, daß jedermanns Leben zeitlich begrenzt, somit jeder Tag kostbar ist und daß niemand je sein Leben mißachten, ihm schaden oder es vergeuden sollte.« In diesem Sinne »bringen wir unseren Kindern die Legenden und Schöpfungsgeschichten bei, die vom Respekt vor den Bäumen« wie vor der ganzen Natur »getragen sind. In Achtung vor deren Würde machen wir unsere Rituale. Wir lehren sie so die Heiligkeit allen Lebens und unserer Verbundenheit mit allem, was da ist.«

Als Ergänzung zum Sapa Dawn Center wurde die North American Indian Loge geschaffen, die sich vorallem um alkohol- und sonst drogenabhängige indianische Jugendliche kümmert. Zusätzlich dazu werden unterdessen auch weiterhin internationale Kontakte gepflegt. So fand im Juli 1990 in Quito (Ecuador) ein gesamtamerikanisches Treffen zum Thema »500 Jahre indianischer Widerstand« statt, das sehr massiv die Forderungen nach Einhaltung der Menschenrechte, Schutz der spirituellen indianischen Kulturen und des Landes erhob. Keine Spur mehr von Resignation – bei allem erlittenen und nach wie vor durchlittenen Unrecht. Nach 500 Jahren völkermörderischer Praxis sehen sich die »weißen« Machthaber einer – wie zu hoffen und zu wünschen bleibt – wieder stärker werdenen indianischen Selbstbewußtsein gegenüber. Wie es eine Teilnehmerin des genannten Treffens formulierte: »Wir waren das ganze Amerika. Wir sind noch immer Amerika. Wir sind das neue Amerika.« ●

Contraste_Korrekturen_FuenfteWelle_1992.indd 26 23.09.24 19:56

500 JAHRE

FORTSETZUNG

Folgen wir seinen Ausführungen: Am Beginn steht die Exxon-Ölpestkatastrophe von Valdez, Alaska (1989). Michael Harner aktivierte seine internationalen Trommelgruppen, die nach eigenen Angaben mit ihren Krafttieren in Verbindung traten, um lindernd auf die trostlosen Folgen der Ölpest einzuwirken. Einer der neoschamanischen Mystiker dazu: »Ein Nix erklärte mir, daß die Erregung des Meeres, sein Zorn, diesem helfen würde, sich selbst zu reinigen.« Eine Flutwelle – das war die trommelnde Lösung der Umweltkatastrophe!

Die Story geht weiter. Lassen wir Uccusic live einsteigen: »Als wir später darüber sprachen, meinten einige, es wäre nun lustig (witzige Ölpest, Anm. des Autors), wenn sich herausstellte, daß es so etwas wie eine Flutwelle in Alaska gegeben haben könnte. Einige Tage später fand ich in einer Zeitung die Nachricht, daß ein oder zwei Tage nach unserer (Schamanen-)Reise unvermutet schweres Wetter bei Valdez aufgetreten war.« (5)

Und die Politk von der Geschichte? Uccusic ist überzeugt, daß die trommelnden Neoschamanen via Fernheilung erfolgreich waren: »Ungefähr ein Jahr später... rattert eine Meldung über die Fernschreiber der internationalen Nachrichtenagenturen. Sie gab einen Überblick über den Stand der Ölverschmutzung sowie der Aufräumarbeiten und schloß: »Eine Untersuchung der 1488 Adlerhorste im Gebiet des Sunds ergab, daß in knapp der Hälfte Tiere nisten. Sprecher der Naturschutzbehörde räumten allerdings ein, daß vor dem Unglück... nicht bekannt war, wie viele Horste besetzt waren. Biologen hatten im vergangenen Jahr befürchtet, bis zu zwei Drittel der Könige der Lüfte in der Region könnten durch die Ölpest getötet oder vertrieben werden. Also eine bessere oder raschere Erholung... als befürchtet worden war!« (6)

Ob dieser auf wackligen Beinen stehende »Erfolg« auf das Trommeln der »Foundation for Shamanic Studies« zurückzuführen ist, um es sanft auszudrücken, eine Glaubenssache. Von einem KONKRETEN politischen Engagement kann dabei keine Rede sein. Im Grunde zeigt sich hier jenes für das New Age so symptomatische Denken, das annimmt, mit einer Veränderung des eigenen Bewußtseins bereits als Retter der Welt zu amtieren; ganz im Gegensatz zu jenen indianischen Bürgerrechtskämpfern, die die Rechte ihrer Völker – trotz der bei ihnen noch lebendigen schamanischen Traditionen – mit knallharter politischer Knochenarbeit zu schützen versuchen.

Daß die Astralreisen der Harner'schen Neoschamanen nicht mit den ebenfalls in anderen Wirklichkeiten tanzenden eingeborenen Schamanen koordiniert waren, ergibt sich aus einer Meldung der »NACE News« vom April 1991: Der die Ölpest verursachende Multi Exxon garantierte der Regierung Alaskas einen Schadenersatz von einer Billion Dollar. Hauptleidtragende der Ölpest waren und sind neben Pflanzen und Tieren indigene Nationen wie z.B. die Inuit (Eskimos). Die Ölpest verursachte verherrende Schäden für deren Lachsfischerei und Flußmuschelsammlertum; eine überlebensbedrohende Situation für die traditionelle Wirtschaftsweise dieser Völker. Bei der Vereinbarung zwischen Exxon und der Regierung wurden die betroffenen indigenen Nationen völlig ausgeklammert. Sie erhalten keine Entschädigung; auch nicht nach 500 Jahren Kolumbus.

Davon schweigt Uccusic. Warum eilen weiße Neoschamanen nicht jenen zu Hilfe, deren magischen Techniken sie so begierig erlernen wollen? Ach ja – die »Foundation for Shamanic Studies« brüstet sich damit, den Inuit wieder den Schamanismus beigebracht zu haben! Auch ein Beitrag vom Kolumbusjahr? Wie auch immer: Nach dem Landraub, der permanent fortschreitet, hat der Raub der Zeremonien und Rituale Hochsaison. Auf den esoterischen Kolonialschiffen segeln die Neoschamanen des Kolumbus.

Braune Neoschamanen?

Immer noch unken Autoren durch den Bücherwald, die bei »Primitiven« und machtgeilen »Zauberern« und Schamanen dunkelsumpfiges, vorsintflutliches, quasi präfaschistisches Blut- und Bodenbewußtsein vermuten. Gerade im Kolumbusjahr ist es angesagt, derartige Mißinterpretationen indigener Spiritualität auf die Sondermülldeponien europäischer »Geistes«- und Überlegenheitsdünkelgeschichte zu werfen. Der Schamanismus der dezentral organisierten, zumeist egalitär ausgerichteten indigenen Völker hat mit Faschismus nichts gemeinsam. Allerdings rückt der sorglos-tabuisierende Umgang vieler weißer Neoschamanen mit braunen Medizinfedern die traditionelle eingeborene Spiritualität in ein »Licht«, das ihr nicht zusteht und das letztlich auch den indigenen Landrechtskämpfen schaden kann.

Der Neoschamanismus ist eine Erscheinung unseres Industriezeitalters und er hat, außer ein paar magischen Techniken, herzlich wenig mit dem traditionellen Schamanismus gemeinsam. Er spiegelt wie das moderne Neuheitentum die tief sitzende und legitime Sehnsucht des »Zivilisierten« nach Naturverbundenheit wieder; d.h. das Verlangen nach einer Lebensqualität, die wir zunehmend durch Entfremdung, High Tech und Zentralisierungen verlieren. Nun hat gerade im deutschen Sprachraum der Faschismus derartige Bedürfnisse suggestiv angesprochen. Der Neofaschismus knüpft geschickt an diese Tradition an. Und Uccusic beteuert wie viele seiner trommelnden Kollegen, daß der Neoschamanismus keinerlei Berührungspunkte mit rechtsextremen Strömungen aufweist. Gegen derartige Behauptungen ist der Kurierredakteur allergisch.

Was nichts an den Fakten ändert: Der schweizer Ansataverlag publiziert die Werke des Mussoliniokkultisten Julius Evola, der heute wieder für neofaschistische Gruppen europaweit eine zentrale Rolle spielt. Ansata verlegte auch Harner, den Lehrmeister des Wiener Uccusic und die Neoschamaninnen Eva Laurich und Lynn Andrews, die in den USA im Kreuzfeuer der Kritik indianischer Frauenorganisationen stehen. Warum? – In der Neoschamanenzeitschrift »Mescalito« inserierten rechtsextreme Zeitschriften wie »Pen Dragon« wurde mit der ariergläubigen Armanenschaft geflirtet. Warum? – In der neuheidnisch-schamanisch orientierten Zeitschrift »Der Hain« verweist der Gruppenadressenteil auf eine Vielzahl rechtsextremer Verbände und Zeitschriften. Warum?

Warum? Weil es da keine, aber auch gar keine Berührungspunkte in der Szene gibt? Weil nicht sein darf, was nicht sein sollte? Ohne Zweifel sind viele Neoschamanen und Neuheiden – so auch der bekennende Alt-68er und demokratisch gesinnte Uccusic – für den Faschismus unanfällig. Auf der anderen Seite gibt es aber eine turbulente, amorphe, schwer einsichtige, naturreligiös interessierte Szene, in der Anarchie und Ariergläuben seltsame Berührungen aufweisen und in der Neoschamanen manchmal gleichberechtigt neben germanentümelnden NS-Männerkultbundtheorien aufscheinen.

Die Abgrenzung indigener Spiritualität gegen derartige (lokkere) Allianzen ist gerade im Kolumbusjahr, wie bereits erwähnt, eine Notwendigkeit. Moderne Neoschamanen sind aufgerufen, den Protest des indianischen Amerikas gegen den Mißbrauch ihrer Religionen ebenso ernst zu nehmen wie die Tatsache, daß der moderne (okkulte) Rechtsextremismus zumeist andere Feindbilder als »den Schamanen« hat. ●

»Indianer«-Lager in Deutschland Foto: R. Schweidlenka

Anmerkungen:
(1) Zit. in Esotera Nr. 4/90, S.91
(2) Paul Uccusic: Der Schamane in uns. Schamanismus als neue Selbsterfahrung, Hilfe und Heilung. Ariston Verlag
(3) Pulsar Nr. 5/91, S.14
(4) Im Buch »Der Schamane in uns« polemisiert Uccusic gegen das von E. Gugenberger und mir verfaßte Buch »Mutter Erde, Magie und Politik. Zwischen Faschismus und neuer Gesellschaft«, konkret gegen die darin enthaltenen wissenschaftlichen Studien zu den Plastikmedizinmännern.
(5) Uccusic, S.226
(6) Ebd.S.228f

FÜR DIE ERDE, FÜR DAS LEBEN

Kein Büro, kein Computer, kein Generalsekretär aber immer nach dem Motto: »Keep on trucking!«:

500 Jahre Kolumbus, 500 Jahre Völkermord. Die europäischen Kolonialisten raubten den indigenen Nationen ihr Land, zerstörten ihre traditionelle, gemeinschaftliche Wirtschaftsweise und diskriminierten ihre »heidnische«, erdbezogene Spiritualität. In letzter Zeit gesellt sich zur Gier nach den unter den letzten Indianerreservaten liegenden Bodenschätzen wie z.B. Uran die »idealitische« Gier nach »esoterischen« Indianerzeremonien und den »Geheimnissen« der UreinwohnerInnen. Der Kolonialismus der dominierenden weißen Gesellschaft tobt sich ungebrochen via Multis und New Age aus.

Doch auch die Gegenbewegung wächst seit Jahren. Sie vereint indigene Nationen mit weißen Ökologie- und Friedensorganisationen und mit jenem Teil der neuen spirituellen Bewegung, für den ökologisches und politisches Engagement mehr mit »Religion« gemeinsam hat als wohlbetuchte Nabelschau und narzistisches Gieren nach »Selbstfindung« und »Wassermannschwingung«. Einer dieser mit den traditionellen und indianischen Gemeinschaften solidarischen Initiativen ist der spirituell-politisch orientierte österreichische gemeinnützige Verein »Für die Erde, für das Leben – Arbeitskreis Hopi-Österreich«, der kein Büro unterhält, über keinen Computer verfügt, vielleicht so gesehen etwas hinterwälderisch ist (der Vereinssitz liegt bezeichnenderweise im Hinterbergtal) und auch nur mindestens zweimal pro Jahr seine Mitglieder und AktivistInnen mit gedruckten Neuigkeiten belästigt. Dafür geht der absolute **Löwenanteil der** einfließenden **Spenden an die Betroffenen**, d.h. an indianische Autonomie- und Selbsthilfeprojekte wie z.B. das »Sapa Dawn Center« oder wird anerkannten indianischen RepräsentantInnen zur Durchführung ihrer Aufgaben zur Verfügung gestellt bzw. für die Tourneeorganisation indianischer VertreterInnen verwendet. Für die produktive Fortsetzung der Unterstützungsarbeit bittet der Verein aus dem steirischen Hinterbergtal um Spenden.

Für die Erde, für das Leben
Obersdorf 35 · A-8983 Bad Mitterndorf
Österr. PSK, Kto.Nr. 7.615 498

ZUR ERKLÄRUNG DER UNABHÄNGIGEN WESTERN SHOSHONE-NATION

500 Jahre Kolumbus, 500 Jahre Völkermord. Auch heute noch gehört der Ethnozid, manchmal sogar der Genozid, zum Alltag der indigenen Nationen Nordamerikas. Zu jenen, die heute am heftigsten unter dem US-Nuklearkolonialismus zu leiden haben, zählen neben Hopi, Navajo-Dineh und anderen Pueblostämmen und den Lakota-Sioux die Western Shoshone in Nevada. Die Atomtests auf der Nevada Test-Site, die auf Shoshoneland liegt, verseuchen das Land, die Menschen und die Viehherden mit Radioaktivität. Zusätzlich soll in den den Western Shoshone heiligen Juccabergen die größte US-Atommülldeponie entstehen. Gemeinsam mit der US-Friedensbewegung wehren sich die Western Shoshone gegen die kriminellen Machenschaften der US-Atommafia. Die Reaktion der US-Regierung auf diesen Widerstand: In Gerichtsverfahren, die jeglichem Rechtsempfinden und jeglicher Rechtsstaatlichkeit Hohn sprechen, werden vertraglich abgesichert Landrechte kurzerhand für ungültig erklärt, werden die Viehherden politischer ShoshoneaktivistInnen – wie es im März 92 die weit über Nevadas Grenzen bekannte Dannfamilie erleben mußte – kurzerhand in Nacht- und Nebelaktion von militärischen Terrorkommandos in weit entfernte Städte entführt etc...

Im Kolumbusjahr 1992 entpuppte sich die vom militärisch-industriellen Komplex dominierte USA als alles andere ald der »Wahrer der Menschenrechte«. Völkermord, soziales Elend, gebrochene Verträge und fortschreitende Umweltzerstörung prägen das »innere«, nicht von Medien aufgepeppelte, von beschönigenden Mythen gereinigte Erscheinungsbild jener Supermacht, die weltweit ihre »neue Weltordnung« mit »Feuer und Schwert« durchsetzen will. Das vorliegende Statement der unabhängigen Nation der Western Shoshone zeigt gerade im Kolumbusjahr auf, wie es wirklich um das »Land der unbegrenzten Möglichkeiten« bestellt ist.

Erklärung des Western Shoshone National Council (14.5.91)

überbracht von William Rosse Sr. an das den nuklearen Wahnsinn vorantreibende US-Energieministerium

»Ich spreche hier im Namen meines Volkes, der Menschen, die in diesem Land waren vor der Ankunft des Kolumbus und der Einwanderer; der Leute, die hier vom Schöpfer als BehüterInnen unseres Landes eingesetzt wurden. Ich bin hier im Namen des Volkes der Western Shoshone. Ich wurde vom Western Shoshone National Council autorisiert, Ihnen diese Erklärung zu überbringen. Ich bin hier, um Sie zu informieren, daß wir uns Ihren Plänen widersetzen, Ihre Nuklearwaffenproduktionseinrichtungen weiter zu verwenden und auszudehnen. Eure Verwendung von Uran ist einer der großen Flüche, den Euer Volk über diesen Kontinent gebracht hat und den Ihr weiterhin der Welt aufbürdet.

Mit welchem Recht macht Ihr das? Mit welchem Recht entscheidet Ihr Euch dazu, die natürliche Welt und alles, was darin lebt zu vergiften und zu zerstören? Euer Volk kritisiert gerne andere darin, wie sie ihre Menschen behandeln, aber Ihr schaut nicht auf Euch selbst und wie Ihr die ursprünglichen BewohnerInnen diese Landes behandelt. Eure Regierung steckt immer die Nase in die Angelegenheiten anderer Staaten, aber sie achtet nicht auf ihre eigenen Angelegenheiten zu Hause.

Alles, was Ihr im Livermore Atomlaboratorium machen wollt, wird mein Volk, unser Land und alle Menschen weltweit in Mitleidenschaft ziehen – Ihr baut Eure Atombomben in den Livermore Laboratorien und laßt sie dann illegalerweise und unmoralischerweise innnerhalb der Shoshone-Gebiete im Nevada Testgelände explodieren. Ich habe hier den Vertrag von Ruby Valley von 1863 – den Vertrag, den wir zu unterschreiben gezwungen wurden. Wenn Ihr ihn lest, werdet ihr sehen, daß wir Euch AmerikanerInnen unser Land nicht übergeben haben. Ihr habt keinen Krieg mit uns geführt um dieses Land und wir haben auch kein Geld angenommen, um es Euch zu verkaufen. Wir haben stets unseren Teil des Vertrages erfüllt, Ihr seid hingegen Eurem Teil des Vertrages nicht gerecht geworden. Ihr macht große Pläne, unser Land weiterhin dazu zu verwenden, Eure Atombomben explodieren zu lassen, ignoriert aber weiterhin die Tatsache, daß das Volk der Western Shoshone der rechtmäßige Besitzer des Landes ist.

Werdet Ihr weiterhin so tun, als ob wir nicht existierten? Sagt Ihr Euch etwa, daß wir im Unrecht sind und daß in Wirklichkeit Ihr das Land besitzt? Solch eine Urkunde möchten wir gerne einmal sehen und Eure Beschreibung hören, wie Ihr zu dem Land gekommen seid. Es gibt Menschen auf der ganzen Welt, die gern Eure Antworten auf diese Frage hören würden. Könnt Ihr uns und dem Rest der Welt zeigen, wie Ihr die Besitzer der Western Shoshine Länder geworden seid?

Die Gesetze, die Ihr schafft und nach denen Ihr lebt, dienen nur Eurer Regierung. Es funktioniert nicht für uns oder irgendeine andere Nation. Ihr macht Gesetze und legt sie dann aus, wie es Euch so paßt. Warum lest Ihr denn nicht die Verfassung Eures Staates? Darin steht, daß Verträge zwischen Eurer Nation und den indianischen Nationen höchstes Gesetz des Landes sind. Eure Gesetze behaupten das, aber durch die Jahre wurde uns klar, daß Ihr dieses Gesetz nicht befolgt, sofern es nicht zu Eurem eigenen Nutzen ist.

Euer Volk wurde, als es auf diesen Kontinent gelangte, so gierig, als es dieses ganze Land erblickt hatte. Man sagte sich: Nehmen wir uns von diesem Land, damit wir es besitzen und darauf etwas bauen können. Diese wilden IndianerInnen wissen ja nicht, was sie mit dem Land anfangen sollen. Sie sind unzivilisiert. Seht nur das viele Land auf dem sie gelebt haben, und nichts haben sie daraus gemacht. Wir aber sind zivilisiert, also laßt uns darauf bauen – macht alles zu Beton und Asphalt. Schneidet alle Bäume und Pflanzen um, um Raum zu schaffen für Gebäude und Straßen. Und laßt uns Waffen machen, hunderttausende Waffen, die Millionen von anderen Menschen umbringen können, die weniger zivilisiert sind wie wir. Und laßt uns Gesetze machen, die behaupten, daß alles was wir tun, in Ordnung wäre. Wo habt Ihr denn gelernt, so zu denken? Welche Art von Gefühlen haben Menschen, die so denken? Der Schöpfer sagte uns: »Paßt auf dieses Land auf. Und nehmt einander nicht gegenseitig weg, was der Schöpfer Euch auf dem Lande in Eure Obhut gegeben hat. Mit welchem Recht mißbraucht und verschmutzt Ihr dieses Land? Wir, die eingeborenen Völker dieses Landes gaben Euch nicht das Recht, diese Gebiete zu benützen und zu zerstören. Wir gaben Euch nicht das Recht, die Bodenschätze zu mißbrauchen noch die Innereien der Mutter Erde zu sprengen. Wir haben gehört, ihr behauptet dies zu tun, um Euer Volk zu verteidigen, aber Eurem Volk schadet es nur und ebenso anderen auf der ganzen Welt.

Der Western Shoshone National Council verlangt eine sofortige Beendigung Eures Mißbrauchs unseres Landes, der Erde und aller Menschen. Alle E.I.S. (Anhörungsverfahren zu Landrechtsthemen) in der Welt werden der Menschheit nicht weiterhelfen, bis Ihr Euch den Fragen stellt und antwortet – auf die Fragen, die Euch unsere Großeltern gestellt haben und die Euch auch unsere Enkelkinder noch stellen werden. Eure E.I.S. sind bloß noch Eure Art, allen AmerikanerInnen zu erklären, daß ihr die Pläne studiert habt, die ihr gemacht habt, und daß es nun in Ordnung ist, weiter damit fortzufahren, alles zu tun, was Ihr wollt. Aber es beantwortet nicht die Fragen. Wenn Ihr den Wunsch habt, aufrichtige und ehrenhafte Menschen zu sein, sollten Eure Studien die Fragen beantworten, die meine Nation Euch stellt.

Und bis dahin dürft Ihr Eure Pläne nicht weiter ausführen. Wir haben diese Aussagen gegenüber vielen Behörden und Abteilungen Eurer Regierung über mehr als ein Jahrhundert lang gemacht. Und wieder fordern wir Euch auf, unsere Aussagen und unsere Fragen an Eure Anführer und Entscheidungsträger weiterzugeben. Meine Nation ist gewillt, sich mit Euren Anführern zusammenzusetzen, um diese Dinge auszubügeln. Da ist viel, das Ihr zu lernen habt über den Wert des Lebens und das beschützen Eurer Mutter Erde. Die Nation der Western Shoshone ist bereit, mit Euch an solchen Themen zu arbeiten. Viel Arbeit ist zu machen für die Gerechtigkeit gegenüber eingeborenen Völkern innerhalb Eurer Grenzen. Der Western Shoshone National Council möchte mit Euch zusammenarbeiten, um dies auszuführen.

Dieses Hearing und die anderen E.I.S.-Hearings in den ganzen Vereinigten Staaten sollten aufhören, bis diese Fragen geklärt sind. Die Eindämmung und Reinigung des von Euch verseuchten Geländes sollte fortgesetzt werden, die Verschmutzung aber muß sofort aufhören. Wir wenden uns an Euren gesunden Menschenverstand sowie den Lebensgeist in Euch allen, mit uns zusammenzuarbeiten, um die Erde zu heilen und die Ungerechtigkeiten gegenüber den eingeborenen Nationen dieses Landes wieder gut zu machen. ●

Urkundlich eingereicht von
Mr. William Rosse, Sr.
im Namen des
Western Shoshone National Council
p.o.Box 68
Duckwater, Nevada 89314

Übersetzung: Gisela Posch
Unterstützungsarbeit für die Western Shoshone führen durch:
Renate Domnick, GfbV, Hansaplatz 5, W-2000 Hamburg 1, BRD
Verein »Für die Erde, für das Leben«, Obersdorf 35, A-8983 Bad Mitterndorf, Austria
(Stichwort: »WS«, PSK-Konto Nr. 7.615.498)

DIE EUROPÄISIERUNG AMERIKAS

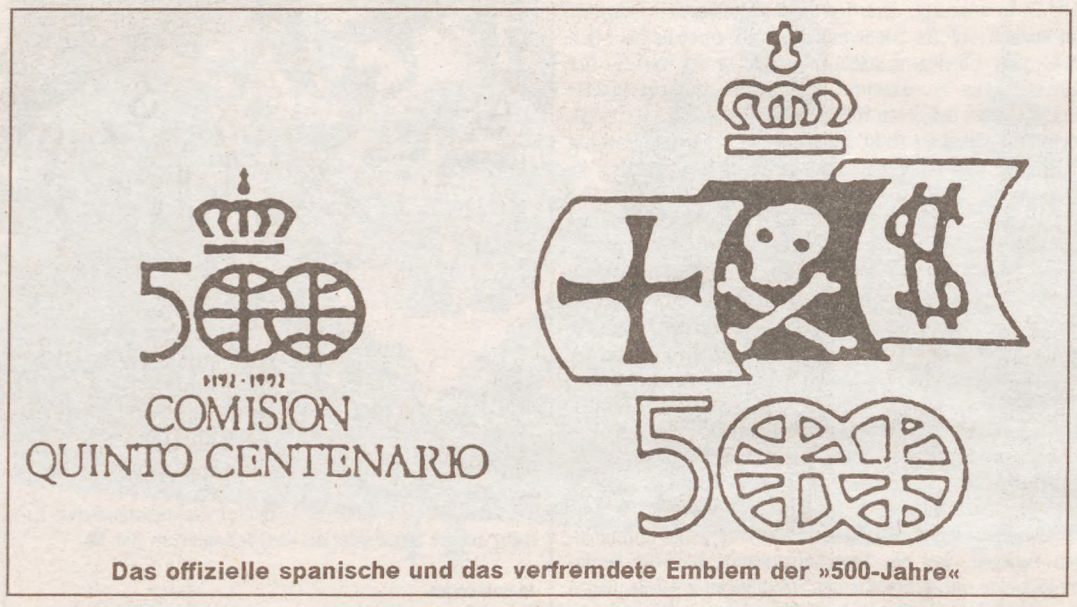
500 JAHRE

Ökologischer Kolonialismus und Imperialismus

Einzelne Aspekte zur Umweltgeschichte des Nord-Süd-Dialogs

Ernst-Eberhard Manski, Redaktion Heidelberg ● Das 500. Jahr nach Kolumbus ist eine vielfach genutzte Gelegenheit, über die Entdeckung Amerikas nachzudenken. In den meisten Fällen steht dabei die militärisch-politisch-kulturelle Eroberung des Kontinentes im Blickpunkt. Aber diese Perspektive enthält nur einen Teil der Aspekte dieser Ereignisse. Mindestens ebenso wichtig ist die ökologische Dimension der Europäisierung Amerikas. Grund genug, um einigen Themen aus diesem »geheimen, lange unbekannten Unterstrom der Geschichte« (1) kurz aufzugreifen, um anschließend einige ökonomisch-ökologische Stichpunkte des Nord-Süd-Konfliktes anzuschneiden.

»Die europäische Kolonisation Amerikas wurde eine Umweltkatastrophe. Die einheimische Bevölkerung erlitt rasch einen demographischen Zusammenbruch vom selben Ausmaß wie der Schwarze Tod.« (2) So zitiert Umwelthistoriker Martinez-Alier die wohl deutlichsten Zeilen aus Crosbys Buch »ökologischer Imperialismus« über die Folgen der europäischen Entdeckungsfahrten für die Menschen und deren pflanzlich-tierische Umwelt in Lateinamerika. Crosby, der sich auf medizinisch- und botanisch-historische Quellen und Ausarbeitungen stützt, übernimmt die These aus der Seuchengeschichte von McNeill (3), daß nämlich der europäische Mensch allein ohne die Mithilfe von Bakterien und anderen Kleinstlebewesen niemals die Eroberungszüge gegen die zahlenmäßig überlegene einheimische Bevölkerung erfolgreich hätte durchführen können. Während die EuropäerInnen in Afrika und Asien Probleme hatten, die dortigen Krankheiten zu überstehen und sich den Einheimischen gegenüber durchzusetzen, so war es oft auf dem amerikanischen Kontinent die örtliche indianische Bevölkerung, die im Streit gegen die Eindringlinge unterlag. Neben der Dezeminierung und Demoralisierung der ursprünglichen Bevölkerung Amerikas und auch Australiens stellt Crosby als zweites Phänomen den Erfolg der europäischen Landwirtschaft fest. Es waren hauptsächlich vier Kategorien von Lebewesen, die an der Expansion erfolgreich teilnahmen: Zunächst die Menschen selbst, auf deren mehr oder weniger friedliche Absichten hier nicht weiter eingegangen werden soll. Zweitens verbreiteten sich einige der mitgebrachten Haustiere wie Pferde und Rinder, aber auch andere Tiere, die engen Kontakt zum Menschen pflegen, nämlich Ratten und Mäuse, aufgrund des Fehlens natürlicher Feinde außerordentlich schnell und nahmen alsbald weiträumige Gebiete in Anspruch. Drittens übten die unabsichtlich importierten Mikroorganismen und Krankheitserreger einen verheerenden Einfluß auf die örtliche Bevölkerung aus, die im Gegensatz zu den AfrikanerInnen und AsiateInnen nicht über die nötige Immunität verfügten. Die vierte Gruppe bilden Gräser, deren Samen mit dem nicht 100%ig reinen Saatgut transportiert wurden und die sich rasch ausbreiteten. (4)



Das offizielle spanische und das verfremdete Emblem der »500-Jahre«

Auch der niederländische Agrarhistoriker Slicher von Bath schildert die Entwicklung, seinerseits anhand von geographischen Beschreibungen von Lopez de Velasco und Vazques de Espinosa. Das vorhandene natürliche Gleichgewicht wurde durch die Einfuhr der fremden Elemente grundlegend zerstört. Das Vieh vermehrte sich zu rasch und verwilderte. Während der Nahrungssuche richtete es Schäden auf den indianischen Feldern an. Vernichtung von Jungbäumen durch Ziegen und Schweine kam zu den zahlreichen Abholzungen für Bau- und Feuerholz, letzteres auch im Zusammenhang mit den Öfen für die Silbergewinnung. Slicher spricht von einem ökologischen Kolonialismus, in dessen Verlauf die indianische Kulturlandschaft in weniger als hundert Jahren völlig verändert wurde. Während die Einfuhr von Kulturpflanzen von den Spaniern beabsichtigt war, ist ihnen die Entwicklung bei den Tieren vollständig aus der Kontrolle geraten.(5)

In einer früheren Arbeit geht Crosby noch auf einen Austausch von Arten ein, (6) denn auch im Gegenzug zu den »Früchten des weißen Mannes« wurden Pflanzen wie Zucker, Tee oder Gewürze aus den verschiedensten Weltteilen nach Europa transportiert und sorgten für einschneidende Veränderungen, die wie etwa die Kartoffel bei der Hungerkatastrophe in Irland Mitte des 19.Jahrhundert problematisch werden konnten. (7)

Auch wenn Kritik an Crosbys Perspektive des europäischen Imperialismus geübt wird, (8) so bleibt doch die Tatsache der enormen Umwälzung der amerikanischen und australischen Lebensverhältnisse durch ökologische Faktoren bestehen. Das müßte zwangsläufig zu einer historischen Neubewertung der Rolle von Kolumbus führen, zumal jener mit Indien ein völlig anderes Reiseziel hatte und die Benennung des Kontinents abgeleitet wurde vom Namen des florentinischen Bankkaufmanns Amerigo Vespucci, der eine Filiale der Medici in Lissabon leitete und auf seinen im Auftrag von Spanien und Portugal ausgeführten Reisen als erster den Charakter des Kontinentes erkannte. Zudem waren die Iberer nicht die ersten Europäer in Amerika.

Schon im Mittelalter etwa zwischen 790 und 1000 zogen die Wikinger nach Amerika, damals allerdings über die Inseln des Nord-Atlantiks via Shetland, den Orkneys, den Hebriden, den Faröern, Island, Grönland bis Neufundland. Daß diese Züge keinen ähnlichen bleibenden Erfolg hatten, mag zum Teil klimageschichtliche Hintergründe gehabt oder an den zu weiten Entfernungen gelegen haben. Zur Kolonisation fehlte ihnen jedenfalls die notwendige biologisch-ökologische Unterstützung. Zu zerstörenden Eingriffen in die zum Teil nicht mehr regenerierbaren Waldbestände Grönlands und Islands hat es trotzdem gereicht. (9)

Geschichtsschreibung hat immer einen aktuellen Bezug, wird sie doch jederzeit aus der Perspektive der Gegenwart betrieben. So können die Spuren der Ereignisse ab dem Ende des 15.Jahrhunderts in der Umwelt- und Wirtschaftsgeschichte des amerikanischen Kontinents und seinen Beziehungen zu Europa bis zum heutigen Zeitpunkt verfolgt werden. Zu den Stichworten gehört der gesamte Nord-Süd-Dialog, insofern er überhaupt Dialog genannt werden darf, inklusive ethnische Gleichberechtigung, Indianer-Reservate, Urwald-Abholzung, Treibhaus-Effekt, Schuldenkrise bis hin zu den Debt-for-Natur-Swaps und der dieses Jahr in Brasilien stattfindenen UNCED-Konferenz. Die verschiedenen Ansätze der ökologisch umweltorientierten Wirtschaftsgeschichte wie etwa Kapps Konzept der Internalisierung der öko-sozialen Kosten in die wirtschaftlichen Kosten-Nutzenrechnungen, oder die Behandlung der thermodynamischen Entropiegesetze nach Georgescu-Roegen sowie Konzepte des Energieflusses, der Öko- und Materialbilanzen, der Tragfähigkeit (Carrying Capacity) oder der Raubwirtschaft können bei der Behandlung anstehender Fragen und zum tieferen Verständnis von historisch-politischen Zusammenhängen von großem Nutzen sein. Es ist ein Verdienst von Martinez-Alier, die verschiedenen Ansätze und Vorbereitungen der Geschichte der ökonomischen Analyse von einem energietheoretischen und ökologischen Standpunkt zusammengetragen und behandelt zu haben. (10/11)

Der schnelle Abbau von langsam oder nicht erneuerbaren Rohstoffen hat eine Kontinuität in der lateinamerikanischen Geschichte. Martinez-Alier beschreibt als Beispiel den Export von Guano aus Peru zwischen 1840 und 1880. Guano sind Vogelexkremente, die für die Landwirtschaft wichtige Nährsubstanzen des Boden enthalten. Ein anderes historisches Beispiel für die Überbeanspruchung von Wirtschaftsgütern ist der übermäßige Export von peruanischem Fischmehl in den sechziger Jahren dieses Jahrhunderts. In beiden Fällen wurden wertvolle Rohstoffe für verhältnismäßig geringe Gegenwerte abgegeben, unter anderem weil es keine aufmerksame ökologische Bewegung gab, die gegen den Handel hätte protestieren können. (12) Um weitaus höhere Mengen geht es beim Raubbau am tropischen Regenwald, wo wichtige Ökosysteme, unersetzbare Arten und Lebensräume vernichtet werden. Die Forderungen nach finanziellem Ausgleich etwa durch Schuldenerlaß oder Debt-for-Nature-Swaps sind vor diesem Hintergrund berechtigt, können allerdings die aufgelaufenen Schäden nicht mehr rückgängig machen.

Auch die Schuldenkrise hat inzwischen eine finanz-historische Dimension: vergegenwärtigen wir uns, daß ein Land wie Brasilien noch 1970 Schulden in Höhe von 12,2% des Bruttosozialproduktes (BSP) hatte, was angesichts des Rohstoffreichtums des Landes zwar bonitätsmäßig durchaus vertretbar war, dennoch schon damals zu einem Schuldendienst von 21,8% der Exportquote führte. Erst durch die Zinssteigerungen insbesondere zwischen 1978 und 1980 vom LIBOR-Zinssatz (13) 10% auf 18% wurde die Situation für die meisten Entwicklungsländer prekär. Brasilien hatte zwischen 1973 und 1985 Zinsen in Höhe von 145 Milliarden Dollar zu zahlen, die teilweise wiederum nur durch Kreditneuaufnahmen beglichen werden konnten. 1987 war die langfristige Verschuldung des Landes auf 33,7% des BSP angewachsen und der Schuldendienst entsprach bereits 33,2% der Exporte. (14)

Die lange Kette von Ereignissen einer Überrumpelung der Entwicklungsländer mit technologischen Erzeugnissen und Reststoffen der nord-westlichen Wirtschaftskulturen wird so schnell nicht abreißen. Die Entwicklungsländer haben zunehmend mit den Schadstoffemissionen der ansässigen Industrie (15) oder den Folgen verfehlter Verkehrsstrukturen zu kämpfen. Zusätzlich neue Dimensionen eröffnet die Abfallproblematik. Das belegen sehr deutliche Fälle wie 1987 in Goiania, Brasilien oder 1983 in Juarez, Mexiko, wo auf Schrottplätzen durch unsachgemäßen Umgang mit ausrangierter Krankenhausapparatur jeweils über 200 Menschen ernsthaft radioaktiv verseucht wurden. ●

Anmerkungen:

(1) **Sieferle, Rolf-Peter**: Perspektiven einer historischen Umweltforschung. In: **ders. (Hrsg.)**: Fortschritte der Naturzerstörung, Frankfurt: Suhrkamp, 1988, S.307-368, hier: S.338-341.

(2) **Crosby, Alfred W.**: Ecological imperialism. The Biological Expansion of Europe, 900-1900. Cambridge, 1986. (Deutsch: Die Früchte des weißen Mannes. Ökologischer Imperialismus 900-1900. Frankfurt u.a.:Campus,1991) Hier zitiert nach Martinez-Alier, Juan; Schlüpmann, Klaus: Ecological Economics. London, 1990 (2) (eigene Übersetzung).

(3) **McNeil, William H.**: Plagues and people. New York, 1976.

(4) **Crosby, Alfred**: Ecological Imperialism: The Overseas Migration of Western Europeans as a Biological Phenomenon. In: **Worster, D. (Hrsg.)**: The End of the world, Cambridge 1988, 103-117. Aus: The Texas Quarterly 21, Spring 1978, 10-22.

(5) **Slicher van Bath, B.H.**: De kolonisatie van het milieu. Europese flora en fauna in Latijns-Amerika. In: **Slicher van Bath, B.H.; van Oss, A.C. (Hrsg.)**: Geschiedenis van maatschappij en cultuur, Baarn, 1978, 194-207.

(6) **Crosby, Alfred W.**: The Columbian Exchange. Biological and Cultural Consequences of 1492. Westport, 1972.

(7) Siehe z.B. **Hobhouse, H.**: Seeds of Change. London 1985. (deutsch: Fünf Pflanzen verändern die Welt, München: dtv/Klett-Cotta 1992)

(8) **Deckers, Daniel**: Warum Indianer sterben mußten. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 25.3.1991, L23.

(9) **McGovern, Thomas H. u.a.**: Northern Islands, Human Error and Environmental Degradation: A View of Social and Ecological Change in the Medieval North Atlantic. Human Ecology 16, 1988 (3) 225-270.

(10) **Martinez-Alier, Juan**: Elemente einer Geschichte der ökologischen Ökonomie. Berlin: Institut für Ökologische Wirtschaftsforschung, 1988, S.2-33.

(11) **Martinez Alier, Juan**: Ökologische Ökonomie und Verteilungskonflikte aus historischem Blickwinkel. In: **Beckenbach, Frank (Hrsg.)**: Die ökologische Herausforderung für die ökonomische Theorie. Marburg: Metropolis, 1991, 45-62.

(12) **Martinez-Alier, Juan**: Ecological History: Examples from the Andes and other Regions. Environmental History Newsletter 2, 1990, 11-36.

(13) LIBOR = London Inter Bank Offered Rate, ist der Zinssatz, mit dem Banken untereinander am Finanzplatz London abrechnen.

(14) **Sommer, Michael u.a.**: Countdown für den Dschungel. Ökologie und Ökonomie des tropischen Regenwaldes. Stuttgart: Schmetterling, 1990. (Zahlen stammen aus dem Weltbankbericht.)

(15) Beispiele für Brasilien siehe u.a. bei: **Hagemann, Helmut**: Hohe Schornsteine am Amazonas. Umweltplünderung, Politik der Konzerne und Ökobewegung in Brasilien. Freiburg: Dreisam, 1985.

Schaffen wir ein, zwei, drei...

viele Barrel Öl nach Cuba!

Weg mit der US-Blockade!

Bisher sind

113.035,87 DM

eingegangen.

(Stand: 24. 3. 92)

Das Recht des cubanischen Volkes auf eine **eigene** Entwicklung muß gegen ökonomiche Erpressung ebenso wie gegen offene Aggression à la Grenada oder Panama verteidigt werden.
Dafür braucht Cuba weiterhin solidarische Unterstützung!

Spendenkonto 132 975 707
Sparkasse Bonn, BLZ 380 500 00
(Klaus Wardenbach)

Kontaktadresse: Dorothee Piermont,
Postfach 21 02 32, 5300 Bonn 2,
Tel. 0228/16 91 98

AKTIONSTAGE IN MÜNCHEN

Die Ruhe vor dem Sturm?

Einladung zur Aktionskonferenz am 16./17. Mai 1992 in Frankfurt

Gegen die HERRschende Weltordnung! Diese Haltung wollen wir in möglichst vielen Facetten während des Weltwirtschaftsgipfels in München zum Ausdruck bringen. Uns schweben Aktionen auf der Straße vor, wild und störend, lautstark und bunt, die in die Münchener Gipfelruhe eingreifen. In vielfältigen Formen können die verschiedenen Aspekte von Unterdrückung und Widerstand aufgegriffen und umgesetzt werden. Ob es eine Stadtbesichtigung ist, die München auf seine koloniale Vergangenheit und Gegenwart abklopft, oder ob es der »Besuch« von Institutionen ist, die die rassistische Politik der »Festung Europa« und des reichen Nordens umsetzen... Möglich ist viel. Aus den Bündnissen und Initiativen, die sich zu »500 Jahre« gebildet haben, aus der »3. Welt«-Solidarität, den ökologischen Gruppen, den Kämpfen um besetzte Häuser und Zentren... können wir unsere Kritik an dieser menschenfeindlichen Politik der »Herren der Welt« umwandeln in Aktionen. Mit unseren Bedürfnissen und Zielen wollen wir sie konfrontieren. Es braucht Leute und Gruppen mit Ideen und Initiative. Bisher gibt es kein ausgefeiltes Konzept. Nur grob ist überlegt, daß jeder der drei Aktionstage unter einem Motto stehen soll: z.B. Rassismus/Festung EG-Europa/Patriarchat – 500 Jahre neue Weltordnung/Großdeutschland/Unterdrükkung und Widerstand – usw. Außerdem soll es jeden Abend einen zentralen Sammelpunkt geben und kulturelle Festivitäten.
Also machen wir uns auf diese Tage auszugestalten! Kommt mit allen Euren Ideen und Planungen am 16./17.5.92 nach Frankfurt/Main.
Die Aufgabe dieser dritten spektren-übergreifenden Aktionskonferenz 500 Jahre/WWG ist es schwerpunktmäßig die Aktionstage in München vorzubreiten:

- Ideen und Vorstellungen für München
- Vorstellung, Diskussion und Koordination von Aktionen
- Vernetzung und Bündelung von Gruppen mit gleichen und ähnlichen Interessen
- Erstellung eines Programms für die Aktionstage

Samstag, 16.5.92, 13 Uhr bis Sonntag, 17.5.92, 14 Uhr, »3. Welt«-Haus, Westerbacherstr. 40, 6000 Frankfurt/Main-Rödelheim, Tel. (0 69) 89 48 46

Diejenigen, die zu diesem Termin nicht kommen können sich aber an den Aktionstagen beteiligen wollen, schicken ihre Vorschläge bitte an die 500 Jahre-AG c/o »3. Welt«-Haus. Es wird eine Infobörse geben, so daß Eure Ideen dort präsent sein können.

Zum Stand der Vorbereitungen des geplanten Gegenkongresses, den der Sprecherat und verschiedene Fachschaften der Uni München in Zusammenarbeit mit einem bundesweiten UnterstützerInnenkreis veranstaltet, informieren wir auf Seite 16.

BUKO: VORBEREITUNG ZUM 16. BUNDESKONGRESS

500 JAHRE

Für eine gesellschaftliche Alternative arbeiten

Der Bundeskongreß der entwicklungspolitischen Aktionsgruppen (BUKO) will sich mit seiner Kampagne 1992 nicht nur auf den Weltwirtschaftsgipfel in München konzentrieren. Wir dokumentieren Protokoll-Auszüge der AG 500 Jahre Kolonialismus und Widerstand von der BUKO-Aktionskonferenz am 29.2./1.3.92 in Frankfurt/Main.

Redaktion Heidelberg ● Anfangs stellten die Anwesenden fest, daß die verschiedenen Elemente der Kampagne '92 – 500 Jahre Conquista, EG-Binnenmarkt, Anti-WWG, Umweltgipfel in Rio – zusammengehören und auch so diskutiert werden, bzw. in den möglichen Aktionen zum Ausdruck kommen müssen. D.h., daß 500 Jahre nicht nur im Hinblick auf die Geschichte thematisiert werden dürfen, sondern im Gegenteil immer der Zusammenhang mit heute hergestellt werden muß. Denn das Ziel der Aktionen 1992 ist es, Strukturen zwischen den einzelnen Gruppen und Initiativen aufzubauen und Diskussionen zu beginnen, die eine **kontinuierliche** Arbeit möglich machen. Die Höhepunkte 1992 wie die Anti-WWG, Aktionswochen im Oktober, etc. wurden nicht als Ziele begriffen, sondern als Möglichkeiten, den Anfang für eine Widerstandsbewegung hier zu machen.

Ein entscheidender Gedanke in diesem Zusammenhang war, nicht ausschließlich GEGEN ein Projekt der Herrschenden zu mobilisieren, sondern im Gegenteil FÜR eine gesellschaftliche Alternative zu arbeiten. Eine Bewegung, die sich nur GEGEN etwas definiert, verebbt sehr schnell. Nur wenn positive Ziele für uns entwickelt werden, kann eine Widerstandsbewegung Bestand haben. Das kann aber nicht heißen, ein großes Ziel sozusagen vor sich herzutragen, sondern »kleine« konkrete Schritte zu machen. In der Diskussion wurde die Verteidigung der bestehenden und der Aufbau neuer Häuser und Zentren genannt, die wir brauchen für eine Diskussion und zur Entwicklung einer gemeinsamen Perspektive. Ein weiterer konkreter Schritt kann die Auseinandersetzung mit und die Diskussion für die Durchsetzung der Forderung nach Zusammenlegung und Freiheit der politischen Gefangenen sein.

Als notwendig für die Entwicklung einer Perspektive hier wurde die Diskussion mit Befreiungsbewegungen in anderen Ländern gesehen. Aufgrund der veränderten internationalen Lage, der weltweiten reaktionären Entwicklung können Befreiungskonzepte nicht mehr national begrenzt, sondern müssen notwendigerweise international sein. Trotzdem müssen wir natürlich bei den konkreten Bedingungen in der BRD ansetzen. Z.B.

- im Moment ist eine Mobilisierung sehr schwierig. Es gelingt zwar an einzelnen Punkten, ebbt aber sehr schnell wieder ab,
- wesentliche Ursache dafür ist, daß uns eine greifbare Vorstellung grundsätzlich was verändern zu können fehlt, im Gegensatz z.B. zu 1968, als eine grundsätzliche Veränderung möglich schien,
- den Völkern in den Metropolen geht es elend, aber auf einem hohen materiellen Niveau – das unterscheidet die Bedingungen grundsätzlich von denen im Trikont.

Die Kampagne und der internationale Gegenkongreß zum WWG können eine Möglichkeit sein, diese internationale Diskussion zu beginnen / weiterzuführen (Dieses Element hatte bei der IWF-Kampagne noch keine Rolle gespielt).

- Um eine kontinuierliche Arbeit aufzubauen, brauchen wir den Bezug/die Besinnung auf unsere eigene Geschichte. Nicht nur die der letzten 20 Jahre in der BRD, sondern – im Hinblick auf 500 Jahre – die Geschichte von den Bauernkriegen angefangen, über Personen wie z.B. Rosa Luxemburg, 1918/19, Widerstand gegen den Nazi-Faschismus. Diese Auseinandersetzung muß natürlich eine kritische sein (in der Diskussion wurde das Kritik an unserem eigenen »Herrenmenschendenken«, sprich kolonialistisches Denken genannt).

Zum Schluß wurden »**Leitlinien**« für die gesamte Kampagne vorgeschlagen:

- die Solidarität mit Cuba sollte ausgedrückt werden;
- die Forderung nach »offenen Grenzen« für Flüchtlinge und MigrantInnen soll Teil der Kampagne sein;
- Ökologie im Zusammenhang mit den sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen der Menschen soll thematisiert werden;
- die Forderungen des Kontinentalen Treffens in Guatemala sollen aufgegriffen werden:
  1. Friedensnobelpreis für Rigoberta Menchu
  2. Freilassung von Robert Peltier (gefangener Native in USA)
  3. der beabsichtigte kontinentweite Streik soll hier unterstützt werden;
- die Einhaltung der Menschenrechte soll auch für die europäischen Staaten und die USA gefordert werden;
- die Freilassung aller politischen Gefangenen soll gefordert werden;
- die Parole »500 Jahre sind genug« sollte als zentrales Motto verwendet werden;
- Wir hielten es für sinnvoll, den Kontakt zur Kontinentalen Kampagne in Amerika und zur Kampagne in Spanien zu suchen. ●

Kontinuitäten und Brüche

Neues zur alten Weltordnung

AUFRUF ZUM 16. BUNDESKONGRESS IN STUTTGART

Kontinuitäten und Brüche – Neues zur alten Weltordnung

Wir leben in einer Periode der großen weltpolitischen Umbrüche, der rapiden Zunahme der ökologischen Zerstörungen weltweit, der wachsenden Verelendung von Millionen Menschen im Süden und Osten. Gleichzeitig sind gerade im Jahr 1992 die geschichtlichen Wurzeln der heutigen wirtschaftlichen Strukturen, die auf der Ausbeutung der natürlichen Lebensgrundlagen, der Arbeit der Frauen und Männer in den Ländern der »Dritten Welt« und der Frauen in der ganzen Welt basieren, evident, die Dominanz weißer Herrenkultur zeigt sich geschichtlich wie aktuell tief in den Menschen und den gesellschaftlichen Machtverhältnissen gegründet.

Mit dem Golfkrieg 1991 wurde der Begriff der »Neuen Weltordnung« geprägt. Daß die Mehrheit der Menschheit unter menschenunwürdigen wirtschaftlichen, politischen und sozialen Bedingungen leben muß, ist allerdings keineswegs neu, vielmehr ist abzusehen, daß die bestehende hegemoniale Ordnung keine Verbesserung dieser Situation hervorbringen wird bzw. auch nicht soll.

Soweit scheinen die Analysen der Linken, der Solidaritäts- und 3. Welt-Bewegung noch Bestand zu haben.

Trotzdem fordern die »großen« politischen Umbrüche von uns, daß wir uns darauf einlassen querzudenken, Leerstellen wahrzunehmen, wo vordem Dogmen und Ideologien standen. Die Veränderungen in den Ländern Osteuropas müssen wir in unsere Weltsicht miteinbeziehen, die Entwicklungen und Vorschläge der realsozialistischen Staaten aufarbeiten, ebenso wie wir uns damit konfrontieren müssen, daß die Konzepte und politischen Umsetzungen gesellschaftlicher Veränderungen in andere Richtungen gehen, als es unsere bisherigen Vorstellungen vom Umsturz durch Volksbewegungen zuließen. Das Konsummodell des Kapitalismus übt mit seinen Wohlstandsversprechen eine ungeheure Anziehungskraft auf Menschen aller Kontinente, auch auf uns selbst, aus. In Mittelamerika, in Afrika, im Nahen Osten, überall verändern sich die Koordinaten der bisherigen Herrschaftsverhältnisse in Prozessen, die nicht entlang einfacher Denklinien zu analysieren noch mit ebenso unilinearen Solidaritätsaktionen zu unterstützen sind. Wir haben noch keine Alternativen zur »Neuen Weltordnung« entwickelt. Unsere politischen Handlungen und praktische Solidarität müssen im Spannungsfeld von Kontinuität und Umbruch stehen. Wir sollten neue Chancen in einer Epoche ohne »Stellvertreterkriege« suchen und nutzen, neue Problemfelder angesichts der US-Hegemonie analysieren. Wenn wir keine neuen Bündnisse aufbauen, wie auch das Verhältnis von Utopie und Alltagspragmatik nicht auszubalancieren lernen, werden wir unseren Namen Bewegung nicht gerecht werden.

Auf dem 16. BUKO haben wir als Internationalismusbewegung den Ort, in Arbeitsgruppen, Workshops und Plena unsere Diskussionen und Arbeit im o.g. Sinn zu bestimmen, neue Pfade zu suchen.

Der BUKO ist entstanden aus vielfältigsten Initiativen der 70er Jahre, die nationale Befreiungsbewegungen unterstützten und in der Bundesrepublik die Öffentlichkeit auf eklatante Ungerechtigkeiten im Nord-Süd-Verhältnis aufmerksam machen wollten. Heute steht der BUKO an einem Punkt, an dem eine Neuorientierung gesucht werden muß, inhaltliche und organisatorische Vorstellungen der aktuellen Arbeit und Bewegung entsprechen müssen.

Inhaltliche Arbeitsgruppen dieses Kongresses sollen aus diesem Grund eng an die Frage nach dem politischen Selbstverständnis gekoppelt sein. Das heißt, es wird auf diesem BUKO nicht auf der einen Seite eine Strukturdiskussion für wenige FunktionärInnen und auf der anderen Seite viele interessante Arbeitsgruppen zum Konsumieren geben. Wir sind alle aufgefordert, Strukturen und Inhalte gleichzeitig zu berücksichtigen, um aus organisatorischen Sackgassen, z.B. keine Wahl des Koordinierungsausschusses im letzten Jahr, herauszukommen.

Es gilt eine Gratwanderung zu beginnen, die Utopien und Realitäten eines befreienden Projektes heute zusammenbringt. Der BUKO in Stuttgart wird lernen müssen zu balancieren. ●

16. Bundeskongreß
entwickungspolitischer Aktionsgruppen
28. bis 31. Mai 1992 in Stuttgart
Nähere Infos:
BUKO · Nernstweg 32-24
W-2000 Hamburg 50
☎ (0 40) 39 31 56

CUBA-KONGRESS

Das cubanische Volk hat durch seine Revolution in einem Land der Dritten Welt emormes errreicht, insbesondere bei der Verwirklichung der Menschenrechte auf Nahrung, Gesundheit, Wohnung, Bildung, Ausbildung, Entwicklung, soziale Gerechtigkeit. Es hat darüber hinaus immer wieder seine internationale Solidarität unter Beweis gestellt: seine Ärzte, Lehrer und Techniker arbeiten in anderen Ländern der Dritten Welt, Tausende von strahlengeschädigten Kindern aus Tschernobyl fanden und finden dort medizinische Betreuung. Cuba ist deshalb eine wichtige Referenz für andere Länder der Dritten Welt, gegen die wachsende Verelendung von Dreivierteln der Menschheit in der kapitalistischen One-World.

Doch die Lage in Cuba ist dramatisch. Seit mehr als 30 Jahren erhalten die USA ihre Blockade aufrecht, ja haben sie verschärft. Der Handel mit den bisher weitaus wichtigsten Handelspartnern UdSSR und osteuropäischen Staaten ist fast zum Erleigen gekommen. Die EG verweigert jede Kooperation. Die Bundesregierung führt die Verträge Cuba-DDR nicht weiter. Die Versorgung der Bevölkerung ist daher gefährdet, die Lieferung von Energie und Rohstoffen praktisch zum Erliegen gekommen.

Cuba soll durch wirtschaftliche Strangulierung, bewaffnete Subversion, ja ggf. offene miltärische Intervention wieder in den zentralamerikanischen Hinterhof der USA eingemeindet werden. EG und BRD unterstützen die USA, um Cuba, aufbauend auf der alltäglichen Desinformation fast aller Medien, in einer weltweiten Atmosphäre der Gleichgültigkeit politisch zu isolieren und zum Abschuß freizugeben.

Demgegenüber muß das Recht des cubanischen Volkes auf **Entwicklung** und auf eine **eigene Entwicklung** gegen ökonomische Erpressung ebenso wie gegen eine neue Contra oder gar offene Agression à la Grenada oder Panama verteidigt werden. Internationale Solidarität muß dem cubanischen Volk einen Freiraum zur schöpferischen Fortentwicklung des Erreichten eröffnen.

Dazu wollen wir einen weiteren Schritt beitragen, indem wir Gegenöffentlichkeit gegen die von den Wirtschafts-und Politstrategen in den USA, EG und BRD verhängte Isolation Cubas schaffen durch den Kongreß:

Solidarität mit Cuba!
Schluß mit der Blockade durch USA, EG und BRD!
am Samstag dem 23. Mai 1992, 9.30 Uhr
in Bonn-Bad Godesberg, Stadthalle

Weitere Informationen:
Dr. Dorothee Piermont, MdEP
Bundeshaus, HT 105
W-5300 Bonn 1

SPIELORTE GESUCHT

»Aktionstheater 500 Jahre«

»500 Jahre Kolumbus und die Folgen«, unter diesem Arbeitstitel bereitet unsere AmateurInnen-Theatergruppe eine Collage von Szenen der Conquista und ihren Kontinuitäten vor. Gesucht werden ca. zehn Spielorte (Bühne nicht erforderlich, je nach Wetter auch draußen), an denen wir unsere Theaterarbeit vorführen können, die sich methodisch an Augusto Boal's »Theater der Unterdrückten« anlehnt. Wir sind noch nicht sehr erfahren, aber mit Spaß und Energie am Werk.

Geplant ist eine sechs- bis achtwöchige Rundreise durch die BRD ab Anfang August. Startort ist Regensburg. Wir suchen bevorzugt Gruppen aus kleineren Städten, die Interesse an einer Aufführung haben.

Zur Koordinierung unserer Reiseroute meldet Euch mit Terminvorschlägen möglichst bald unter der unten angegebenen Adresse. Die von Eurer Gruppe zu tragenden Unkosten umfassen lediglich Unterkunft und Verpflegung für 2-3 Tage, sowie ein Unterstützungsbeitrag zur Deckung unserer Tour-Kosten, die Ihr durch Eintritt und/oder Spenden sicher aufbringen könnt.

Christoph Luckhaus
Grunewaldstr. 35 · 1000 Berlin 62

AUBERGINE EG LIQUIDIERT

Management-Buy-Out der anderen Art

Die in Konkurs geführte Modellgenossenschaft Aubergine eG wird von einem ehemaligen hauptverantwortlichen Vorstandsmitglied übernommen.

Burghard Flieger, Redaktion Genossenschaften ● Das ehrgeizige Modellunternehmen für Vollwertverpflegung wurde 1988 in Bonn gegründet, produziert zuletzt über 1.000 Essen und hält Anteile von fast 150 Mitgliedern (vgl. CONTRASTE Nr. 73, S.7). Seine Liquidation im Sommer 1991 ist ein Flurschaden in der Genossenschaftslandschaft: Einige hunderttausend DM verloren, darunter alle Genossenschaftsanteile, Bank- und Privatkredite sowie erhebliche öffentliche Zuschüsse. Kypke, einer der beiden hauptamtlichen Vorstände und mit größter Anteilseigner, wünscht sich im Nachhinein statt genossenschaftlicher Demokratie die bewährte Herrschaft des Kapitals: »Dann wäre nämlich etwas weniger nach Ideologie und Hoffnung, statt dessen mehr nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten entschieden worden«.

Trotz der innovativen Produktidee – müllvermeidende Auslieferung von Vollwertmenues –, des Engagements der MitarbeiterInnen und staatlichen Subvention bahnt sich im Frühjahr 1991 der Konkurs an. Das erste Signal setzt der Revisionsverband. Er unterbricht seine Prüfung, weil die Geschäftsunterlagen – insbesondere die Buchführung – nicht nachvollziehbar sind. Aufsichtsrat und Generalversammlung verkennen den Ernst dieses Warnzeichens. Buchhaltung und Mahnwesen bleiben im Umstand, die Vorstandsverantwortlichen im Amt.

Schon zu diesem Zeitraum signalisiert Mitvorständler Hahne Kaufinteresse. Erst nach Ablehnung des Konkursantrages (mangels Masse) kommt er zum Zug. Den Großteil der sicherheitsübereigneten Anlagegüter übernimmt eine GmbH. In ihrer Geschäftsführung trägt der Ex-Vorständler Hahne Verantwortung. Die aufgebrachte Kaufsumme beträgt nur einen Bruchteil des Wertes, den das Kaufobjekt für ihn darstellt. Im Gegensatz zu einem Fremdkäufer verfügt er über das gesamte Know How, vieles davon erworben im Dienstverhältnis mit der Genossenschaft. Der von vielen Verbindlichkeiten und allen Genossenschaftsmitgliedern entlastete Betrieb verspricht einen guten Start in die privatunternehmerische Zukunft.

Da Unternehmensname und Logo nur leicht verändert werden, spart sich das neue Unternehmen zudem Kosten für Werbung und Markteinführung. Hier liegt der Clou für das andere hauptamtliche Vorstandsmitglied. Das Logo wird nicht verramscht, da es der Aubergine eG gar nicht gehört. Erst in der noch laufenden Abwicklungsphase offenbart Mitliquidator Kypke, daß das Firmenlogo unter seiner persönlichen Verfügungsgewalt steht.

Die beiden vormals genossenschaftlichen Vorstände verfügen nun über Vermögensgegenstände der ehemaligen Genossenschaft und über das Unternehmenskonzept samt Name und Logo. Wen wundert die Abkehr vom genossenschaftlichen Gedankengut? ●

Anzeige

WECHSEL WIRKUNG

Zeitschrift für
TECHNIK NATURWISSENSCHAFT GESELLSCHAFT

WECHSELWIRKUNG berichtet über gesellschaftliche Auswirkungen von Naturwissenschaft und Technik.
WECHSELWIRKUNG analysiert die soziale, politische und ökonomische Funktion von Wissenschaft und Technik und zeigt deren Perspektiven und Alternativen auf.
WECHSELWIRKUNG behandelt politische und gesellschaftliche Themen auch unabhängig von Technik und Naturwissenschaft.
WECHSELWIRKUNG erscheint alle zwei Monate im Buchhandel.

Nr. 54, April 1992

Schwerpunkt: Technikgeschichte
Technik, Gesellschaft,Geschichte ... Technikphilosophie ... Hauptsätze der Thermodynamik mit überschrittenem Verfallsdatum ... Die Anfänge der Müllverbrennung ... Deutsche Auffahrten ... Blick zurück aus der Zukunft

Naturwissenschaft und Technik:
Dioxin - ein facettenreiches Problem ... Göttin Ariane fordert Waldopfer ... Nachwachsende Rohstoffe - ein Beitrag zum Klimaschutz?

Gesellschaft und Politik:
USA: Sozialverträgliche Technikgestaltung - keine wertneutrale Technikfolgenabschätzung

Frauen:
Die Eltern oder der Vater der Relativitätstheorie? - über Mileva Maric-Einstein

Probeheft für DM 2,- in Briefmarken!
Bestellungen an WECHSELWIRKUNG, Mariabrunnstr. 48, D-5100 Aachen

BUCHBESPRECHUNG

Grundlagenwerk des Genossenschaftswesens

Wer sich intensiver mit dem Thema Genossenschaften auseinandersetzt, gleichgültig ob theoretisch oder praktisch, sollte auf ein schon länger erschienene Veröffentlichung nicht verzichten. Es trägt den Titel »Genossenschaftswesen. Hand- und Lehrbuch«. Herausgegeben ist es von den Genossenschaftswissenschaftlern Juhani Laurinkari und Johann Brazda. Als Sammelband verschiedener Autoren wird den LeserInnen »die Vielfalt des internationalen Genossenschaftswesens nähergebracht und ein Überblick über die verschiedenen Denkansätze in der genossenschaftlichen Forschung geboten«, so der selbst formulierte und eingelöste Anspruch.

Tatsächlich sind die meisten deutschen Lehrstühle und -meinungen vertreten, ergänzt durch zahlreiche ausländische Autoren. (Nur zwei Autorinnen sind beteiligt.) Allerdings ist das Thema neue Genossenschaftsen stark vernachlässigt. Von 38 Autoren gehen 5 darauf ein und nur ein Beitrag mit dem Titel »Ansätze zur Entwicklung neuer Genossenschaftsformen in Westeuropa« von Marlene Kück ist dieser Thematik ausschließlich gewidmet. Kritisch anzumerken ist auch, daß ein Überblick über Einführungs- und Standardliteratur zum Genossenschaftswesen und verschiedenen Teilbereichen fehlt – für ein Hand- und Lehrbuch ein erhebliches Manko.

Ansonsten findet mensch fast alles, was er/sie braucht, um sich über die vielen Aufsätze, in genossenschaftsspezifische Inhalte grundlegend einzuarbeiten. Hier einem Werk mit 800 Seiten und 67 Beiträgen auch nur annähernd gerecht zu werden, ist nicht möglich. Die Bemühungen der Herausgeber, so umfassend in einem Buch über das Genossenschaftswesen zu informieren, kann gar nicht positiv genug bewertet werden. Untergliedert ist das Buch in sechs Kapitel:

- Die Genossenschaftsidee
- Die Merkmale von Genossenschaften
- Organisation der Genossenschaft
- Die Stellung von Genossenschaften in verschiedenen Wirtschaftsordnungen
- Internationale Zusammenarbeit
- Das Verhältnis der Genossenschaften zu ihrem Umweltsystem.

Positiv wäre noch ein Schwerpunkt über die Zukunft des Genossenschaftswesens als Ausblick gewesen. ●

Burghard Flieger

Laurinkari, Juhani / Brazda, Johann: Genossenschaftswesen. Hand- und Lehrbuch, München / Wien 1990 (R. Oldenbourg Verlag).

BUNDESWEITES TREFFEN DER ERZEUGER-VERBRAUCHER-GEMEINSCHAFTEN

Zeichen setzen auf dem Ökomarkt

Ihren eigenständigen Weg weiterverfolgen wollen die Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaften. Ein bundesweiter Verein und die Intensivierung der sozialen Kontakte zwischen KonsumentInnen und kleinbäuerlichen Betrieben sollen dabei helfen.

Arthur Grossmann, Redaktion Genossenschaften ● Zu ihrer 10-Jahres-Jubiläums-Versammlung trafen sich am 27.2.92 die EVGs (Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaften) erstmals in einem der neuen Bundesländer. Der Ort des Geschehens, Waren am Muritzsee (Mecklenburg-Vorpommern), hatte seinen besonderen Reiz: Hier haben Bürgerinitiativen noch kurz vor dem Einigungsvertrag die Umwidmung eines riesigen Jagdreviers, in dem einst Hermann Göring und – zuletzt – Willy Stoph wilderten, zum Nationalpark durchsetzen können.

Den VeranstalterInnen von der EVG Rostock ist es zu verdanken, daß uns die Schwierigkeiten dieses dünnbesiedelten Bundeslandes, das historisch immer der extensiven »Tierproduktion« diente, den TeilnehmerInnen anschaulich vor Augen geführt wurden. Von 10.000 meist mit existenziellen Problemen geplagten landwirtschaftlichen Betrieben dieser Region versuchen allein 289 mit zusammen 65.000 ha(!) oder 24% der landwirtschaftlichen Nutzfläche, in den ökologischen Landbau einzusteigen. 17 Betriebe haben inzwischen Verträge mit einem der Öko-Anbauverbände. In schreiendem Gegensatz dazu stehen die kaum vorhandenen Vermarktungsmöglichkeiten. Die erst vor einem Jahr gegründete EVG Rostock bildet mit ihrem winzigen Bioladen eine der wenigen Ausnahmen. In Schwerin und zwei weiteren Orten werden z.Zt. weitere Verkaufsstellen angeschoben.

Wie schon im Vorjahr waren auf dem Treffen überwiegend norddeutsche Initiativen vertreten (Rostock, Bremen, Braunschweig, Gütersloh, Aurich, Bonn, Oelde, Lehrte, Hannover, Berlin). Aus den neuen Bundesländern kamen noch »Ökoherz« aus Thüringen und eine Cottbusser EVG-Initiative. Aus diesem Kreis hat sich inzwischen ein bundesweiter »Erzeuger-Verbraucher-Verein« mit Sitz in Hannover gegründet. Er will in Zukunft auch zwischen den Bundestreffen den Mitgliedern und neuen EVGs mit Beratung und Infos beistehen.

Entwicklung des Öko-Lebensmittelmarktes

Die wachsende Zahl umstellender Betriebe und interessierter Verbraucherinnen stellt die Vermarktung vor Aufgaben, die der traditionelle Naturkosthandel nicht mehr bewältigen kann. Große Unternehmen und Handelsketten haben die Chance erkannt: Die REWE-Läden z.B. werden unter dem neuen »Füllhorn«-Programm echte Naturkost-Produkte zu Preisen anbieten, die 10% unter denen eines durchschnittlichen Bioladens liegen werden. Tengelmann wird mit dem Programm »Naturkind« (betreut vom ehemaligen Berater des Ökorings Niedersachsens K.Thimm) nachziehen, Edeka mit dem »terranova«-Programm. Karstadt hat bereits damit begonnen, nach dem »shop-inshop«-System Naturkost aus kontrolliert biologischem Anbau anzubieten.

In Bezug auf die Qualität hat sich die Position dieser konventionellen Anbieter zunehmend denen der im Bundesverband Naturkost und Naturwaren (BNN) organisierten Großhändler angenähert. Gemeinsame Arbeitsgrundlage wird die neue »Bio-Verordnung« der Europäischen Gemeinschaft über den Ökolandbau und der Kennzeichnung seiner Erzeugnisse. Das »Euro-Siegel«, das von einer flächendeckenden staatlichen Kontrollbehörde verliehen wird, soll auch im Supermarkt der strengen Ausgrenzung von Pseudo-Bio-Produkten dienen. Dieser Anspruch wird freilich nur sehr halbherzig eingelöst, zumal die strengen internationalen IFOAM-Richtlinien für den Ökolandbau in entscheidenden Punkten verwässert wurden. Beispielsweise ist der Einsatz von Chemie und Gift nicht grundsätzlich verboten, sondern nur auf das »unvermeidlich notwendige« beschränkt wie beim sog. »integrierten Landbau«. Auch den im AGÖL-Verband zusammengeschlossenen Anbauverbänden ist anzulasten, daß sie ihre Zersplitterung nicht überwinden und in Zusammenarbeit mit dem BNN ein eigenes Gütesiegel entwickeln. Dagegen wollen 15 regionale Naturkost-Großhändler (Berlin Vertreter: Terra) gemeinsam mit dem Verband der Naturkost-Einzelhändler einen Fachhandel mit höherer Qualität und höheren Beratungsanteilen aufbauen. Arbeitsgrundlage soll die auf den IFOAM-Richtlinien aufbauende »Identifikationsliste für Lebensmittel aus kontrolliert biologischem Anbau« sein.

Exkursion der EVG-VertreterInnen durch ein Landschaftsschutzgebiet mit landwirtschaftlicher Nutzung.

Perspektiven der Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaften

Die Rolle und Perspektive der EVGs in diesem Umbruchprozeß waren Gegenstand der Diskussion. In vielen Beiträgen, gerade auch aus den neuen Bundesländern, wurde gefordert, daß sich die EVGs selber den neuen Dimensionen des Vermarktungsproblems stellen. Sie sollen an Groß- und Normalverbraucherinnen herantreten, ja sogar eigene Supermärkte anpeilen. Andere Stimmen verwiesen auf die geringen Ressourcen der EVGs, auf die Gefahr, daß sie sich mit größeren Projekten schlicht übernehmen oder von ihren Qualitätsansprüchen entfernen. Einigkeit bestand darin, daß die EVGs gerade in einem größer und durchschaubareren Ökomarkt gewisse politische Zeichen setzen können als Selbsthilfeinitiativen kritischer VerbraucherInnen und überwiegend kleinbäuerlicher Betriebe.

In den Anbauverbänden, die zunehmend von größeren Betrieben beherrscht würden, sei dieser soziale Ansatz nicht mehr ausreichend aufgehoben, wie mehrere anwesende Erzeuger betonen. Und wo immer es geht, wollen sich die VerbraucherInnen nicht mit anonymen Gütesiegeln begnügen, sondern den direkten Kontakt zu den ErzeugerInnen suchen. Neben der ökologischen Qualität der Produkte werden sie immer auf die Menschen und die Form der Arbeit schauen, die dahinter stehen. Konsens war auch, daß diejenigen EVGs, die an Nichtmitglieder verkaufen oder gar an völlig neue Dimensionen hineinwachsen wollen, viel für die Fortbildung ihrer MitarbeiterInnen tun müssen, wenn sie ihren eigenen Anforderungen und denen des Marktes genügen wollen. ●

SOMMERSEMINAR

»Alternative Ökonomie«

Das diesjährige Sommerseminar des Theoriearbeitskreis Alternative Ökonomie der AG SPAK findet das erste Mal seit langem wieder in Altenmelle in der Nähe von Bielefeld statt. Termin ist der 25.7. bis 2.8.1992. Informationen über Inhalte und Organisation sind über Andrea Gerth, Löwenstr. 8, W-6800 Mannheim 51 erhältlich. Wer noch eigene Themen einbringen will, sollte sich sofort an die obige Adresse oder
Burghard Flieger · Erwinstr. 29
W-7800 Freiburg,
☎ (07 61) 70 90 23 wenden.

BUCHTIPS FÜR PGHen

Ratgeber für die Umwandlung

Ein wenig spät sind sie alle dran, die Ratgeber für die Umwandlung der Produktionsgenossenschaften des Handwerks. PGHen, deren Umwandlung noch nicht erfolgt ist, sollten allerdings schleunigst darauf zurückgreifen. Ist sie bis Ende 1992 nicht erfolgt, besteht die Gefahr der Zwangsliquidation.

Burghard Flieger, Redaktion Genossenschaften ● »Wer die Wahl hat, hat die .....«, so könnte mensch meinen, wenn er gleich zwischen drei Ratgebern entscheiden soll. Durch die unterschiedlichen Schwerpunkte der vorliegenden Publikationen fällt eine Entscheidung allerdings leicht – sobald Klarheit über das Benötigte besteht.

Schneller Überblick

Knapp und überschaubar sind die »Erläuterungen zur Rechtslage und Hinweise zur Fortführung einer PGH als eingetragene Genossenschaft« mit dem Haupttitel »Produktivgenossenschaften des Handwerks in den neuen Bundesländern«. Autor ist der Rechtsanwalt und genossenschaftliche Verbandsfunktionär Günther Schulte. Vieles wird kurz angerissen. Dazu gehört die Situation der PGH als Unternehmung, ihre rechtliche Stellung, die Verordnungen zur PGH einschließlich ihrer Dokumentation, die Umwandlungsalternativen – vor allem Genossenschaft, GmbH und Aktiengesellschaft –, die Mustersatzung des Deutschen Genossenschafts- und Raiffeisenverbandes, die Situation der Mitglieder als ArbeitnehmerInnen sowie das eigentliche Umwandlungs- einschließlich des Registerverfahrens.

Dies alles ist auf 21 Seiten – großbedruckt – abgehandelt. Entsprechend werden, neben klaren Aussagen und Hinweisen, an einigen Stellen mehr Fragen aufgeworfen als beantwortet – was eine sinnvolle Vorgehensweise sein kann. Es gibt kein Plädoyer für die Genossenschaft, sondern nur der Hinweis, die »Genossenschaft bietet sich an, wenn die MitarbeiterInnen der PGH die Chance sehen, das Unternehmen in kooperativer Form weiterbestehen zu lassen.« Als schneller Überblick eignet sich das Büchlein sicherlich. Ärgerlich ist, daß zwar auf »Mustersatzung für Produktivgenossenschaften des Handwerks« eingegangen wird, ein Abdruck aber nicht erfolgte. Die Mustersatzung kann beim DG-Verlag bestellt werden.

Strukturierte Hilfe zu Umwandlung

Als ausführlicher und didaktisch aufgebaut erweist sich der »Informations- und Beratungsleitfaden« mit dem Untertitel »Umstrukturierung von Produktionsgenossenschaften des Handwerks PGH«. Es ist eine Gemeinschaftsherausgabe vom ifo (Institut für Wirtschaftsforschung) und dem Seminar für Handwerkswesen an der Universität Göttingen. Der Leitfaden wurde im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft in Bonn erstellt. Drei Schwerpunkte liegen dem Buch zugrunde: betriebswirtschaftliche Fragen der PGH-Umstrukturierung, die Wahl der zweckmäßigsten Rechtsform und die Umwandlung einer PGH.

Der erste Teil liest sich wie eine Hilfestellung für Existenzgründer mit dem »kleinen Einmaleins der Marktwirtschaft«. Ob hier nicht unter das Niveau der betroffenen Betriebe gegangen wird, die jahrelange wirtschaftliche Erfahrungen aufweisen? Auch wenn die Aufbereitung sehr gut und anschaulich ist, dürften Betriebe, die die dortigen Ausführungen bisher noch nicht beachtet haben (Ausbau von Geschäftsfeldern, Beobachtung der Konkurrenz, Aufbau einer Lagerhaltung etc.), mittlerweile vom Markt verschwunden sein.

Dagegen ist der ausführliche Vergleich zwischen Genossenschaft und GmbH als potentielle Alternativen positiv zu vermerken. Die Gegenüberstellung kann generell von Unternehmensgründer sinnvoll zur Entscheidung genutzt werden. Verglichen werden vor allem Förderauftrag, Stimmrechte, vermögensmäßige Beteiligung, Zahl der Anteilseigner und Pflichtprüfung. Auch auf Fragen der Gewinnbeteiligung, der Haftung, der Finanzierung und der steuerlichen Behandlung wird eingegangen. Klar das Resumee: »Eine große Zahl von Gesellschaftern ist **nicht** typisch für die GmbH und verursacht entsprechend Probleme.«

Stärke dieser Veröffentlichung ist die klare Strukturierung und Hilfe für das eigentliche Umwandlungsverfahren. Die Anforderungen an die Umwandlungserklärung und die verschiedenen Schritte bei GmbH und eG werden deutlich. Hier kommt einmal mehr die didaktische Vorgehensweise des Buches zur Geltung, indem Hervorhebungen, Empfehlungen, Zusammenfassungen und graphische Aufbereitung eine korrekte Abwicklung erleichtern.

Engagierte Genossenschaftsschrift

Direkter und engagierter als die beiden anderen Schriften setzt sich der »Ratgeber für Handwerks- und Dienstleistungsgenossenschaften« für die Umwandlung in die genossenschaftliche Rechtsform ein. Herausgegeben vom Verein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens wird zudem eine Einordnung der Produktivgenossenschaft in die bundesdeutsche Unternehmenslandschaft gegeben. Der Einsatz für die Genossenschaft und darüberhinausgehende Literaturhinweise heben das Buch von den vorhergenannten ab.

Grundlegende Einführung in die genossenschaftliche Rechtsform, ein Vergleich mit anschaulicher Gegenüberstellung zur GmbH, Rechtsgrundlagen der Umwandlung, ausführliche Erörterung der steuerlichen Bestimmungen einschließlich dem Sonderfall der Rückvergütung machen den pragmatischen Teil des Ratgebers aus. Die Behandlung des eigentlichen Umgründungsvorganges kommt dabei eher zu kurz, während die ausführliche, kommentierte Mustersatzung eine Stärke darstellen. Positiv ist auch, daß die Prüfung als zentraler Bestandteil der genossenschaftlichen Rechtsform mit ihren rechlichen und wirtschaftlichen Schwerpunkten von einem praxiserfahrenen Prüfer erörtert wird. ●

Schulte, Günther: Produktivgenossenschaften des Handwerks in den neuen Bundesländern. Erläuterungen zur Rechtslage und Hinweise zur Fortführung einer PGH als eingetragene Genossenschaft, Wiesbaden 1991 (DG-Verlag).

ifo – Institut für Wirtschaftsforschung, München, und Seminar für Handwerkswesen an der Universität Göttingen (Hg.): Umstrukturierung von Produktionsgenossenschaften des Handwerks PGH. Informations- und Beratungsleitfaden, München/Göttingen 1992 (Kein Verlag).

Verein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens (Hg): Ratgeber für Handwerks- und Dienstleistungsgenossenschaften, Darmstadt 1991 (Verlag für wissenschaftliche Publikationen).

KURZMELDUNGEN AUS DEM GENOSSENSCHAFTSSEKTOR

Wohnungsbaugenossenschaftliche Veröffentlichung

Zwischen Tradition und Innovation

Die Vielfalt genossenschaftlichen Wirkens und Lebens – von der Utopie bis zur Realität – macht ein Buch von Klaus Novy und Barbara von Neumann-Cosel zum Thema. Der Titel »Zwischen Tradition und Innvation. 100 Jahre Berliner Bau- und Wohnungsgenossenschaft von 1892« verdeutlicht den Charakter als Jubiläumsschrift. Darüber hinaus sollen Beispiele für die Suche nach gemeinschaftsorientierten Wohnformen gezeigt werden. Einmal mehr wird klar, daß die Genossenschaft der ideale Trägertypus für wohnreformerische und mitgliederbezogene Ansätze darstellt.

Besonders in der Frühphase ist diese Berliner Genossenschaft mehr als einmal richtungsweisendes Vorbild. In den Nachkriegsjahren liegt ihre Bedeutung weniger in spektakulären Neubauprojekten als eher im Bewahren von genossenschaftlichen Prinzipien wie Bewohnernähe und Solidarität. Das gelebte Erinnern der »Genossen der ersten Stunde« in diesem Buch regt zu anderen Les- und Deutungsarten der Geschichte an. Dies gilt auch für das Bildmaterial, das alltägliche Aneigung und Wohnerfahrung veranschaulicht. Viele »Orginaltöne« und Dokumente dienen der Ergänzung.

Klaus Novy / Barbara von Neumann-Cosel (Hrsg.): Zwischen Innovation und Tradition. 100 Jahre Berliner Bau- und Wohnungsgenossenschaft von 1892, Berlin 1992, ca. DM 48,--.

Genossenschaft für gemeinschaftliches Wohnen

Dokumentation

Über das Projekt Zieblandstraße 45, Genossenschaft für gemeinschaftliches Wohnen i. G. in München liegt eine Dokumentation vor. Sie kann über den WOHNBUND München, Valleystr. 25, 8000 München 70 bezogen werden.

Mietergenossenschaft Gartenstadt-Farmsen

Pachtvertrag unter Dach und Fach

Immerhin sechseinhalb Jahre dauerten die Verhandlungen zwischen der Stadt Hamburg und der »Mietergenossenschaft Gartenstadt-Farmsen«. Nun gehen die 2.553 ehemaligen Neue-Heimat-Wohnungen endlich in die eigenverantwortliche Verwaltung und Bewirtschaft der MieterInnen über. Hamburg kostet dies 110 Mio. DM. Das ist der Kaufpreis, den sie der stadteigenen Wohnungsverwaltungsgesellschaft Nord (WVN) zahlt.

Ursprünglich wollte die Mieterinitiative als Eigentumsgenossenschaft selbst die Wohnungen übernehmen. Erst im Frühjahr 1991 schwenkte sie auf das Modell einer Verwaltungsgenossenschaft um. Von dieser werden die Grundstücke und Häuser auf 30 Jahre gepachtet. Dafür bezahlt die Genossenschaft 25% der Grundmiete an die Finanzverwaltung. Für Verwaltung und Mietausfall sind 12,5% und für die Instandsetzung 62,5% der Gelder kalkuliert.

Das Verwaltungsmodell kommt die Genossenschaftsmitglieder günstiger. Jetzt müssen sie für die im Schnitt 54 Quadratmeter großen Wohnungen maximal 1.000 DM als Anteil einzahlen. Bei einer Übernahme hätte der Betrag beim Siebenfachen gelegen. Ohne die Bereitschaft der Stadt, einmalig 25,5 Mio. DM für den »Instandsetzungsstau« und 1 Mio. für den Verwaltungsaufbau zu zahlen, wäre das Genossenschaftsmodell vermutlich nicht zustandegekommen.

Kleinstgenossenschaften im Sozialwohnungsbau

Probleme mit dem Belegungsrecht

Im Herbst 1992 wollen vier Kleinstgenossenschaften in Hamburg-Ottensen mit dem Bau von fünf Häusern beginnen. »Eigentlich« ist alles klar. Sorgen bereitet »Stadtwohnen«, der größten der vier Genossenschaften, allerdings die sogenannte Belegungsbindung. Nach den Förderrichtlinien der Wohnungsbaukreditanstalt müßte »Stadtwohnen« acht ihrer zwanzig Wohnungen dem Wohnungsamt des Bezirks überantworten. In sie würden Wohnungssuchende untergebracht, die über einen Dringlichkeitsschein verfügen. Diese Bedingung ist Voraussetzung, um Fördermitteln für Sozialwohnungen zu erhalten.

Bis auf einen sind alle GenossInnen von »Stadtwohnen« – 25 Erwachsene und 13 Kinder – zum Bezug von Sozialwohnungen berechtigt. Alle anderen Besserverdienenden stiegen vom Wirrwarr der Förderrichtlinien abgeschreckt aus dem Projekt aus. Eine Mischkalkulation lassen die starren Bestimmungen nicht zu. Durch sie ist faktisch unterbunden, daß Besserverdienende, die Steuervorteile nutzen, mit Schlechterverdienenden, die staatliche Förderungen in Anspruch nehmen, zusammen ein Haus finanzieren.

Daß nun aber auch noch die kleine Genossenschaft, wie große Wohnungsbauunternehmen, den fünfprozentigen Eigenkapitalanteil für zugewiesene Dringlichkeitsfälle aufbringen soll, sprengt auch den jetzigen Ansatz. Immerhin sind dies bei einer Fünfzig-Quadratmeter-Wohnung 25.500 DM. Genauso schwer wiegt auch, daß dann fast in jeder zweiten Wohnung Menschen leben, die kein Interesse an der aufwendigen Selbstverwaltung haben. Der noch nicht entschiedene Kompromißvorschlag der Genossenschaft an die Baubehörde könnte Modellcharakter haben: Bei Erstbezug stellt die Genossenschaft alle MieterInnen, bei Neubelegungen darf das zuständige Amt über vier der Wohnungen verfügen.

Produktionsgenossenschaften des Handwerks

Stand der Umwandlung

Über die Situation der Produktionsgenossenschaften des Handwerks in der ehemaligen DDR liegt ein umfassender Bericht vor. Er geht ausführlich auf den Stand der Umwandlung in anerkannte Rechtsformen einschließlich der eingetragenen Genossenschaften ein. Mit den verschiedenen statistischen Auswertungen und graphischen Darstellungen kann er für 30,-- DM bei Helga Schulze, vdp, Kurt-Weill-Str. 31, 0-4500 Dessau bestellt werden.

Bochumer Bankeinrichtungen

Neue Satzungen verabschiedet

Die Satzungen der GLS Gemeinschaftsbank eG und der Gemeinnützigen Kredit-Garantiegenossenschaft sind im letzten Jahr weitgehend überarbeitet worden. Die von der Vertreterversammlung in Überlingen beschlossenen Änderungen sind jetzt im Genossenschaftsregister eingetragen. Die neuen Satzungen können bei der Gemeinschaftsbank in Bochum, Stuttgart und der Regionalstelle in München angefordert werden.

taz Verlagsgenossenschaft eG

Tageszeitung als eingetragene Genossenschaft

Nach der Ökobank eG. ist nun das zweite große bundesdeutsche »Szeneprojekt« Genossenschaft. Mit der Nummer 94 GnR 480 Nz steht taz nun beim Amtsgericht in Berlin-Charlottenburg im Register. Als Genossenschaft ihrer LeserInnen ist die taz Konsumgenossenschaft und wird entsprechend auch vom Hamburger »Revisionsverband der Konsumgenossenschaften« betreut. Faktisch hat die taz aber durch die sehr ausgefeilte Satzungsgestaltung noch immer produktivgenossenschaftlichen Charakter. Verkomplizierend kommt hinzu, daß die Verlagsgenossenschaft im rechtlichen Sinne als Holding dient. Sie soll das Stammkapital der beiden zentralen Gesellschaften der taz halten, der »taz Verlags- und Vertriebs GmbH« und der »contrapress Satz und Druck GmbH und Co. Neue KG«. Während in der ersteren Redaktion, Anzeigen und Verkaufsgeschäft betrieben wird, sorgt die zweite für die technische Herstellung der Zeitung. Zur Zeit ist die erste Generalversammlung der bis dahin voraussichtlich 2.500 GenossInnen für den 30. Mai 1992 in Berlin geplant.

SEMINAREXPERIMENT DES TAK AÖ

»Die Zukunft der alternativen Ökonomie«

Eine Zukunftswerkstatt, die unterstützt wird mit Techniken aus dem neuro-linguistischen Programmieren.

Die Zukunftswerkstatt ist eine Entwicklungsmethode für das Entwerfen von sozial innovativen Projekten – von Robert Jungk entwickelt. Die Zukunftswerkstatt unterscheidet drei Phasen im Entwicklungsprozeß:

1. Kritikphase:
kritische Bestandsaufnahme der heutigen Situation
2. Phantasiephase
freies Assoziieren über Veränderungsmöglichkeiten losgelöst von der Realität
3. Verwirklichungsphase:
kritische Prüfung der kreativen Ideen in Bezug auf deren Durchsetzbarkeit

Neurolinguistisches Programmieren (NLP) ist eine neuratige Denk- und Kommunikationstechnik, die neue Einsichten in Veränderungsprozesse vermittelt. NLP bietet eine Skala von Techniken, die darauf gerichtet sind, das – effektiv – zu erreichen, was man/frau sich als Ziel setzt (im privaten, beruflichen und gesellschaftlichen Bereich). NLP schärft bzw. verbessert das Bewußtsein für das eigene Vermögen (die eigenen Ziele zu erreichen), die eigene Verantwortlichkeit, die Einzigartigkeit der eigenen Wahrnehmung und der Schlüsselrolle von Kommunikation.

Eine NLP-gestützte Zukunftswerkstatt sieht wie folgt aus:

1. Phantasiephase
Alle Aufmerksamkeit und Kreativität wird gerichtet auf das Entwickeln von Alternativen und Veränderungen/Problemlösungen.
2. Analysephase
Kritische Betrachtung des heutigen Zustandes, wobei Anknüpfungspunkte für die Veränderungsvorschläge gesucht werden.
3. Verwirklichungsphase
Ausgehend von spezifisch formulierten Zielsetzungen wird systematisch an der Umsetzung der Ideen und Vorschläge in realisierbare Pläne gearbeitet.

Der Leitgedanke ist, daß alles, wovon wir ein klares Bild haben und was wir wirklich wollen, erreichen können. Wir haben die Mittel und Möglichkeiten dazu – die Kunst ist es, diese zu aktivieren.

NLP – ein wirkungsvolles Instrument für Gesellschaftsveränderung?

Das Seminar findet vom 27. bis 31.5.1992 (einschließlich Sommerseminarvorbereitung) in der Kommune Kaufungen in der Nähe von Kassel statt. Teilnehmen können maximal 25 Personen. Für Kinderbetreuung ist gesorgt (bei der Anmeldung bitte Zahl und Alter der mitkommenden Kinder angeben). Anmelden könnt ihr Euch bis zum 10.5.92 bei Andrea Gerth, Löwenstr. 8, 6800 Mannheim 51, Tel.(0621) 791 026. Der Teilnahmebeitrag in Höhe von 70 DM ist zur verbindlichen Anmeldung zu überweisen auf das Konto Nr. 135408-671 beim Postgiroamt Ludwigshafen (BLZ 545 100 67). Bei kurzfristigem Rücktritt (eine Woche vorher) erheben wir eine Ausfallgebühr von DM 20,–. Bei »unentschuldigtem Fernbleiben« wird der gesamte Teilnahmebetrag fällig.

DAS VERFLIXTE GELD – 17. FOLGE

Ursachen der Zinsschwankungen

Daß die Schwankungen der Zinsen den konjukturellen vorauslaufen, wurde in den letzten Folgen dieser Reihe durch Vergleiche mit den Arbeitslosen- und Konkursentwicklungen dargelegt. Aber auch fast alle anderen Wirtschaftsindikatoren reagieren auf die Zinssatzveränderungen – entweder »parallel« – wie die vorgenannten – oder gegenläufig.

Helmut Creutz, Redaktion Heidelberg ● Zum Nachvollzug dieser Wechselwirkungen sind in der Darstellung 1 noch einmal wichtige Veränderungsraten der Kapitalmarktzins-Kurve gegenübergestellt, und zwar die jährlichen Veränderungsraten des Bruttosozialproduktes, der Beschäftigten und der Bruttoinvestitionen.

Wie der Vergleich zeigt, reagieren diese Raten gegenläufig zur Veränderung der Zinsen: Immer wenn die Zinsentwicklung ihren Gipfelpunkt erreicht, gehen die Veränderungsraten in den Keller. Dabei stehen die Tiefpunkte der Investitionsraten den Zinsgipfeln oft direkt gegenüber, während die Tiefpunkte der Beschäftigung und des BSP durchweg ein Jahr später zu Buche schlagen. Anhand der senkrechten gestrichelten Verbindungslinien lassen sich diese Beziehungen leicht verfolgen.

Das Fazit dieser Kausalitätenkette: Zinssatzanstiege führen zu steigenden Belastungen in der Wirtschaft und schließlich zum Einbruch der Konjunktur. Die zusammengeschnittenen Zeitungsüberschriften aus der letzten großen Hochzinsphase 1981 bestätigen das nur zu deutlich.

Man sollte nun meinen, daß solche Überschriften, die wir alle zur Genüge gelesen haben, eigentlich nachdenklich machen müßten: Warum nehmen wir es hin, mit einer Einrichtung zu leben, Zins genannt, die in einem solchen Maße unser Wirtschaftsleben belastet und gefährdet? Denn beim Zins handelt es sich ja nicht um irgendwelche unabwendbaren Naturereignisse wie Erdbeben oder Sturmfluten. Der Zins ist vielmehr ein Phänomen unserer Geldordnung, die nicht nur von uns Menschen geschaffen worden, sondern auch durch uns veränderbar ist. Und auch die Schwankungen der Zinssätze, denen wir unsere konjunkturellen Wechselbäder entscheidend »verdanken«, haben keine natürlichen oder übernatürlichen Ursachen, sondern letztendlich immer solche, die wir Menschen zu verantworten haben.

Was läßt die Zinsen schwanken?

Der Zins ist ein Preis für Geld, genauer: der Preis, den derjenige verlangt, der Geld übrig hat und verleiht. Preise werden von Angebot und Nachfrage bestimmt und schwanken mit deren Veränderungen. Der Leihpreis für das Geld (der Zins) wird jedoch nicht von der jeweiligen Knappheit beeinflußt, sondern auch von bestimmten anderen Gegebenheiten oder Erwartungen. Das trifft z.B. auf den Grad des Risikos zu, das mit jedem Ausleihevorgang verbunden ist. Noch entscheidender ist aber der gegebene oder erwartete Kaufkraftverlust des Geldes, den man durch einen entsprechenden Inflationsaufschlag in den geforderten Zinsen auszugleichen versucht.

In der Darstellung 2 ist oben die uns bereits bekannte Kurve der Kapitalmarktzinsen eingetragen, also jener Zinsen, die man für das längerfristige Ausleihen von Geld erhält. Dieser Kapitalmarktzins ist deswegen so wichtig, weil er die langfristige Belastung wiedergibt, die jeder Investor bei seinen Überlegungen berücksichtigen muß. Aber auch derjenige, der mit eigenem Geld ein Unternehmen gründet oder ein Miethaus baut, orientiert sich an diesen Sätzen. Denn er wird diese Investition nur dann tätigen, wenn sie ihm mehr Rendite verspricht als sein Geld ihm am Kapitalmarkt ohne Arbeit und Risiko einbringt.

Im unteren Teil der Darstellung ist die Kurve der Inflationsentwicklung eingetragen, also die Sätze des jeweiligen Kaufkraftverlustes unseres Geldes. Die Differenz zwischen beiden Kurven gibt den realen Zins wieder, also den tatsächlichen Gewinn, den der Geldgeber nach Abzug der Inflation, verbuchen kann.

Wie die sich verändernden Abstände zwischen Kurven zeigen, haben die Schwankungen dieser Realzinsen natürlich auch einen Einfluß auf die zu zahlende Gesamtzinshöhe. Viel entscheidender für die Zinsschwankungen und vor allem die Hochzinsphase aber sind die Veränderungen der Geld-Kaufkraft, also der Inflation. Während man früher diese Inflationsverluste bei seinen Geldzinsforderungen oft vernachlässigte oder erst mit Verspätung darauf reagierte, treiben heute bereits Inflationserwartungen die Zinsen in die Höhe. Diese sensiblere Reaktion der Geldgeber auf die Kaufkraftveränderungen, führt zu einer immer deutlicheren Parallelität zwischen beiden Kurven, wie auch die Grafik erkennen läßt.

Ist der normale oder der nominale Zins entscheidend?

In der Theorie wird im allgemeinen dem realen Zins die größere Wirkung auf das wirtschaftliche Geschehen zugesprochen. Wer jedoch einmal die realen und nominalen Zinsentwicklungen mit dem langfristigen Auf und Ab der Konjunkturen vergleicht, wird feststellen, daß deren Schwankungen mit den Veränderungen der nominellen Zinsen in Verbindung steht. Das haben die hier herangezogenen grafischen Vergleiche bereits deutlich werden lassen.

Für die Überlegungen des Geldverleihers ist zweifellos die Realzinshöhe von entscheidender Bedeutung. Denn sein Profit ergibt sich erst nach Abzug der Inflationshöhe von den erhaltenen nominellen Zinsen. Gewiefte Spekulanten rechnen hier sogar die Steuern ein, die bei Zinseinkünften fällig werden, so daß z.B. die Einführung der Quellensteuer vor zwei Jahren – ja bereits deren Ankündigung – zu einem leichten Zinsauftrieb geführt hat.

Für den Kreditnehmer dagegen ist der Nominalzins entscheidend, denn diesen muß er auf irgendeine Weise erwirtschaften und an den Geldgeber abführen. In einer boomenden Wirtschaft ist es zwar nicht allzuschwer, die inflationsbedingt erhöhten Zinskosten an den Markt weiterzugeben. Bei gesättigten oder gar übersättigten Märkten sind solche Überwälzungen jedoch kaum noch möglich.

Aber nicht nur mit Fremdkapital arbeitende Unternehmen halten sich in Hochzinsphasen mit Investitionen zurück, sondern auch solche, die über genügende Eigenmittel verfügen. Denn einmal sind angesichts der hochzinsbedingten Konjunkturabschwächung die Zukunftsaussichten fraglich. Zum anderen ist es dann rentabler, sein überschüssiges Geld zu verleihen, vor allem an den Staat, der in solchen rezessiven Phasen mit Löchern im Etat zu kämpfen hat.

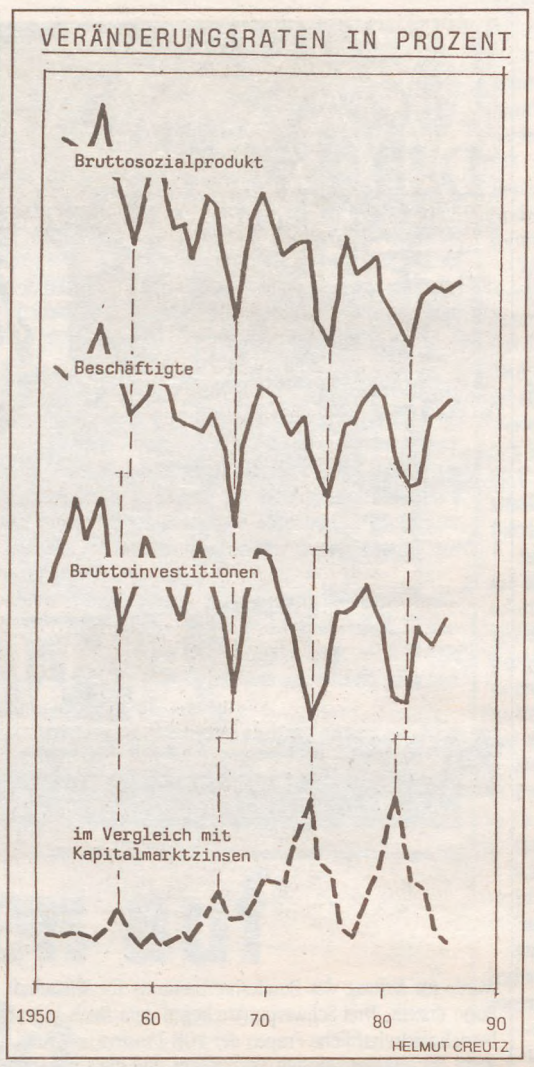
Was sind die Ursachen der Inflationsschwankungen ?

Daß die Zinsschwankungen die Konjunkturzyklen beeinflußen, wurde dargelegt. Ebenso schlüssig ist der Einfluß der Inflationsschwankungen auf die Zyklen der Zinsen. Warum aber schwankt die Inflation und wie kommt sie überhaupt zustande?

Genauer werden wir auf dieses Inflationsphänomen und seine Folgen in einer der nächsten Abhandlungen eingehen. Heute nur soviel: Unter Inflation versteht man einen allgemeinen Anstieg des gesamten Preisniveaus in einer Volkswirtschaft, ausgelöst durch eine Aufblähung der Geldmenge. Das heißt, zu inflationären Entwicklungen kommt es immer dann, wenn mehr Geld gedruckt und in Umlauf gesetzt wird als es der wirtschaftlichen Entwicklung entspricht. Dem Angebot steht dann eine überhöhte Nachfrage gegenüber, was die Preise in die Höhe treibt und den »Wert« des Geldes – seine Kaufkraft – sinken läßt: Für die gleiche Ware oder Leistung muß man mehr Geld als zuvor hergeben.

Die Höhe der Inflation wird in Prozenten ausgedrückt, gemessen an den Preisen des entsprechenden Vorjahres-Zeitraum. Wie aus der Grafik zu entnehmen, schwankte dieser Prozentsatz in dem dargestellten Zeitraum von 1960 bis 1988 zwischen plus sieben und minus ein Prozent.

Betrachten wir nun den Verlauf der Zinskurve, dann hat sich diese in den herangezogenen Jahren zwischen plus sechs und plus elf Prozent bewegt. Wie der Vergleich zwischen beiden Kurven zeigt, steigen die Zinsen zwar mit den Preisen auf und ab, sie fallen jedoch allenfalls einmal kurzfristig unter die



»magische Grenze« von 6 Prozent, jener Höhe, die in der Grafik durch eine waagerechte Linie gekennzeichnet ist. Selbst wenn die Inflation gegen Null heruntergeht, wie 1967/68, oder gar ins Minus, wie 1986, bleibt der Zinssatz an der Sechs-Prozent-Marke hängen.

Mit diesen beschriebenen Tatbeständen, nämlich dem ständigen (und schwankenden) Kaufkraftverlust des Geldes und dem Abstoppen der Zinssenkungsvorgänge an der Sechs-Prozent-Marke, sind die entscheidenden Punkte angesprochen, an denen sich die Fehlstrukturen unserer Geldordnung sichtbar machen lassen. Hier müssen auch die Fehlerkorrekturen ansetzen, mit denen wir uns am Ende dieser Fortsetzungsreihe befassen werden.

Da in der Darstellung 2 noch eine dritte Kurve eingetragen ist, nämlich diejenige der Diskontzinsen, auch hierzu noch einige Anmerkungen:

Der Diskontzins ist einer der sogenannten Leitzinsen, mit denen die Notenbank die Zinsenentwicklung zu beeinflussen sucht, um damit indirekt auf das Geldverhalten der Marktteilnehmer einzuwirken und damit wiederum auf die Geldmenge. Daß ein solcher Umweg zur Steuerung der Geldmenge fragwürdig ist und auch fragwürdige Ergebnisse haben muß, leuchtet ein.

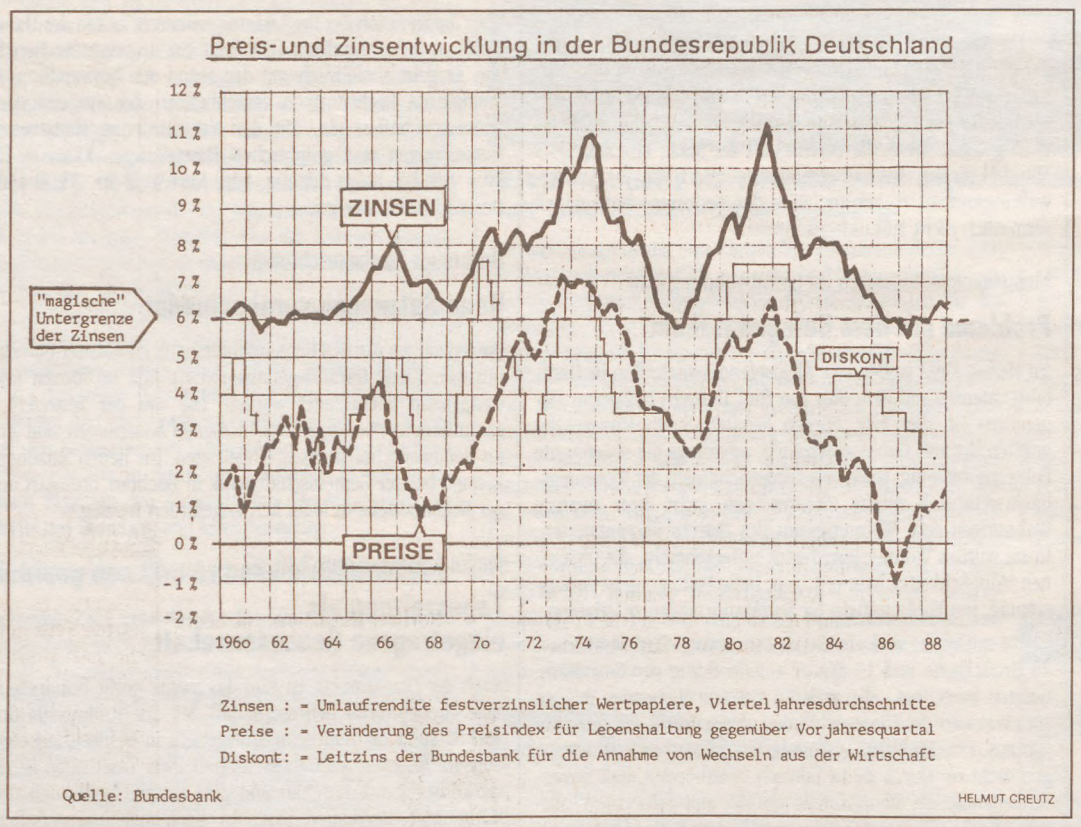
Vergleicht man das »Gebirge« der in Stufen veränderten Leitzinsen, dann wird erkennbar, daß ihre Wirkung auf die Zinsen in der Wirtschaft kaum überzeugend feststellbar ist. Die Bundesbank gibt inzwischen selber zu, daß dieses Mittel der Leitzinsveränderung allenfalls den gegebenen Markttrend etwas verstärken oder abschwächen, aber nicht mehr bestimmen kann. Und diese Einwirkungen beziehen sich wiederum nur auf den sogenannten Geldmarkt, das ist jener Platz, auf dem die Banken untereinander mit Zentralbankgeld handeln.

Daß eine Beeinflussung der Zinssätze in der Wirtschaft immer schwieriger wird, zeigt sich auch an dem Auseinanderdriften der zinsfordernden Geldvermögen und jener geringen Größen, auf die die Notenbanken direkten Einfluß haben. Anders ausgedrückt: Der »Zinshebel« der Notenbanken wird im gleichen Maße unwirksam, wie die Geldvermögen und die daraus resultierenden Kapitalpotentiale schneller anwachsen als die Geldmenge, auf der die Notenbanken alleine – und dazu nur auf indirektem Wege – einen Einfluß haben.

Fassen wir zusammen:

- Die Konjunkturschwankungen werden entscheidend von den Zinsschwankungen bestimmt
- Die Zinsschwankungen sind vor allem die Folge der schwankenden Inflationssätze
- Die schwankenden Inflationssätze sind die Folge mangelhafter Geldmengensteuerung

Mit den letztgenannten Phänomenen werden wir uns in den nächsten Fortsetzungen dieser Reihe gründlich befassen. Denn »Stabiles Geld ist nicht alles, aber ohne stabiles Geld ist alles andere nichts« (Karl Schiller). ●



Forum Recht

Rechtspolitisches Magazin für Uni und soziale Bewegungen!

Erscheint vierteljährlich
Einzelheft:
4,00 + 1,50 Mark Porto
Jahres-Abo: 16,00 Mark

Lieferbare Schwerpunkthefte:
- 1/90: JuristInnenausbildung
- 2/90: „Deutschropa"
- 3/90: Arbeitsrecht
- 4/90: Gen-/Repro-Technol.
- 1/91: Zensur
- 2/91: Kriegsrecht
- 3/91: AusländerInnenrecht
- 4/91: Verfassungsdebatte
- 1/92: Kriminal(isier.)politik
- 2/92: Mit Recht gg. Rechts?
- 3/92: Rechtstheorie
- 4/92: Europa

Probe-Abo
(ohne Verlängerung):
3 Hefte für 10 Mark
Schein oder Scheck an:

RECHT & BILLIG VERLAG
Falkstr. 13
4800 Bielefeld 1
☎ (0521) 6 76 96

JOBS

Laborkollektiv im Aufbau sucht **BiologInnen, ChemikerInnen** etc., die Lust auf Ökotoxikologie und chem. Analytik haben.
LAUS GmbH i.Gr.
Mandelring 47
6730 Neustadt/Wstr.
☎ (0 63 21) 3 53 15
Mitglied im Verein WESPE e.V.

Selbstverwaltete Druckerei in Essen sucht für mehrfarbige Qualitätsarbeiten an Heidelberger MOZ **1 DruckerIn**.
In einem angenehmen Arbeitsklima arbeiten wir 37,5h die Woche, aber auch über die Möglichkeit von Teilzeitarbeit läßt sich reden. Wir zahlen uns ein Bruttogehalt von 3.200 DM (Vollzeit), ein 13. Monatsgehalt und die Fahrtkosten, dazu täglichen Mittagstisch. Bei evtl. notwendigen Ortswechsel kann bei der Wohnungssuche geholfen werden.
Ruf doch mal an:
☎ (02 01) 32 26 48 bzw. 32 86 51
oder schreibe an Stattwerk e.G.
Hilgerstr. 8
W-4300 Essen 1.

Selbstverwalteter Betrieb sucht
Offsetdrucker/in
für GTO 1-Farben oder MILLER 2-Farben.
Wir wünschen uns Berufserfahrung
evtl. ist auch eine Umschulung möglich.
RESET GmbH
Telefon 040/43 24 25

Selbstverwalteter Produktionsbetrieb für thermische Solaranlagen sucht engagierte/n SachbearbeiterIn für

- **Buchhaltung**
- **Versand- und Tourendisposition**
- **Materialdisposition**

sowie
- **1 KonstrukteurIn**
- **1 BetriebswirtIn**

Wir arbeiten als Kollektiv mit Einheitslohn und suchen Menschen mit entsprechenden Qualifikationen oder Erfahrungen, mit guten Nerven und Eigeninitiative. Bewerbungen bitte an:

SOLVIS ENERGIESYSTEME GMBH
Marienberger Straße 1
3300 Braunschweig

JOBSUCHE

Energietechnik, Heizungen, Maschinenbau. Praktikantenstelle gesucht. Ich studiere Maschinenbau, habe gute theoretische Kenntnisse, Erfahrung mit EDV, bin handwerklich geschickt.
Rüdiger Bienstadt
Niederramstädterstr. 21
W-6109 Mühltal 2
☎ (0 61 51) 14 55 52
oder (0 61 23) 7 21 98

Dipl.-Ing. Maschinenbau, 34, sucht Arbeit in einem selbstverwalteten Betrieb, der in Umweltschutz (insbes. Fahrräder) oder im entwicklungspolitischen Bereich tätig ist. Kein Führerschein, dafür viel politische und Berufserfahrung vorhanden.
Michael Müller
Dasselstr. 33
W-5000 Köln 1
☎ (0221) 24 27 50

Betriebswirt (St. gepr.), 27 Jahre, z. Zt. im Personalbereich tätig, sucht neuen interessanten Wirkungskreis im selbstverwalteten Bereich (Raum Südhessen).
Chiffre: 92-1503

JOBSUCHE

Tischler sucht Zivistelle. Am besten in Teamarbeit!
Tim Wehmeyer
Westerschauer Weg 22
W-2331 Barkelsby
☎ (0 43 51) 8 69 07

Gestreßter **Herstellungsleiter Fachverlag** »hat die Nase voll«, sucht neue Tätigkeit mit mehr Sinn in Verlag, Druckerei, Papierverarbeitungsbetrieb oder auch in kultureller, sozialer Institution im Großraum Stuttgart.
☎ (07 11) 640 67 44 ab 21 Uhr oder Wochenende.

Schreinermeister möchte umsteigen: Ich suche Arbeits- (und Einstiegs-)möglichkeit im Schreinerkollektiv oder Ausbildungsprojekt im Ruhrgebiet.
Otto Hänsler
Karlsruher Str. 129a
4330 Mülheim
☎ (02 08) 5 03 32

PROJEKTE

Nosatisfaction! Familie (w26 Dipl. päd. Bio/Chemie, m26 Heilerziehungspfleger, m4, m2) sucht Einstieg in Projekt (ökol., päd.) oder auch ganz anders.
Anke & Wolfgang Stiens
Hohenevxlebener Str. 38a
O-8250 Staßfurt

Ökologisches Wohn-, Arbeits- und Seminarhausprojekt im Südschwarzwald sucht **Einsteiger der ersten Stunde.** Wir haben an traumhafter, etwas abgelegener Lage ein ausbaufähiges Objekt an der Leine mit viel Raum für eigene Ideen. Wir wünschen uns * **Bereitschaft zum Zusammenleben * Engagement für's Ganze * Offenheit für pers. Wachstum * Interesse an ökologischen Themen**, ferner jobmäßige Selbständigkeit und etwas Kleingeld, besser noch Großgeld.
Mehr erfährst Du von JuMu unter ☎ (07 61) 401 41 11 tags oder (07 61) 6 63 15 abends.

Suche Platz zu Leben. Günstig! Hütte oder Platz für Hütte/Bauwagen/Tipi in Natur. Auch Lebensgemeinschaft.
Sandra Ihle
Alsfelderstr. 23
W-3579 Schrecksbach

Wer hat Lust, mit uns aus einem alten Resthof im Wendland mehr zu machen? Hausausbau, Garten, Tierhaltung, ... lernen, gemeinsam zu leben und arbeiten, langsam zusammenwachsen. Wir sind Luise (31), Frank (24) und ab Sommer ein Baby.
Frank Freudenthal
Klein Sachau 6b
W-3132 Clenze
☎ (0 58 44) 18 22

KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen **5 DM** (jede weitere Zeile 1 DM)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen **30 DM** (jede weitere Zeile 5 DM)
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 9 DM
Bezahlt werden kann mit Scheck,Geldscheinen,nicht mit Briefmarken und nicht mit Bankeinzug. **Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein.** Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag.
Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb!
Ausnahme: Bestellwert ab 50 DM.
Da gibt's nämlich ne Rechnung.
Termin: jeweils zum **15. des Monats**

Einsenden an:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1

SCHNIPSEL

Wir haben das komplette Lieferprogramm!

Schreibwaren und Geschenkartikel aus vup-Umweltschutzpapier.

Briefumschläge - Versandtaschen - Briefpapier - selbstklebende Etiketten - Computerpapier - Schreibunterlagen - Papiertragetaschen - Schreibgeräte - Kalender - Formulardrucke - Geschenkpapier - . . . und vieles mehr

Katalog anfordern (3.- DM in Briefmarken) und staunen!

blätterwald e.G.
Vertrieb von umweltfreundlichen Produkten
Groß- und Einzelhandel

blätterwald
Weilstr. 2
6292 Weilmünster
☎ (06472) 70 31-34
Fax: (06472) 27 98

LESERBRIEFE

Abschließende Stellungnahme zu unserer Artikelserie »Auf der Suche nach alternativen Geldanlagen« / Zu dem Leserbrief von Harald Deerberg in CONTRASTE Nr. 91/1992: Fairsichern – fair schreiben?

»Polemik – nein danke!«, dachte ich, nachdem ich den Brief von Harald Deerberg in der letzten CONTRASTE gelesen habe. Fair war es nicht, was der Fairsicherer Deerberg da über unseren Artikel äußerte. Haben wir den Verbund der Fairsicherungsläden mit unserem überwiegend positiven Urteil so tief getroffen, daß eine derart unsachliche Reaktion nötig war?

Ich bin schon etwas beleidigt, wenn mir vorgeworfen wird, daß sich der Inhalt der Schreiben, die der Verbund mir schickte, »im Artikel leider nicht im geringsten niederschlug«. Sogar wörtlich habe ich aus den Schreiben zitiert! Und wie man uns unterstellen kann, wir wollten die Beratungspraxis der Fairsicherer »diffamieren«, wenn wir loben, daß kurzfristige Versicherungsverträge auf Wunsch der Kundinnen und Kunden angeboten werden, das weiß nur Harald Deerberg. Dieselbe unangemessene Empfindlichkeit wird sichtbar, wenn er unsere Schilderung über die Beratung in den Fairsicherungsbüros als Abwertung auffaßt. Die Beratung von Kundinnen und Kunden in Büros, die nach einer Terminabsprache erfolgt, zu kritisieren, ist in der Tat »lächerlich«, wie Harald Deerberg meint – nur daß diese Kritik nicht von uns stammt, sondern seine freie Erfindung ist. Einen Popanz aufzubauen, um abschließend auf ihn einzuschlagen, scheint uns kein guter Argumentationsstil zu sein. In der Tat hat sich der Vertriebsstil der Fairsicherer dem anderer VersicherungsmaklerInnen und -vertreterInnen angenähert. Hatten sie zunächst sogenannte »Läden«, die jede(r) ohne Anmeldung besuchen konnte, nahmen sie später als zusätzliche Vertriebsformen Büros und Besuche bei Kunden und Kundinnen hinzu, um besser beraten zu können. Diese Vertriebsformen gibt es auch bei MaklerInnen und VertreterInnen im Versicherungsgewerbe. Selbstverständlich sind Fairsicherer trotzdem nicht mit VertreterInnen gleichzusetzen, die von Tür zu Tür gehen, um Versicherungen wie Staubsauger oder Lexika zu vertreiben – doch wer behauptet das? In unserem Artikel steht so etwas nicht!

Heftig verwahrt Deerberg sich gegen unsere Zweifel, ob die Fairsicherer immer in der Lage sind, Versicherungsverträge zu vermitteln, ohne die Versicherungsprovision im Auge zu haben. Es müßten Götter sein, die immer nur an die Interessen anderer (der Kundinnen und Kunden) dächten und nie an die eigenen (die Provision). Der Hinweis, daß Maklerbetriebe durch Gesetz dem Wohl ihrer Kunden und Kundinnen verpflichtet seien, nutzt wenig. Wer kann gerichtlich prüfen, ob das Gesetz in jedem Fall eingehalten wird? Gesetzliche Bestimmungen dieser Art sind in der Praxis meist nur Leerformeln. Dasselbe gilt von ähnlichen Regelungen in Unternehmensstatuten wie denen des Verbundes der Fairsicherungsläden. Was steht darin nicht alles vom Wohl der Allgemeinheit und dergleichen hehren Zielen. Würde nur die Hälfte davon konsequent verwirklicht, bräuchte sich heute niemand über alternatives Wirtschaften Gedanken machen. Leider gilt auch hier immer noch: Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser. Ob faire oder unfaire Versicherer: Nur die Kontrolle durch aufgeklärte Kundinnen und Kunden stellt sicher, daß Versicherer im Sinne der Konsumenten und Konsumentinnen handeln.

Im übrigen: Die Zweifel an den (auch von uns geschätzten) Grundsätzen der Fairsicherer sind nicht nur uns gekommen. Wir haben in unserem Artikel lediglich sinngemäß aus dem Schreiben des Verbundes der Fairsicherungsläden an mich vom 24.4.1991 zitiert. Dort heißt es wörtlich: »Es ist sicherlich nicht auszuschließen, daß auch mal ein Mitglied (des Verbundes) sich von Provisionsinteressen leiten läßt.« Und an anderer Stelle: »Gerade im Massengeschäft ... gibt es sicher noch Versicherer, die ein wenig günstiger sind als unsere Angebote.«

Viel Erfolg den Fairsicherern und ihrer Idee, das Verhältnis zwischen Anbietern und Nachfragern von Fairniß bestimmen zu lassen. Diesem Ziel sollte auch unser siebenteiliger Marktreport in CONTRASTE dienen.
Mit freundlichen Grüßen
Arnd Kluge

Hallöchen, liebe CONTRASTE-Leute,
Ihr seid verantwortlich, jawohl: VERANT-WORT-LICH!!!
Ich ziehe nämlich um und zwar in ein Projekt, das Ihr mal vorgestellt habt. Ab Mai (wenn möglich auch auf die Mai-Ausgabe bezogen) habe ich folgende Adresse ... Im Voraus vielen Dank für die nächsten CONTRASTE, wie auch für die bisherigen – ich find se echt gut, wenn's auch für meinen Geschmack langsam zu viel Computerkram wird. Naja, is wohl der Zahn der Zeit...
Norbert Hermanns, Nürnberg

IMPRESSUM

CONTRASTE
Monatszeitung für Selbstverwaltung
erscheint 11mal im Jahr.
ISSN 0178-5737
Herausgeber ist CONTRASTE,
Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
6900 Heidelberg 1
☎ (06221) 16 24 67
CONTRASTE wird von ca. 40 MacherInnen geschrieben, zusammengestellt, redigiert, gesetzt, gedruckt... und was alles zum Herausgeben dazugehört.

Die Informationen fliessen zusammen über die Regional- und Fachredaktionen. Endredaktion, Herstellung, Vertrieb und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg.

Wer einen Beitrag in CONTRASTE veröffentlichen will, schickt ihn an die Heidelberger Endredaktion.

In Heidelberg sitzt die Stammbelegschaft, während in den Regional- und Fachredaktionen ausschließlich ehrenamtliche Leute am Werke sind.

Vertriebs-, Abonnenten- oder sonstige Beschwerden bitte auch in Heidelberg vorbringen.

Alle an einer aktiven Mitarbeit Interessierten können dies im Heidelberger Büro kundtun und erhalten dann regelmäßig die internen Redaktionsrundbriefe und Einladungen zu den viermal jährlich stattfindenden Redaktionstreffen.

Redaktionen :
1000 Berlin 36, Helmut Bonn, Sebastianstr. 87, ☎ (030) 615 15 64; 3400 Göttingen, Thomas Hardwig, Geiststr. 10/1, ☎ (0551) 5 10 35; 4700 Hamm, Redaktion Ruhrgebiet, c/o Chaos-Zentrum Hamm, Götz Paschen, Postfach 18 44, ☎(02381) 1 36 69; 6900 Heidelberg 1, CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, ☎ (06221) 18 34 02; 7053 Stetten, Redaktion Südwest, Andreas Küstermann, Mercedesstr. 8, ☎ (07151) 4 55 25 o. 4 15 76, Fax: 47536; 8500 Nürnberg, Kurt Regenauer, Imhoffstr. 22, ☎ (0911) 26 77 68; O-4500 Dessau, Peter Schneider, Kurt-Weill-Str. 31, ☎ (0347) 37 93 (auch Fax); O-8060 Dresden, Rothenburger Str. 43, ☎ (0351) 57 09 14 (auch Fax) Niederlande, 1019AT Amsterdam, Waldemar Schindowski, ID-Archiv, ISSG, Cruquisweg 31, ☎ (003120) 668 58 66
Fachredaktionen :
Autonome Frauenseite: 1000 Berlin 44, REA, Ricarda Buch, Hermannstr. 229, ☎ (030) 621 88 62 · Fax: (030) 621 86 40; Alternative Energie/Technik: 1000 Berlin 36, Wüseltronik, Christian Sauer, Paul-Lincke-Ufer 41, ☎ (030) 618 50 71 · Fax (030) 618 50 75; Grafische Betriebe: 1000 Berlin 36, Constantin Bartning, Paul-Lincke-Ufer 44a, ☎ (030) 611 68 03; Kultur: 7400 Tübingen, Eckhard Holler, Herrenbergstr.15, ☎ (07071) 4 33 41; Genossenschaften, Ökobank: 7800 Freiburg, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ (0761) 70 90 23; Sozialpolitik: 8000 München 2, AG SPAK, Heinz Schulze, Adlzreiterstr. 23, ☎ (089) 77 40 77; Kommunen: 6445 Alheim-Oberellenbach, Riedmühle e.V., Oberer Erlenbach 9, ☎ (05664) 70 28; Naturkost: 4500 Osnabrück, Herrmann Cropp, Postfach 1641, ☎ (05402) 73 73; Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften: 1000 Berlin 19, Elisabeth Voß, Friedbergstr. 1, ☎ (030) 323 75 10
V.I.S.D.P.: Dieter Poschen, über CONTRASTE e.V., Gaisbergstr. 97, 6900 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die Autor/in die Verantwortung.
Eigenverlag; alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Dieter Poschen, c/o CONTRASTE e.V., ☎(06221) 18 34 02; Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2/86
Herstellung:
Zündsatz GbR, Gaisbergstr. 97, 6900 Heidelberg 1;
Satz: Ganzseitenumbruch auf TEXTLINE-PDP 5.0
Ausgabe: Monotype-Lasercomp
Druck: Caro-Druck, Mainzer Landstr. 147, 6000 Ffm 1

Endredaktion:
☎ (06221) 18 34 02
Vertrieb:
☎ (06221) 16 24 67
Telefax:
☎ (06221) 16 44 89

SALVADOR Solidarität bleibt unsere Waffe

UNTERSTÜTZT DIE FMLN
Die Spendenkampagne geht weiter!
Neues Konto: BfG Heidelberg, Kto-Nr. 1088 787 700 (BLZ 672 101 11)
Informationsstelle El Salvador e.V., Heerstr.205, 5300 Bonn 1
Tel.: 0228 - 694562; Fax: 631226

Wir suchen
freie Mitarbeiter/Innen

Wir sind eine Initiative, die es sich zur Aufgabe gemacht hat **Fälschungen** jeder Art zu archivieren und sie dem ID-Archiv in Amsterdam zur Verfügung zu stellen. Dort sind dann unter den Stichworten **Fälschung**, Spaßguerillia, subversive Medienkritik (...) die gesammelten Plagiate für alle einsichtig. Aber vorsichtig! **Fälschen** steckt an und kann sich schnell verbreiten. Es soll daher eine Literaturliste geben mit Tips, Tricks & Theorie, um nichts **falsch** zu machen.
Eine Wanderausstellung mit den schönsten **Fälschungen** ist in Planung und vielleicht bald in eurer Stadt zu sehen.
Angesprochen fühlen sollen sich nicht nur Leute, die in ihrem Leben schon einiges falsch gemacht haben, sondern auch die verwirrten Leser, die "Opfer" dieser **Fälschungen**. Auch von Symphatisanten, die irgendwo eine solche Fälschung in die Finger bekommen haben, wünschen wir uns Mitarbeit.

Schickt uns also keinen tabellarischen Lebenslauf, sondern von jeder Fälschung 3 Exemplare oder Kopien vom Feinsten und Zeitungsartikel über die Aktion.

G. Fälscht
Archiv für ungewöhnliche Maßnahmen
-Eine Initiative für's ID-Archiv-
c/o ID, Postfach 104522 D-2800 Bremen 1

blätter des iz3w
informationszentrum dritte welt-iz3w

- Seit über zwanzig Jahren kontinuierliche Berichterstattung über die Länder der Dritten Welt, Entwicklungspolitik, Solidaritätsbewegung, Kampagnen, Ausländerpolitik...
- Nachrichten und Analysen zu Politik, Wirtschaft, Kultur, Rüstung...
- Gemacht von einer unabhängigen Gruppe kritischer und engagierter Leute

Themenschwerpunkte der letzten Hefte:
- Afrika im Aufbruch (Nr. 176)
- Transnationale Konzerne (Nr. 177)
- Nationalismus (Nr. 178)
- Tourismus und Menschenrechte (Nr.179)
- **Neu:** Kolonialismus III (Nr. 180, März '92)
- ECO/UNCED (Nr. 181, Mai '92)

8 mal im Jahr für 48 Mark
Einzelheft 6 DM + 1,80 Porto
Materialliste anfordern!
Bezug: iz3w, Postfach 5328, 7800 Freiburg

SAX
Ganz Dresden für 2,50 DM
Wir wissen **vorher**, was passiert
Vom Ersten bis zum Letzten, **das volle Programm**
Mehr als 1500 **Termine** über 700 **Adressen**
Jede Menge kostenlose **Kleinanzeigen**
Alles, was passiert in **Kultur und Politik**
Das Dresdner Stadtmagazin · Wiener Str. 41 · 8020 Dresden · Tel. 4 64 02 58

ZUM SCHLUSS...

passierte es. Beim layouten des letzten Teils der Serie »Auf der Suche nach alternativen Geldanlagen« schnitten wir am letzten Absatz den Schluß ab. Hier der letzte Absatz vollständig:
Alle Strategien dürften zu stärkerer Unternehmenskonzentration führen. Ob diese nach dem Vorbild der Genossenschaftsbanken durch Fusionen selbständiger Unternehmen durchgeführt werden, die zu Zweigstellen eines größeren, zentral und hierarchisch geführten Unternehmens werden, ist abzuwarten. Es braucht erhebliche Anstrengungen, um trotz wirtschaftlicher und rechtlicher Einschränkungen und trotz der Konzentration Wege zu finden, die die Mitspracherechte der Basis nicht zu sehr beschneiden. Eine Möglichkeit ist die Ausgliederung von Geschäftsbereichen in selbständige Institutionen, die nur locker mit ihrem »Mutterunternehmen« verbunden sind (Vorbild: Paritätische Geldberatung in Verbindung mit der Bank für Sozialwirtschaft), eine andere die Schaffung von Ausschüssen, in denen auch Personen sitzen, die nicht dem »Mutterunternehmen« angehören (Vorbild: Kreditvergabeausschüsse der Ökobank). Eher nach herkömmlichem Muster wäre es, Tochtergesellschaften oder Filialen zu gründen, diesen aber relativ große Freiheiten in der Geschäftsführung zu lassen. Man darf gespannt sein, ob es den Institutionen alternativer Anlagen und Finanzierungen gelingen wird, trotz Verbreiterung ihres Geschäfts keine Verflachung zu erleiden. ●

INTERNATIONALER KONGRESS

Gegen den »Weltwirtschaftsgipfel«

Der Sprecherrat und verschiedene Fachschaften der Uni München veranstalten in Zusammenarbeit mit einem bundesweiten UnterstützerInnenkreis vom 3. bis 5.7.1992 einen internationalen Kongreß gegen den WWG in München.

Der Kongreß soll zu 7 thematischen Schwerpunkten arbeiten:
Forum mit Arbeitsgruppen:
1. 500 Jahre Kolonialismus und Widerstand
   Demokratie und Menschenrechte
2. Migration / Rassismus
3. Ökologie
4. Osteuropa
5. HERRschaftssicherung
6. Weltwirtschaft
7. Autonomes Frauenforum

Die Vorbereitung der einzelnen Foren im UnterstützerInnenkreis liegt teilweise noch ziemlich im Argen. **Deshalb die eindringliche Aufforderung** an alle, die ein Interesse an der inhaltlichen Gestaltung des Kongresses haben: wendet Euch an die Anti-WWG-Koordination, Holzstr. 2, W-8000 München 5, Tel. (089) 26 81 23 oder an das AWI 1992, c/o »3. Welt«-Haus, Westerbach Str. 40, 6000 Frankfurt/Main 90. Dort könnt Ihr die Telefonnummern der Kontaktpersonen der einzelnen Foren erfragen.

Von zwei Foren liegen vorläufige Konzepte vor:

Migration / Rassismus
AG: Bevölkerungspolitik · Rassismus · Kontinuität des Faschismus
AG: Offene Grenzen und EG-Flucht: Ursachendiskussion
AG: Nationalismus und Rassismus
AG: Rassismus als Ideologie
AG: Rassismus und Sexismus
AG: Perspektiven, Strategien, Utopien – Widerstandsformen von MigrantInnen und Flüchtlingen – Wie kann unsere Solidarität mit ihnen aussehen? – Offene Grenzen oder wie können wir Löcher in die Festung Europa schlagen?

Bei einem zweiten Vorbereitungstreffen tauchte die letzte AG, in der es ja um Veränderungen geht, plötzlich nicht mehr auf. Sorgen wir dafür, daß sie wieder reinkommt!

500 Jahre Kolonialismus und Widerstand / Demokratie und Menschenrechte in der »Neuen Weltordnung«

Ursprünglich war dies als zwei Foren überlegt – aus Kapazitätsgründen wurden sie zusammengelegt.

AG: Das Weltsystem und der Widerstand der Indigenas, des Schwarzen- und des Volkswiderstandes
a) **Noam Chomsky**, USA über: Analyse der »neuen Weltordnung«, Geschichte und Gegenwart
b) **Rigoberta Menchu**, Guatemala, Vertreterin des kontinentalen Indigena-Zusammenschlusses, zum Thema: 500 Jahre Unterdrückung und der Befreiungskampf der indigenen Völker Mittel- und Südamerikas.
c) **Frank Dreaver**, Kanada, Mitglied des kanadischen »Leonard Peltier Defense Comitee«, über den aktuellen Widerstand der nordamerikanischen Indigenas gegen Entmündigung, Entrechtung und Ausrottung in den USA und Kanada.
d) **Dhoruba Bin-Wahad**, USA, ehemaliges Mitglied der Black Panther, Selbstorganisierung in den schwarzen Getthos.

AG: Die Menschenrechte in der »Neuen Weltordnung«
a) **Lew Gurwitz**, USA, Rechtsanwalt von Leonard Peltier und Mitarbeiter in der »FREEDOM NOW«-Kampagne; Zur Lage der politischen Gefangenen in den USA und zur Situation von Leonard Peltier, dessen Freilassung eine der zentralen Forderungen der kontinentalen Mobilisierung gegen das »500 Centario« ist.
b) **Vertreterin einer Menschenrechtsbasisgruppe auf den Philippinen**; Menschenrechtsverletzungen unter der Aquino-Regierung.
c) **Ehemalige Gefangene aus der BRD**; über Menschenrechtsverletzungen (»Weiße Folter«) in den Knästen und zu den Haftbedingungen.
d) **Ehemalige Gefangene aus der Türkei;**

AG: Befreiungskämpfe in der »Neuen Weltordnung« – Erfahrungen, Perspektiven, Grenzen.
a) **Ana Guadelupe Martinez**, Mitglied der FMLN in El Salvador, Demokratisierung am Beispiel der Friedensverhandlungen.
b) **Sephat Ephrem**, Mitglied der EPLF, Eritrea; Demokratische Programmatik und Vorstellungen einer Befreiungsbewegung in Afrika nach ihrem Sieg.
c) **Mitglied eines Stadtkomitees** oder der Frauenorganisation aus Kuba; Kuba zwischen Einkreisung und Selbstbehauptung.
d) **Mitglied aus der kurdischen Befreiungsbewegung**. Nationale Befreiung und Volksaufstand in einem NATO-Land.

AG: Menschenrechte / Demokratie /Selbstbestimmung – Herrschaftslegitimation oder Kampfbegriffe von unten? – Erfahrungen und Diskussionen.
a) **Luis Rosario**, MLN-Tupamaros, Uruguay. Demokratische Lösungen und soziale Selbstorganisation von unten am Beispiel der Frente Amplio/MLN-Tupamaros.
b) **Aicha Ouaret**, Algerien; Demokratie und Menschenrechte als Rechtfertigung für den Krieg am Golf.
c) **Mitglied aus der baskischen Unabhängigkeitsbewegung**: Nationale Befreiung in EG-Europa?

CONTRASTE

JETZT ABONNIEREN: Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 60,— DM bzw. 560 ÖSh (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird.

Name:

Adresse:

Gruppe/Betrieb/Beruf:

Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)

— Einzugsermächtigung: Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber:

Geldinstitut:

Konto-Nr.: BLZ:

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie **schriftlich** widerrufe.

Datum: Unterschrift:

— Gegen Rechnung. Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto !

— Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.

Diese Bestellung kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum: Unterschrift:

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1, einsenden.

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

UMDENKEN HAMBURG

Öffentlichkeitsarbeit praktisch
Die Presseerklärung
Do-Fr 4.-5.6.92, 150 DM
Lebenszeit – Arbeitszeit – Freizeit
Ach, Du liebe Zeit!
23.-24.5.92, 60 DM
Kommunikationstrainig I
Ich trau mich!
Mo/Di 18.-19.5.92, 150 DM

umdenken
– Politisches Bildungswerk
Max-Brauer-Allee 116
W-2000 Hamburg 50
☎ (0 40) 389 52 70
Nähere Informationen schicken wir gerne zu – Anruf genügt!

RAT & PLAN

Wie organisiere ich mich selbst?
Ziel- und Zeitplanung
Gebühr: 159 DM zzgl. 14% MWSt.
Termin: 20.5.92, 18 Uhr
Schreibtischordnung
Organisieren Sie Ihren Arbeitsplatz
Gebühr: 159 DM zzgl. 14% MWSt.
Termin: 13.5.92, 18 Uhr
»DOS« kann es nicht gewesen sein ...
PC-Anwendung im Betrieb
Gebühr: 443 DM zzgl. 14% MWSt.
Termin: 22.5.92, 18 bis 21 Uhr
und 23.5.92, 9 bis 18 Uhr
Information & Anmeldung:
Rat & Plan
Betriebsberatungs GbR
Eimsbütteler Str. 16
W-2000 Hamburg 50
☎ (040) 439 91 22
Fax (040) 430 21 40

AG SPAK

Dialog sozialpolitischer Initiativgruppen aus Ost und West
vom 25. bis 28. Juni 1992
in Wasserburg/Bodensee
»Die Vergangenheit ist nicht tot. Sie ist nicht einmal vergangen.« (Christa Wolf)
In zahlreichen Gesprächen fallen immer wieder die unterschiedlichen Gedanken und Gefühle von Menschen aus den »fünf neuen Bundesländern« und den »alten Bundesländern« auf.
Insbesondere die Unterschiede im Mann/Frau-Verhältnis oder beim Umgang der Arbeitslosentreffs mit den Arbeitsämtern oder von Projekten mit den Verwaltungen. Im Westen ist es (oft genug) der Gegner – im Osten (noch) der Partner.
In diesem Spannungsfeld wollen wir eine Begegnung von Menschen ermöglichen, die in den »Sozialpolitischen Bewegungen«: Jugend(initiativen), Arbeitslosigkeit, Alternative Projekte sowie Politische und Kulturelle Bildung (im weitesten Sinne) aktiv sind und sich Gedanken machen zu »Selbstorganisation, Kooperation und Vernetzung«.
In erster Linie wird es um das Erarbeiten von einem gegenseitigen Verstehen gehen. Erst dann kann es uns um mögliche Formen von Zusammenarbeit gehen.
Das Seminar wird von der AG SPAK, dem Modell Wasserburg e.V. und der Regenbogenstiftung Bayern e.V. veranstaltet.
Information & Anmeldung:
Bis 15. Juni 1992 an Dieter Koschek
Gasthof Eulenspiegel
Hauptstr. 99
W-8992 Wasserburg/Bodensee
☎ (0 83 82) 88 78 75

FRANKFURT

Buchführung für Vereine
KassierIn getürmt? Finanzamt verlangt Riesen-Nachzahlungen? Geld reicht vorne und hinten nicht? Und alle brüllen: ohne Chef geht's halt doch nicht? Wir helfen beim Durchblick: Einnahmen/Überschuß-Rechnung, Verbuchung einfacher Geschäftsvorgänge, Trennung vom ideellen und wirtschaftlichen Geschäftsbereich.
Termin: 28. bis 30.5.92
Gebühr: 150 DM o. Ü & V
Was tun? Teil 3: Visualisierung
Papierberge bei Sitzungen und Versammlungen – wer soll das alles lesen? Oft kriegt's der Papierkorb. In diesem Seminar lernt Ihr Visualisierungstechniken: Sitzungen besser vorbereiten, Vorhaben besser präsentieren, Planungen gezielter voranbringen.
Termin: 1. bis 2.6.92
Gebühr: 180 DM o. Ü & V
Frauenkooperativen in Europa
Termin: 9. bis 13.6.92
Weitere Seminare z. T. nach Vereinbarung
Information:
ISO · Kasseler Str. 1a
W-6000 Frankfurt/Main 90
☎ (0 69) 70 57 74

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn
Ich habe am ..... die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 60,-DM abonniert. Ich weiß, daß ich das Abonnement innerh. von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann. Dazu genügt eine Postkarte an: CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1

BAUFACHFRAUEN

15. Baufachfrauentreffen
in Kussenhof bei Nürnberg
vom 15. bis 17. Mai 1992
Dieses Treffen findet bei Pia Regner statt. Pia ist Bauingenieurin und Lehmbauerin und lebt auf dem Kussenhof. Neben dem Erfahrungsaustausch, Kennenlernen und Arbeitsgruppen wird es auch wieder eine Mitfrauenversammlung von Baufachfrau e.V. geben.
Unkostenbeitrag: 60 DM für Mitfrauen des Vereins, 80 DM für alle anderen Frauen.
Information & Anmeldung:
Baufachfrauen
Büro Dortmund
Adlerstr. 81
W-4600 Dortmund

SOMMER-AKADEMIE

Europäische Sommer-Akademie
Die holländische »Stiftung Union« organisiert vom 26. Juli bis 22. August 1992 in den süd-fanzösischen Cevennen für progressive Menschen aus der BRD, GB, F, B, NL die Europäische Sommer-Akademie. Eine ausgezeichnete Möglichkeit, über die eigenen Grenzen zu gehen.
Programm: 26. Juli bis 1. August 1992: »Woche der kreativen Alternativen«
2. bis 8. August 1992: »Gleichheit – aber wie?«
9. bis 15. August 1992: »Frauen, verlegt die Grenzen!«
16. bis 22. August 1992: »Ökologie und Ökonomie«
Die Broschüre der Stiftung zur Sommer-Akademie ist erhältlich über:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20
W-6900 Heidelberg 1
☎ (0 62 21) 16 24 67
Fax (0 62 21) 16 44 89

SONSTIGES

Kapitalismus bis zum bitteren Ende?
Gibt es Alternativen zum bestehenden Geld- und Wirtschaftssystem?
29. bis 31.5.92
Nähere Infos:
Bildungswerk Leben und Umwelt e.V.
»Alte Schule«
W-3413 Fredelsloh

BELZIG

ZEGG
Zentrum für experimentelle Gesellschaftsgestaltung

»Die Erde braucht eine neue Information«
ZEGG – Pfingstcamp
vom 5. bis 9.6.1992
»Erste ZEGG-Sommeruniversität«
vom 12. Juli bis 2. August 1992
3 Wochen internat. Treffpunkt zu den politischen und menschlichen Fragen einer Kultur ohne Angst und Gewalt.
Das ganze Jahr über:
Seminare (Rupert Shelldrake, Peter Caddy u.a.), Jugendtreffpunkt, Ökowochen, Kunstkurse und Workcamps zu Liebe, Gemeinschaft, Ökologie, Technologie, Sexualität und Spiritualität.
Tagungsprogramm und Infos:
ZEGG, Rosa-Luxemburg-Str. 39
O-1820 Belzig
Funktelefon (0161) 173 24 60

ANTI-AKW

Frühjahrskonferenz der Anti-AKW-Bewegung
vom 29. bis 31. Mai 1992 in Münster.
Tagungsort ist die Katholische Studentengemeinde Münster, Frauenstr. 3-7, 4400 Münster

ANDERS REISEN

Geführte Wanderungen in Vercors und Trièves, einer wunderschönen Mittelgebirgslandschaft südlich von Grenoble. Jeweils 7 Tage im Juni, Juli, August 1992.
Unterbringung im Zelt und Vollpension für DM 540,–.
Nähere Informationen bei:
Association
A.P.E.C.I.M.M.
Hameau de Avers
F-38930 LALLEY en Vercors
☎ (033) 76 34 74 71

ANARCHISMUS

Anarchismus-Seminar in Nürnberg
Nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Staatssysteme in Osteuropa stellt sich die Frage, ob es überhaupt noch verwirklichbare alternative Weltbilder zum Kapitalismus gibt. Mit einem Seminar über (historische und aktuelle) anarchistische Ansätze soll über realisierbare Möglichkeiten diskutiert werden, wie sich Menschen anders organisieren und wirtschaften können. Der Schwerpunkt wird die momentane Situation in der BRD sein. Gastreferent ist Horst Stowasser, ein Mitbegründer von Projekt A und WESPE e.V. in Neustadt/Weinstraße.
Das Seminar findet vom 26. bis 28. Juni 1992 in Nürnberg statt. Weitere Informationen gibt's beim Fränkischen Bildungswerk für Friedensarbeit, Kaulbachstr. 22, 8500 Nürnberg 10. Der Anmeldeschluß ist der 12. Juni!

JUGENDSOZIALARBEIT

Leiden oder leiten?
Jugendsozialarbeit zwischen Management und Nächstenliebe.
Seminar vom 19. bis 21.5.92 in Roßbach bei Naumburg/Sachsen-Anhalt.
Das Seminar wendet sich an »Neue« aus den neuen und alten Bundesländern, die in Projekten der Jugendsozialarbeit tätig sind. Neben einem Informations- und Erfahrungsaustausch wird eine Supervisorin Probleme des Arbeitsfeldes mit den TeilnehmerInnen strukturieren und Problembewältigungsstrategien entwickeln.
Nähere Informationen:
»Arbeit für Alle e.V.«
Carl-Mosterts-Platz 1
W-4000 Düsseldorf 30
☎ (02 11) 46 93-164

Bildungsurlaub & Weiterbildung im Westerwald

Gesprächsführung & Argumentation	23. 05. - 24. 05. 92	125,-
BU EDV-Grundlagenkurs	20. 07. - 24. 07. 92	720,-
BU Rhetorik im Berufsalltag	24. 08. - 28. 08. 92	520,-
BU EDV-Word 5. 5. - PRAXIS	24. 08. - 28. 08. 92	720,-

Bildungsurlaub mit begleitender Kinderbetreuung
und Kurse, Workshops, Informationen:
SOZIOKULTURELLES ZENTRUM · HAUS FELSENKELLER
Heimstr.4 · 5230 Altenkirchen / Westerwald · Tel.02681/3870 - 6001